

d'Lëtzebuurger **Land**

OLB

Unabhängige Wochenzeitung für Politik,
Wirtschaft und Kultur

#41 66. Jahrgang 11. Oktober 2019



5 453000 174663



4,00€

Supplément *Placements*

Fonds d'investissement « bruns »,
armes à feu historiques et maisons
d'émigrés au Portugal. Le petit
catalogue des *stranded assets*
luxembourgeois

Krisenmanagement

Ein Jahr nach den Wahlen ist die Lage
der Nation so normal geworden, dass
die Regierung sich vor allem mit Krisen
herumplagt

Moral à zéro au Kirchberg

Les syndicats des institutions
européennes s'inquiètent de la
dégradation des conditions de travail
et de la perte d'attractivité du site
Luxembourg

Photo: Trash Picture Company

Ein Jahr nach den Wahlen ist die Lage der Nation so normal geworden, dass die Regierung sich vor allem mit Krisen herumplagt

Krisenmanagement

Romain Hilgert

Seit dem 15. März 2019 verlassen wiederholt Tausende verängstigte und wütende Schülerinnen und Schüler ihre Lyzeen und ziehen mit Spruchbändern und Pappschildern durch die Straßen, um vor Klimaveränderungen zu warnen und mit kindlichem Vertrauen in die zuständigen Autoritäten zu verlangen, dass die Regierung endlich irgendetwas tue. Diese Proteste tragen dazu bei, dass die Sorge um das Klima weit über grüne Hypochonder hinaus in den Alltag breiter Bevölkerungsschichten eindringt. Immer weniger Leute benutzen ohne Schuldgefühl Plastikverpackungen, essen Steaks und Avocados, fahren Auto oder fliegen in den Urlaub, und wenn sie es dennoch tun, werden sie umso nachdrücklicher von ihren

Kindern an die Brandrodungen im Amazonas erinnert. Offenbar sind diese um die Klimaentwicklung besorgten Bevölkerungsschichten dabei, so breit zu werden, dass die Klimakrise auch zu einer politischen Krise werden könnte.

Das hat Premierminister Xavier Bettel (DP) erkannt. Nach seiner Teilnahme am Weltklimagipfel vor 14 Tagen widmete er den größten Teil seiner von der Opposition schnell als leeres Geschwätz abgetanen Erklärung zur Lage der Nation am Dienstag dieser Woche dem „Klimawechsel“ (S. 4). Denn „die Bürger und vor allem die Jugendlichen fordern zu Recht von uns, dass wir handeln, dass wir aktiv werden und uns

konsequent dafür einsetzen, die schädlichen CO₂-Ausscheidungen zu verringern“ (S. 7).

Um eine aus der Klimakrise erwachsende politische Krise abzuwenden, nahm Xavier Bettel sich der Klimaschützer nach dem Motto „If you can't beat them, join them“ an. In seiner Regierungserklärung Ende vergangenen Jahres hatte er noch eine glückliche Globalisierung durch „die weitere Stärkung des Erfolgsmodells Luxemburg“ versprochen. Doch nun schreckte er nicht mehr vor drastischen Beschreibungen zurück, die seine dem Markt und dem Einzelnen vertrauende liberale Partei bisher als wenig zweckdienliche Panikmache abgetan hat.

Für den Premier geht es nicht mehr bloß um die fernen „Auswirkungen des Klimawechsels auf die Meere, auf Inseln, auf das Eis in den Polarregionen und die Gletscher“. Er sieht auch die „schlimmen Unwetter und Überschwemmungen der vergangenen Jahre im Ernzal und im Müllerthal“, die „häufigeren Stürme und Überschwemmungen in unserer Gegend“ als Zeichen dafür, dass die „Erderwärmung“ nicht mehr zu leugnen sei und auch hierzulande ihre Folgen trage (S. 5).

Denn „das ökologische System ist vollständig über den Haufen geworfen, die Meere werden wegen Temperatur und Übersäuerung als Lebensraum für viele Tiere und Pflanzen ausfallen“, es werde in vielen Gegenden der Erde „ganz einfach nicht mehr möglich sein zu leben“. Unter allen möglichen Zukunftsszenarien habe „auch das günstigste Szenario extreme Konsequenzen für das Leben auf unserem Planeten“, wie der gerade veröffentlichte IPCC-Klimabericht der Vereinten Nationen verdeutliche (S. 6).

Xavier Bettel fasste seine politische Absicht in dem Widerspruch zusammen: „Wir haben die Grenze von dem, was erträglich wäre, längst überschritten. Aber es ist nicht zu spät“ (S. 7). Denn die Regierung will zugleich das Klima und das Wirtschaftsmodell retten. Was um so leichter erscheint, wenn die Ursache der Klimaveränderungen mit christlicher Schuldzuweisung auf die Sündhaftigkeit des Einzelnen als völlernden Verbraucher zurückgeführt wird, der mit einem *Valorlux*-Sack Buße tun soll. Sie ist sich sicher, auch dem Wunsch einer Mehrheit von Unternehmern und Beschäftigten zu entsprechen, sogar der CSV, die ihren Malthusianismus wohlweislich auf Wahlkampfveranstaltungen beschränkt.

Denn am Erfolg dieses mit dem Anzapfen fremder Steuerbemessungsgrundlagen sogar einen beachtlichen Sozialstaat erlaubenden Wirtschaftsmodells hegte der Regierungschef keinen Zweifel. „Unter den wenigen Ländern mit einem *Triple A* bei den drei größten Ratingagenturen sind wir damit das Land mit der niedrigsten Staatsverschuldung“ (S. 20), freute er sich. „Die Bevölkerung ist in einem Zeitraum von zehn Jahren um über 20 Prozent gestiegen. Gleichzeitig nahm die Zahl der Leute, die täglich über die Grenze zu uns arbeiten kommen, um ein Drittel zu.“

Bloß weil dem „in der Vergangenheit“, ergo im CSV-Staat, „nicht genug Rechnung getragen wurde“, gebe es heute „Staus auf den Straßen, Personalmangel in allen möglichen Branchen, Wartezeiten in den Notaufnahmen“ (S. 19). Die Regierung will deshalb nicht weniger Wirtschaftswachstum, wie es Naturschützer und Fremdenfeinde fordern, sondern mehr Geld in den Ausbau von Infrastrukturen investieren, bis „im Jahr 2023 das Investitionsniveau zum ersten Mal auf mehr als drei Milliarden Euro steigt“ (S. 20).

Deshalb verspricht die Regierung „eine gesamtpolitische Herangehensweise, die den Kriterien der Nachhaltigkeit gerecht wird“. Das habe „natürlich auch Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes. Eine positive Wirtschaftsentwicklung steht aber nicht im Widerspruch zu ehrgeizigen Klimazielen. Im Gegenteil. Die Geschichte lehrt uns, dass Verbesserungen immer auch durch Innovation, durch Weiterentwicklung, durch Technologie und auch durch eine industrielle Entwicklung kommen“ (S. 11).

Zudem sei die Regierung keinesfalls untätig gewesen: „Luxemburg erlebt im Augenblick schon eine Energietransition“ (S. 8) dank staatlich bezuschusster Wind- und Sonnenenergie und der „Förderung der Elektromobilität und damit auch des Ausbaus des Netzes von Ladesäulen“ (S. 10). Wenn Elektroautos nicht das Klima, sondern die Automobilindustrie retten sollen, dann auch deren Zulieferindustrie, „wo Luxemburg ein wichtiger Standort ist und auch bleiben will“ (S. 12).

Mit „einer gewissen Frustration“ musste der Premier allerdings feststellen, dass „die Zukunft nicht allein von uns abhängt“, denn so vorbild-

„Eine positive Wirtschafts-entwicklung steht aber nicht im Widerspruch zu ehrgeizigen Klimazielen. Im Gegenteil. Die Geschichte lehrt uns, dass Verbesserungen immer auch durch Innovation, durch Weiterentwicklung, durch Technologie und auch durch eine industrielle Entwicklung kommen“ (Xavier Bettel)

lich die Luxemburger Regierung auch sein mag, trotz der Verdopplung ihres Beitrags zum internationalen Klimafonds könne das Klima nicht ohne China, die USA und Indien gerettet werden. Offenbar war seine Frustration so groß, dass er keine Worte zum Milliardengeschäft mit dem Tanktourismus fand.

Stolz verkündete der Premier die mutigen Ziele seiner Regierung: „Der Anteil der erneuerbaren Energien soll in den nächsten zehn Jahren auf 23 bis 25 Prozent steigen.“ „Die Senkung der Treibhausgase um minus 50 bis 55 Prozent bis 2030 im Vergleich zu den Ausscheidungen von 2005 ist unser festes Ziel.“ Die Regierung will „bis 2050 das Niveau von „netto null“ erreichen, dass also nicht mehr Kohlendioxid in die Atmosphäre ausgestoßen wird, als gleichzeitig absorbiert werden kann“ (S. 7).

Xavier Bettel nannte zwar keine weiteren Mittel, um diese dringlichen Ziele zu erreichen. Aber die Wählerschaft und die besorgten Schüler können dennoch beruhigt schlafen. Denn die Mittel zur Rettung des Klimas werden einmal alle in einem „lückenlosen Klimaschutzgesetz“ stehen, das „in die Tiefe gehen“ wird mit einem „Fahrplan, der über die direkten und offensichtlichen Branchen hinausgehen“ soll (S. 14).

Die Klimakrise ist aber nicht die einzige unverschuldete oder hausgemachte Krise, mit der sich DP, LSAP und Grüne heute herumschlagen müssen. Der Herzinfarkt und das Ausscheiden des grünen Justizministers Felix Braz bedeuten den Verzicht auf „eine Stütze und einen wichtigen Teil jenes Fundaments, das den Erfolg dieser Koalition und den Erfolg Luxemburgs mitermöglichte“ (S. 2).

Nachdem er sich während der Koalitionsverhandlungen bereits an einem Posten in der Europäischen Kommission interessiert gezeigt hatte, bestätigte der einstige Motor der Koalition, Etienne Schneider (LSAP), vorige Woche dem *Lëtzeburger Land*, dass er vor dem Ende der Legislaturperiode die Regierung verlassen wolle. Doch auch wenn er bald der Letzte der drei stürmischen jungen Männer von 2013 sein wird, bekannte sich der Premier, gegen alle



Krisenherde: Kundgebung für den Klimaschutz, Gartenhäuschen eines grünen Politikers, Datenschützer der Polizei, Brexit-Premier Boris Johnson

Spaltungsversuche der CSV, zum Bund der liberalen Macher: „Diese Koalition ist nicht angetreten, um weiterzumachen, sondern um weiter zu machen“ (S. 4)

Manche Krisen sind solche der hehren moralischen und liberalen Prinzipien von DP, LSAP und Grünen. Es gelang den Polizei- und Justizministern bisher nicht, überzeugend zu erklären, wie die staatlichen Vollzugsorgane die Bevölkerung überwachen können, ohne gegen den Datenschutz zu verstoßen. Deshalb beschäftigte sich der Premier ausführlich mit dem Datenschutz. „Die Regeln, die sich für den Bereich der Sicherheits- und Justizautoritäten anwenden, unterscheiden sich von den allgemeinen in ganz logischen Punkten“, doch „die Interpretation davon hat uns im Sommer beschäftigt und die zuständigen Ministerien haben vollumfängliche Erklärungen geliefert. Es wurde unterstrichen, dass man Vorwürfe ernst nimmt und mögliche Schwachstellen beheben will“. Doch Abhilfe naht: „Bis zu den Weihnachtsferien sollen die großen Linien der Reform feststehen“ (S. 24).

Die politische Krise um den Datenschutz war noch nicht zu Ende, da kam schon die nächste: Die Kapriolen ihres ehemaligen Differdinger Bürgermeisters und das Lavieren ihrer Umweltministerin stehen für das Ende der Grünen als SaubermännerInnenpartei. Der Premierminister zog es vor, sich weiter vornehm herauszuhalten und verlor kein Wort darüber.

Der möglicherweise ungeordnete EU-Austritt Großbritanniens ist mit eher diskret erwähnten Chancen und wiederholt aufgezählten Risiken verbunden, auch für die ohnehin sich verlang-



Etienne Schneider (LSAP), Xavier Bettel (DP) und François Bausch (Grüne) vor der Erklärung zur Lage der Nation

samende Wirtschaftskonjunktur. Die Regierung lege deshalb, so der Premier, den „Hauptakzent in den nächsten Tagen und Wochen darauf, dass unser Land und seine Wirtschaft bestmöglich auf einen Brexit ohne Abkommen vorbereitet sind. Wir brauchen Stabilität, Stabilität in der Europäischen Union und auch in Luxemburg. Sie ist der Garant einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung, und insbesondere im Bereich der Finanzdienstleistungen ist dies ein zentraler Faktor“ (S. 18).

Die LSAP hatte im Wahlkampf versprochen, dass nach den Sparmaßnahmen der vorigen Legislaturperiode nun die Zeit für sozialpolitische Umverteilungsmaßnahmen gekommen sei, um die Einkommensschere wieder ein wenig zu schließen. Doch mit der Mindestloohnerhöhung und zwei zusätzlichen Urlaubstagen scheint dieses Kapitel abgehakt, schließlich gehört die LSAP zu den Wahlverlierern. Nachdem die Unternehmerverbände unmittelbar vor seiner Erklärung wieder einmal geräuschvoll die Sozialpartnerschaft

aufzukündigen drohten, ging der Premier nicht weiter auf soziale Fragen ein. Er hoffte bloß, dass man „miteinander und nicht nur übereinander redet“ (S. 33).

Seine Beschreibung der angekündigten Steuerreform stellte der Premier unter die Losung: „Eine Individualisierung bei den Steuern ist dafür ein zentrales Element einer Gesellschaftspolitik, die darauf aus ist, Ungerechtigkeiten und Verletzbarkeiten abzuschaffen“. So dass sie eher auf eine Umverteilung zwischen Ehepartnern als zwischen Reich und Arm hinauslaufen dürfte. Wobei die Individualbesteuerung bis zu den Wahlen 2023 sicherheitshalber nur „progressiv“ und „über einen möglichst langen Zeitraum eingeführt“ werden soll (S. 31).

Zu den politischen Krisen trägt bei, dass die CSV nach sechs Jahren erwacht ist und in Opposition tritt. Sie versucht, die Schwächen der Koalition auszunutzen und will beim Datenschutz oder den Baulichkeiten des ehemaligen Differdinger Bürgermeisters nicht mehr lockerlassen. Ein unterschiedliches politisches Programm will sie nicht durchsetzen, sondern bloß wieder in die Regierung kommen.

Als die stürmischen jungen Männer von DP, LSAP und Grünen 2013 gerade den christlich-sozialen Drachen erlegt hatten, wollten sie mit dem Mittel der Haushaltsdisziplin eine neoliberale Umverteilung durchsetzen und nebenbei die gesellschaftlichen Umgangsformen vom klerikalen Mief befreien. Damit kamen sie rund zur Hälfte durch, wie das Ergebnis der Europawahlen 2014, die regelmäßigen Meinungsumfragen und das Desaster des Referendums 2015 zeigten. Ein skrupelloser Kurswechsel und die Ratlosigkeit der CSV erlaubten ihnen 2018 ganz unerwartet, ihre Koalition fortzusetzen. Obwohl Xavier Bettel in seiner Erklärung zur Lage der Nation sechs Monate vor

„Wir brauchen Stabilität, Stabilität in der Europäischen Union und auch in Luxemburg. Sie ist der Garant einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung, und insbesondere im Bereich der Finanzdienstleistungen ist dies ein zentraler Faktor“ (Xavier Bettel)

den Wahlen schon nichts mehr aufgeführt hatte, was es seiner Meinung nach wert gewesen wäre, die Koalition ohne CSV fortführen zu wollen.

Zum Leidwesen der Konservativen ist die liberale Koalition kein Exotikum mehr, sondern eine ganz normale Regierung geworden. Der ungestüme Reformeifer jener, die einst die Zukunft pachten wollten, hat sich beruhigt. Und „Krisenmanagement“ war am Ende der ganze Stolz des historischen Vorbilds, der DP/LSAP-Koalition von 1974 bis 1979. Auch wenn der Premier noch kein Wort über die bevorstehende Rezession verlor.



Michel Wolter (CVSV) während der Erklärung zur Lage der Nation



Leitartikel

Angeschlagen

Peter Feist

Wie ein Untersuchungsrichter trat der CSV-Abgeordnete Michel Wolter gestern in der Abgeordnetenversammlung auf, als Umweltministerin Carole Dieschbourg (Grüne) sich zum Gartenhaus von Roberto Traversini äußerte. Fast eine Stunde lang sprach Wolter, resümierte nicht nur, was die CSV-Fraktion bisher an Fragen und Zweifeln, ob Traversini bevorzugt worden sei, geäußert hatte. Er führte auch neue Argumente an, berief sich auf Zeugen und präsentierte zwei Datenträger mit Fotos. Die sollen unter anderem zeigen, dass der frühere Differdinger Bürgermeister an seiner Laube am Rande des Naturschutzgebiets Prénzeberg weiterarbeiten ließ, während im Umweltministerium und dessen Verwaltungen das Genehmigungsverfahren lief. „Das gebe ich dem Staatsanwalt!“, rief Wolter in den Plenarsaal.

Inwieweit all das, was die CSV-Fraktion mit Ermittler Wolter an der Spitze recherchiert hat, die Umweltministerin belastet, ist schwer nachzuvollziehen. Zu detailreich ist das Dossier, und es nimmt viele Bezüge auf Naturschutz-, Kommunalplanungs- und Gemeindegesezt sowie auf Ausführungsbestimmungen. Aber darum ging es gestern nicht in erster Linie. Die schiere Masse an Informationen, dargebracht von einem früheren Innenminister, der sich in Genehmigungsfragen natürlich auskennt, reichte aus, um den Eindruck aufkommen zu lassen, dass an den Anschuldigungen

zumindest etwas dran sein könnte. Und nachdem vergangenen Freitag CSV-Fraktionspräsidentin Martine Hansen und der Abgeordnete Claude Wiseler ziemlich albern wirkten, als sie die Traversini erteilte Genehmigung zur Renovierung seiner Laube „illegal“ nannten, aber noch nicht sagen wollten, was das für Konsequenzen haben sollte, legte gestern Wolter der Umweltministerin den Rücktritt nahe.

Politisch betrachtet, sind Timing und Dramaturgie der CSV-Aktion auffällig. Die größte Oppositionsfraktion präsentierte sich zunächst als gründliche Ermittlerin, ehe sie den Kopf der Umweltministerin unmittelbar im Anschluss an die Debatten über die Erklärung des Premiers zur Lage der Nation verlangte. Einer Erklärung, in der Xavier Bettel auffällig Politikthemen herausgriff, die der grüne Koalitionspartner bearbeitet; das schien ein implizites Bekenntnis zur Koalition mit den Grünen zu sein. Eindeutig hinter die Umweltministerin aber stellte der Premier sich gestern nicht; anders als etwa Jean-Claude Juncker seinerzeit LSAP-Arbeitsminister Nicolas Schmit in Schutz nahm, nachdem der auf einem Polizeirevier das Regierungsmitglied herausgekehrt hatte. Und während die LSAP-Fraktion gestern von einer „Hetzjagd“ auf die Ministerin und ihre Beamten sprach, war seitens der DP die Rede von derzeit mangelnden Beweisen.

Damit sind die Grünen, die Wahlgewinner von 2018, angeschlagen. Ausgerechnet zu einer Zeit, da die Regierung den Energie- und Klimaplan ausarbeitet und noch überhaupt nicht klar ist, wie Luxemburg seine Ziele erreichen soll. Und nicht einmal eine Woche vor dem Depot des Staatshaushaltsentwurfs 2020, wo der Finanzminister Ideen zu ökologischen und Klimaschutzsteuern präsentieren werde – wie François Bausch, Claude Turmes und Carole Dieschbourg das bisher jedenfalls sagten. Ob das so sein wird? Sehr wahrscheinlich ist, dass die Grünen für den Verbleib in der Regierung einen politischen Preis werden zahlen müssen und ihnen die erste Rechnung schon dieser Tage vorgelegt werden könnte.

Dabei war, wie sich am Ende der Debatte gestern zeigen sollte, das Ganze auch vonseiten der CSV nicht ernster gemeint als ein politisches Spiel. Michel Wolter demonstrierte sich und seinen Auftritt, als er einen Entschließungsantrag einreichte, der die Regierung aufforderte, alle illegal in Grünzonen errichteten Bauten nachträglich zu genehmigen. Ein Untersuchungsrichter ruft natürlich nicht zum Rechtsbruch auf. Ein Abgeordneter, der einen kleinen politischen Sieg auskosten möchte, kann das schon mal tun.

blog



Katoulesch Kierch/Vatican Media

Papst Franziskus scheint eine Vorliebe für kleine Inseln zu haben: Nach Geistlichen aus Haiti, Tonga, Saint Lucia, Mauritius und den Kapverden weihte er am Samstag den Erzbischof Luxemburgs zum Kardinal. Vielleicht auch als Trost für die Privatisierung der hiesigen Staatskirche, obwohl Großherzog Henri an der Kardinalserhebung teilnahm. Anders als Pseudokardinal Peter von Luxemburg (1369–1387) hat Jean-Claude Hollerich nun die Möglichkeit, selbst Papst zu werden, 22 Jahre lang im Konklave Päpste zu wählen oder Erste Hilfe bei der Behandlung der „Kurien-Krankheiten“ zu leisten, die Ex-Generalvikar Erny Gillen diagnostiziert hatte. [rh.](#)

Personalien

Personalien

Gesellschaft

Politik

Politik

Gesellschaft

Francine Closen,



Erste Regierungsrätin zur Förderung des Markenbilds im Außenministerium, vertraute nach wochenlanger Bedenkzeit *RTL* an, dass sie ins Parlament nachrücken wolle, wenn der Abgeordnete Marc Angel (rechts) den künftigen EU-Kommissar Nicolas Schmit im Europaparlament ersetzen soll. Die ehemalige *RTL*-Journalistin hatte 2013 den Einzugs ins Parlament verpasst und wurde Staatssekretärin im Wirtschafts- und Verteidigungsministerium. Allerdings sollte sie sich politisch nie mehr von ihrer ersten Urlaubsfahrt im Dienstwagen erholen und war vergangenes Jahr zweite Ersatzgewählte der LSAP im Zentrumsbezirk geworden. [rh.](#)

David Viaggi,

Angestellter des Verkäiersverbond und Gemeinderat der bisher oppositionellen Liste *Är Leit*, wurde am Mittwoch zum neuen Bürgermeister der Gemeinde Bissen gewählt. Die geplante Einrichtung einer Serverfarm von Google hatte die lokale CSV gespalten und zum Rücktritt von Bürgermeister Jos Schummer geführt. [rh.](#)

Corinne Cahen,

Familienministerin (DP), hatte mit zwei Jahren Verspätung, im Juni 2016, einen Gesetzentwurf eingebracht, um gemäß einem 2014 mit den Gewerkschaften unterzeichneten Abkommen die Familienzulagen ab 2018 wieder an die Inflation anzupassen. Die Indexierung war 2006 von CSV und LSAP abgeschafft worden. Zwei Jahre lang schrieben Staatsrat und Berufskammern acht Gutachten zum Entwurf, die Regierung brachte zweimal Änderungsanträge ein. Am Dienstag zog die Regierung den Gesetzentwurf von der Traktandenliste des Parlaments zurück. Laut Regierungserklärung soll die 2014 versprochene Indexierung des Kindergelds nun zum Ende der Legislaturperiode 2023 eingeführt werden. Oder vielleicht wieder nicht. [rh.](#)

Claude Meisch,

ministre de l'Éducation nationale, de l'Enfance et de la Jeunesse (DP), avait invité, mercredi dernier, à une présentation de l'initiative *#checkyourfacts – Gleeft net alles um Internet* ! Le ministre illustra sa préoccupation avec un exemple : « Des photos hors contexte pour illustrer les manifestations en faveur du climat au Luxembourg, des fausses informations pour limiter les rassemblements à Hong-Kong. » Bienheureux un pays, où le gouvernement décide dans sa sagesse que les photos hors contexte n'illustrent pas les rassemblements à Hong-Kong et les fausses informations ne limitent pas les manifestations au Luxembourg. [rh.](#)

Immer teurer

Um 11,4 Prozent sind innerhalb von nur zwölf Monaten die Wohnpreise gestiegen, schreibt das Observatoire de l'habitat. Zwischen Mitte 2018 und Mitte 2019 zogen sie für neu zu bauende Apartments um 11,5 Prozent an und lagen Ende Juni im Landesschnitt bei 6 646 Euro pro Quadratmeter. Schon bestehende Apartments verteuerten sich um 10,7 Prozent auf durchschnittlich 5 742 Euro pro Quadratmeter. Die Preise für schon bestehende Einfamilienhäuser zogen um 11,8 Prozent auf im Schnitt 742 335 Euro pro Haus an. Verglichen mit den Vorjahren, ist das ein sehr starker Preisauftrieb: 2015/16 hatte er bei sechs Prozent gelegen, 2016/17 bei 5,6 und 2017/18 bei 7,1 Prozent. Dabei verteuerten kleinere Wohnungen sich tendenziell stärker als größere: Ein neues Apartment unter 50 Quadratmeter kostete Mitte 2019 fast 8 000 Euro pro Quadratmeter, während das im Bereich 110 bis 129 Quadratmeter nur knapp 6 100 Euro waren. Starken Einfluss auf den Preis hat auch die Entfernung zur Hauptstadt: Im Kanton Luxemburg waren bestehende/neue Apartments mit 7 893/8 571 Euro pro Quadratmeter besonders teuer, im Landesnorden mit 4 277/4 829 Euro am preiswertesten. Ein Einfamilienhaus kostete im Kanton Luxemburg im Schnitt 1,15 Millionen, im Norden 520 000 Euro. Auch die Mieten steigen, wobei das Observatoire eine Diskrepanz zwischen neu ausgeschrieben und schon bestehenden Vermietungen feststellt. 2018 wurde im Landesschnitt ein Apartment neu für 1 611 Euro vermietet, in schon bestehenden Mietverträgen dagegen für 998 Euro. Das liege daran, so das Observatoire, dass nicht jeder Vermieter bestehende Verträge anpasst. [pf](#)

Transparenz

Die vergangenes Jahr in die Kammer gewählte Piratenpartei ist schon eine Bereicherung für die parlamentarische Demokratie. So wollte ihr Abgeordneter Sven Clement in einer parlamentarischen Anfrage vom Regierungschef wissen, wie viele Kaffeemaschinen im öffentlichen Dienst brühen, aufgeschlüsselt nach Ministerien, traditionellen Kaffeemaschinen, Vollautomaten und Kapselautomaten. Doch Premierminister Xavier Bettel (DP) lässt es auch hier an der versprochenen Transparenz fehlen. Denn am Montag musste er antworten, dass der Staat bisher keine erschöpfende Inventur seiner Kaffeemaschinen gemacht habe. [rh.](#)



Öffentliche Ausschüsse

„Nach sechs Jahren der Transparenz finden die parlamentarischen Kommissionen noch immer im Dunkeln statt“, sagte CSV-Parteipräsident Frank Engel vor kurzem spöttisch dem *Land*. Tatsächlich hat die CSV in dieser Legislaturperiode ihre frühere Position als Regierungspartei gegenüber offenen Ausschüssen reviiert und plädiert dafür, die parlamentarischen Kommissionen für die Öffentlichkeit zu öffnen. So sprach sich etwa Fraktionspräsidentin Martine Hansen im Februar für öffentliche Kommissionen aus in einem Interview mit dem *Tageblatt*. Am Donnerstag hat die CSV nun eine entsprechende Motion im Parlament eingebracht. Im Sinne von mehr Transparenz sollen die Ausschusssitzungen live auf dem Internetportal des Parlaments übertragen werden. In Ausnahmefällen soll allerdings ein *huit clos* stets möglich sein. Alle Fraktionen hießen den Vorschlag grundsätzlich gut. Allerdings, so die parteiübergreifende Meinung, bleiben noch technische und praktische Details zu klären. Deshalb kam die Resolution am Donnerstag auch nicht zur Abstimmung. Der Vorschlag wurde vielmehr zur Klärung an das Kammerbüro weitergereicht. [ps](#)

Ausgebootet

„Ehrenamtlicher Einsatz ignoriert“, so ist der Leserbrief im *Luxemburger Wort* vom Mittwoch übertitelt. „Warum wird eigentlich ständig vom Bildungsministerium behauptet, nunmehr werde erstmals eine nationale Elternversammlung gegründet werden, mit gewählten Vertretern aus allen Schulen?“, fragt darin Jutta Lux-Hennecke, Ex-Präsidentin des Elterndachverbands *Fapel*. Eltern hätten sich „schon lange für ein konstruktives Miteinander eingesetzt“, „dies durch Gründungen von Elternvereinigungen in den Grundschulen und nahezu allen Sekundarschulen“. Ein Miteinander, das die *Fapel* Bildungsminister Claude Meisch (DP) abspricht: Obwohl dieser zunächst auf die *Fapel* zugegangen sei, wurde bei der Ausarbeitung des Gesetzes zur Elternbeteiligung die „Meinung der bisher aktiven Elternvertreter nicht gefragt, ihre „jahrzehntelangen Erfahrungen interessierten niemanden und es erfolgten keine weiteren Überlegungen, wie man die *Fapel* in die neue Rechtslage einordnen könnte“, so das frustrierte Fazit der Ex-Präsidentin. [ik](#)

Königlicher Beschluss

Die Regierung verabschiedete am Freitag vergangener Woche einen Gesetzentwurf zur Modernisierung der Zivilstandsregister. Um Geburten, Ehen, Sterbefälle und Heiratstrakte aktenkundig zu machen, müssen die Gemeinden derzeit über 60 000 fliegende Blätter jährlich erstellen, teilweise nach dem *Königliche[n] Beschluß vom 28 Juni 1823*. Eine neue Prozedur soll nun der elektronischen Datenverarbeitung vertrauen. [rh.](#)

Die LSAP bereitet sich auf den Abgang von Etienne Schneider vor

Machtvakuum

Pol Schock

I had a dream Als am Wahlabend im vergangenen Oktober die Resultate langsam bekannt wurden, wollte er zunächst nichts sagen. Dann verdrückte er eine Träne, übte sich in Durchhalteparolen und warb schließlich mit Xavier Bettel und Félix Braz für eine Fortführung der blau-rot-grünen Dreierkoalition. Doch insgeheim wusste Etienne Schneider: Das ist das Ende meiner politischen Reise. „Ich hatte einen Traum, doch der ist vorbei“, so Schneider kürzlich gegenüber dem *Land* zu seinen Plänen, Premier zu werden.

Noch will der Vizepremier, Wirtschaft- und Gesundheitsminister nicht präzisieren, wann er seine politischen Posten zur Verfügung stellt, geschweige denn, wohin es ihn zieht. Manche sagen, es könnte schon Anfang nächsten Jahres sein, andere sprechen von Ende 2022 exakt zehn Jahre nach seinem Regierungsantritt. Doch als sicher gilt: Er wird nicht bis zum Ende der Legislaturperiode Minister bleiben. Schneider ist derjenige, der im Juli 2013 salopp behauptete, er werde nächster Premierminister des Landes. Er führte die LSAP mit dieser Chuzpe aus der babylonischen Gefangenschaft der CSV-Juniorpartnerschaft hin zu neuen Machtoptionen. Schneider ist aber auch derjenige, der als LSAP-Spitzenkandidat das schwächste Resultat der Partei zu verantworten hat. Seine LSAP-Regentschaft gilt als durchwachsen.

Personalfragen Mit dem angekündigten Rückzug von Schneider aus der Politik, beginnt auch die Frage, um die Führungsnachfolge in der LSAP. Denn Schneider ist nicht der einzige LSAP-Spitzenpolitiker, der sich zurückziehen wird. Alex Bodry, der parteiübergreifend gelegentlich „als bester Abgeordneter des Landes“ bezeichnet wird, räumt bald nicht nur seinen Posten als Fraktionsvorsitzender für Georges Engel, sondern wird wohl dem Parlament gänzlich den Rücken kehren. Sein Wechsel in den Staatsrat gilt nur noch als Formsache, für ihn soll Simone Asselborn-Bintz nachrücken, heißt es aus der Partei.

Auch andere Granden der LSAP sind dabei, sich schleichend zu verabschieden: Jean Asselborn hat sich nahezu vollkommen aus dem Parteileben zurückgezogen und widmet seine Kraft seiner Berufung als Außenminister. Ebenso Mars Di Bartolomeo, der allerdings seine neue Vorliebe für parlamentarische Anfragen entdeckt hat. Und Nicolas Schmit ist nun endlich EU-Kom-

missar und wird kaum noch ein Ohr finden für die Belange der Sozialistischen Partei. Von einem Rückzug der alten Garde geht deshalb die Rede in der Partei. Und sie hinterläßt ein Machtvakuum, das aktuell nur nicht sichtbar wird aufgrund der Krise der Grünen und des schwachen Zustands der CSV.

Spätrömische Dekadenz Tatsächlich ist die jüngere Vergangenheit der LSAP die Geschichte eines Verfalls. Der einstige starke Linksblock, bestehend aus Partei, Gewerkschaft und gemeinsamer Zeitung, gilt als passé. Die Nibelungentreue zum OGBL bröckelt, die Gewerkschaft sucht Verbindungen zu anderen Parteien und musste an Einfluss einbüßen. Und das *Tageblatt* bekämpft den Leserschwund und den Schuldenberg, indem es sich vom Image der linientreuen Parteizeitung lösen will. Zudem musste die LSAP Wahlniederlagen in nahezu allen großen Städten des Südens hinnehmen: Nur Düdelingen strotzt dem Trend und bleibt letzte LSAP-Bastion.

Dieser Verfall geht nicht spurlos an den Parteipolitikern vorbei. Von „spätrömischer Dekadenz“ spricht ein erfahrener LSAP-Politiker. Von einem Sammelsurium an „Ich-AGs“ jemand anders. Jeder versuche das Maximum für sich herauszuschlagen, um von den letzten Jahren der LSAP als Regierungspartei persönlich zu profitieren.

Konkurrenten Für so schlimm halten zwei Politiker das alles nicht. Arbeitsminister Dan Kersch und Parteivorsitzender Franz Fayot stemmen sich gegen den Eindruck, ihre Partei sei das schwache Glied der Regierung. „Wir haben doch gerade unsere beiden zentralen Forderungen von der Erhöhung des Mindestlohns sowie des zusätzlichen Urlaubstags umgesetzt“, sagt Kersch. Fayot, der erst im Januar zum neuen Parteipräsident gewählt wurde, spricht von einem Prozess des Übergangs, den er explizit als Chance für die LSAP begreift.

Beide gelten als Anwärter für die Führungsrolle in der Partei, wenn Schneider abtritt. Fayot will dem *Land* gegenüber nicht verneinen, dass er Interesse auf einen möglichen Ministerposten hat, auch wenn das bedeuten würde, dass er als Präsident zurücktreten müsste. Doch es sei deutlich zu früh, eine solche Debatte zu führen, zudem sollten die Mitglieder und nicht die Parteispitzen im Vordergrund stehen. Kersch hingegen hält über-



Dan Kersch gilt für Freund und Feind gleichermaßen als unbequem

haupt nichts von einer Führungsdiskussion. Wer ihn auf den Posten des Vizepremiers anspricht, wird ebenso angeschnauzt wie auf die Frage nach einer möglichen Spitzenkandidatur.

Dabei gilt Kersch als *Last man standing* seiner Generation. Der ehemalige Gewerkschaftler und früherer Kommunist ist seit 1991 Mitglied der LSAP, ist bestens vernetzt, kennt alle Gremien und Spitzfindigkeiten, war Mitglied im Parlament sowie im Staatsrat und weiß, sich durchzusetzen. Der „Hitzkopf“, wie er sich selbst bezeichnet, hat keine Probleme, leidenschaftlich und mit harten Bandagen gegen Widerstände zu kämpfen. Und er hat auch keine Probleme damit, sich unbeliebt zu machen jenseits eines *Everybody's Darling*.

Die jüngere Vergangenheit der LSAP ist die Geschichte eines Verfalls. Der einstige starke Linksblock, bestehend aus Partei, Gewerkschaft und gemeinsamer Zeitung, gilt als passé

ist nicht gut Kirschen essen, wie auch die Grünen wissen. Ihre Pläne zum Klimaschutzgesetz, das bis zum Ende des Jahres stehen muss oder auch zu einer nachhaltigeren Lebensweise wurden laut Angaben von Regierungskreisen mehrmals von Kersch blockiert. Der Arbeitsminister selbst dementiert das deutlich und spricht von Verleumdung.

Tatsächlich scheint die LSAP sich gerade auch intern an der Klimafrage zu scheiden. Denn während Kersch zwar weit davon entfernt ist, ein Klimaleugner zu sein, so genießt die Frage für den ehemaligen Umweltberater der Gemeinde Bettemburg keine Priorität. Man könne nicht auf der einen Seite den Mindestlohn erhöhen, um dann durch eine flächendeckende CO₂-Steuer oder Erhöhung der Benzinpreise das Geld den Menschen wieder aus der Tasche zu nehmen. Er mahnt mit dem Szenario der *Gillets jaunes*, die gerade aufgrund der Erhöhung der Spritpreise auf die Straßen gingen. Kurz: Die Klimafrage wird sozial gerecht gelöst oder sie wird nicht gelöst.

Auch Fayot will keinesfalls eine CO₂-Steuer zu lasten der Schwachen. Aber für ihn ist die ökologische Frage auch eine soziale Frage: „Es sind vor allem die Schwächsten unserer Gesellschaft, die an die Folgen des Klimawandels zu leiden haben“, so der LSAP-Präsident. Für Fayot zählt die Klimafrage zu den zentralen Fragen des 21. Jahrhunderts, bei der die LSAP sich auch klar(er) positionieren muss. Das Problem ist, dass Fayot bis jetzt über wenig Hausmacht in der Partei verfügt. Als Chef der Partei ist er formal die starke Figur, in Regierungszeiten sind einem Parteipräsidenten jedoch die Hände gegenüber den eigenen Ministern gebunden. Fayot kann noch so viel für ökologische Maßnahmen in der Presse werben, das Verhalten der LSAP-Minister im Regierungsrat beeinflusst er damit wohl kaum. Zudem kommt Fayots bürgerliche Art auch nicht bei jedem in der Partei an – er kämpft noch damit, sich bei den Mitgliedern beliebt zu machen, sagen Parteifunktionäre.

Und so wird das Duell zwischen Fayot und Kersch sich wohl noch länger hinziehen. Doch manche halten es für möglich, dass beide Anwärter sich verkalkulieren und am Ende keiner der beiden die Führungsrolle übernehmen wird. Vielmehr gäbe es eine lachende Dritte in der Partei, die bereits jetzt etwas im Abseits zunehmend an Popularität gewinnt: Taina Bofferding.



Für Franz Fayot zählt die Klimafrage zu den zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts

Deshalb steht er im Ruf, auch schwierige Dossiers umsetzen zu können wie die Trennung von Staat und Kirche, die Reform der Gemeindefinanzen oder auch des Rettungsdiensts. Er gilt dabei für Freund und Feind gleichermaßen als unbequem. „Ich kenne einige in der Partei, die richtig Angst vor ihm haben“, sagt ein LSAP-Politiker. Kersch kann ausfallend werden und lässt gerne verbal die Muskeln spielen. Und er weiß es, Loyalitäten aufzubauen, indem er Vertraute an Schaltstellen der Partei oder in seinen Ministerien positioniert.

Auch sein Verhältnis gegenüber Medien gilt als kompliziert. Wenn Kersch Artikel nicht gefallen, ruft er gerne schon mal in Redaktionen an, um seine Meinung kundzutun. Dabei nutzt er jede Gelegenheit, sich als Macher zu inszenieren, etwa im Sommer als Krisenmanager der Regierung nach dem Tornado im Südwesten Luxemburgs oder kürzlich beim Euro-League-Spiel zwischen Dudelingen und Karabach Agdam, als er sich via Mikrofon an die Besucher wendete, um sich wegen des politischen Drohnenzwischenfalls bei den Gästefans zu entschuldigen.

Klimafrage Aufgrund dieser borstigen Art runzeln manche in der Koalition beim Gedanken an einen Vizepremier Kersch die Stirn. Mit Kersch

Etienne Schneider hat eine Studie vorliegen, die auffordert, das Gesundheitssystem in Frage zu stellen wie nie. Da sieht es nicht gut aus, dass er vor Ende der Legislaturperiode seinen Hut nehmen will

Peter Feist

Hätte Premier Xavier Bettel (DP) für seine Erklärung zur Lage der Nation am Dienstag noch ein Thema haben wollen – die Personalfrage im Gesundheits-, im Pflege- und Sozialwesen, und was damit alles zusammenhängt, hätte ohne weiteres eines hergegeben. Fast 700 Seiten lang ist die Studie dazu, die vergangene Woche fertiggestellt wurde, und sie lässt die Alarmglocken läuten. Die Situation sei so ernst, dass sie zu einer „cause nationale“ erklärt werden sollte, heißt es in den Schlussfolgerungen.

Denn offenbar geht es nicht allein um drohenden Ärztemangel, wie der Ärztesverband AMMD ihn seit anderthalb Jahren vorhersagt und damit im Kammer-Wahlkampf vor allem der CSV politisches Futter zu liefern versuchte. Solche Feststellungen trifft die Studie von Marie-Lise Lair, der früheren Leiterin der Abteilung Öffentliche Gesundheit am Centre de recherche public de la Santé (heute Luxembourg Institute of Health), auch: Die Hälfte der Mediziner ist 53 oder älter. Von den im Jahr 2017 laut CNS 2 088 „aktiven“ Ärzten könnten in den kommenden 15 Jahren 1 233 bis 1 437 in Rente gehen, bis zu 69 Prozent. Um sie zu ersetzen, seien pro ausscheidendem Arzt 1,2 bis 1,5 neue nötig, da ganz abgesehen von der zunehmenden „Feminisierung“ des Berufs junge Ärzte generell viel weniger bereit seien, „zu leben, um zu arbeiten“, als ihre älteren Kollegen. Für manche Facharzt Disziplinen sagt die Studie einen noch größeren Bedarf an Nachwuchs voraus – je nach Disziplin würden bis zu 87 Prozent der heute Aktiven ausscheiden. Da Luxemburg erst ansatzweise beginnt, Mediziner selber auszubilden, bleibe es abhängig vom Ausland und damit „angreifbar“. Denn im Grunde hätten alle europäischen Länder Probleme mit ihrer Mediziner-Demografie und ergriffen Maßnahmen, um ihre Ärzte bei sich zu halten.

Die Studie geht aber noch um einiges weiter. Zum Beispiel stellt sie fest, „zahlreiche Aktionspläne“ des Gesundheitsministeriums zum Wohle der öffentlichen Gesundheit, „so lobenswert sie sind“, würden lediglich „zum Teil“ klären, welche Strukturen zur Umsetzung der Pläne nötig sind; was das an Personal erfordert, wie viel zusätzlich mobilisiert werden muss und wie das bezahlt werden soll. Die sich drohenden Schwierigkeiten seien abzusehen gewesen, aber die Steuerung der Berufs-Ressourcen sei „unzureichend“. Weder im Gesundheitsministerium noch im Gesundheitsamt existiere „ein den professionellen Ressourcen gewidmetes Organ“. Es gebe keine „national geteilte Vorstellung“ über Struktur und Organisation des Systems, aus dem sich Personalbedarfe ableiten lassen könnten, kein Monitoring, nicht genug Indikatoren, keine „Kommunikationsplattform zu Bedarf und Angebot an Ärzten“. Gesundheitsminister Etienne Schneider (LSAP) hatte schon recht, als er am Dienstagvormittag auf seiner der Studie gewidmeten Pressekonferenz erklärte, „sie beschönigt nichts“.

Nicht nur den absehbare Ärztemangel wurde in den Blick genommen, sondern auch der an Paramedizinern, von Pflegern über medizinisch-technische Assistenten bis hin zu *Kinés*. Über alle diese Berufe könnten 40 Prozent in den nächsten 15 Jahren in Rente gehen. Zurzeit aber kommen 62 Prozent der Paramediziner von jenseits der Grenzen. Noch sei Luxemburgs Gesundheitswesen attraktiv für sie, wegen des bis zu drei Mal höheren Gehaltsniveaus, der 38 Stundenwoche und der im Vergleich zum Ausland hohen Personaldotation der Kliniken. Doch so, wie in den Nachbarländern versucht würde, Ärzte zu halten, gelte das auch für Paramediziner. Dabei sind in Luxemburg nur knapp ein Drittel der Krankenpfleger in Spitälern tätig, die meisten im Pflege- und Sozialbereich. Dort aber gilt der ungünstigere Kollektivvertrag, so dass die Krankenhäuser unweigerlich zu Konkurrenten für Altenheime, Pflegenetzwerke oder Behinderteneinrichtungen um Pflegekräfte werden. Noch schwieriger mache die Lage, dass Luxemburg eines der letzten EU-Länder ist, in dem die Ausbildung zum Pfleger und spezialisierten Pfleger nicht an Universitäten erfolgt und statt zum Bachelor höchstens zum BTS führt. Dabei sei es nicht nur möglich, sondern nötig und sinnvoll, Pflegern mit Bachelor-Abschluss Posten mit höherer Verantwortung zuzugestehen. So gesehen, sei der BTS eine „Sackgasse“, der wiederum



Die starke Konzentration der Gesundheitsversorgung auf Krankenhäuser war bisher politisch gewollt. Soll es dabei bleiben?

Erklären der Gesundheits- und der Sozialminister nicht bald, für welches System sie stehen, und verteidigen sie das nicht offensiv, könnte der LSAP ein Fegefeuer drohen

Luxemburgs Abhängigkeit vom Ausland nicht senkt: Die Ausbildung am *Gesondheitslycée* sei nicht attraktiv genug und die Berufsbilder – verglichen mit dem der Ärzte – nicht gut angesehen.

Das sind Befunde, die so weit reichen, dass sie die ganze Regierung betreffen. Es geht um Gesundheits-, Pflege- und Sozialwesen, um die Hochschulbildung und um Geld, das ausgegeben werden müsste. Etienne Schneider wiederholte am Dienstag, was er seit seinem Amtsantritt in der Villa Louvigny einige Male geäußert hat: „In einem reichen Land wie Luxemburg kann das nicht sein ...“

In Frage steht aber vor allem die sehr komplexe und fragile Balance um Gesundheit und Krankenkasse. Sämtliche Gesundheitsdienstleister, von den Ärzten über die Labors bis hin zu den Krankenhäusern, sind vertraglich an die CNS gebunden, in die alle Berufstätigen, ihre Arbeitgeber und der Staat einzahlen. Die Pflicht-Vertrags-

bindung garantiert andererseits Tarifautonomie zwischen Dienstleistern und Kasse, die Politik soll sich weitgehend heraushalten. Patienten wird die freie Wahl des Dienstleisters zugestanden, Ärzten Verschreibungs- und Therapiefreiheit. Sie dürfen auch ein paar Zuschläge berechnen, ohne dass man das gleich Privatmedizin nennen müsste. Obwohl die CNS darauf achtet, nur die Kosten für das „Nützliche und Notwendige“ zu tragen, ist der Deckungsumfang der öffentlichen Krankenversicherung der höchste der OECD-Staaten. Was nicht zuletzt am hohen Anteil junger Einwanderer und Grenzpendler an den Versicherten liegt, die mehr als ausgleichen, was die CNS für ältere Versicherte ausgibt. Weil der Arbeitsplatz-Boom anhält, erlaubt das Krankenkassen-Beitragssätze, die so niedrig sind, dass das ein Faktor im „Standortwettbewerb“ ist.

Vor diesem Hintergrund soll nun ein „Gesundheitstisch“ diskutieren, aber viele Probleme bestehen schon länger. Die Tarifautonomie vor allem zwischen Ärzten und CNS funktioniert kaum noch, denn der Ärztesverband erhebt Forderungen, wie nach mehr Abrechnungsfreiheiten, über die politisch entschieden werden müsste. Freie Arztwahl für die Patienten ist in Wirklichkeit nicht mehr gegeben, weil – und das hebt auch die Studie hervor – viele Spezialisten entweder so überlastet sind, dass sie keine neuen Patienten annehmen, oder eine Überweisung durch den Hausarzt verlangen. Weshalb der Politik nun nahegelegt wird, über den Hausarzt als „Gatekeeper“ nachzudenken. Mars Di Bartolomeo hatte das 2010 in der Gesundheitsreform versucht und mit dem „*Médecin-référent* für alle“ einen *Gatekeeper light* einführen wollen. Doch die Idee wurde nicht nur von der AMMD, sondern auch vom OGBL bekämpft, der darin eine Zukunft kommen sah, in der Zusatzversicherungen freie Arztwahl anbieten würden. Wollte der Gesundheitstisch auf die Idee zurückkommen, wäre schon das politisch schwierig.

Die Studie stellt auch die „liberale Klinikmedizin“, das in Luxemburg abgesehen vom CHL vorherrschende Belegarztsystem, in Frage: Es sei durchaus eine Hürde bei der Rekrutierung neuer Ärzte. Vor allem junge Mediziner am Anfang ihrer Laufbahn könne die Vorstellung, als Freiberufler allein zu agieren und nicht in Festanstellung, abschrecken. Ganz konkret sei das Belegarztprinzip eine Gefahr für den Fortbestand des Herzchirurgiezentrums INCCI: Dort sei mit besonders vielen Abgängen von Chirurgen in die Rente zu rechnen. Im Ausland jedoch gebe es Herzchirurgie nach dem Belegarztprinzip nicht, sondern nur in großen Behandlungszentren beziehungsweise an Universitätskliniken.

Was unweigerlich an die derzeit schwelenden Konflikte um die angeblich zu stark „krankenhauszentrierte“ Versorgung denken lässt und an das Werben des Ärztesverbands für „dezentrale Strukturen“. Vor dem Hintergrund des „IRM-Urteils“ des Verfassungsgerichts wächst landesweit bei Ärzten das Begehren, in Gemeinschaftspraxen zu arbeiten. Manche Ärzte würden dort auch operieren wollen. Doch auch der AMMD beginnt zu dümmern, dass eine Liberalisierung des außerklinischen Sektors die Konkurrenz aus dem Ausland nach Luxemburg locken würde, vor allem kapitalkräftige Anbieter aus Deutschland. Vermutlich sprach sich deshalb AMMD-Präsident Alain Schmit in einem langen Meinungsartikel im *Luxemburger Wort* vom 28. September dafür aus, auf jeden Fall die Pflichtbindung der Ärzte an die CNS beizubehalten und sie lediglich zu lockern.

Gleichzeitig sieht es so aus, als könne die Konkurrenz zwischen den Spitälern zunehmen. Das CHL scheint die in der Öffentlichkeit verbreitete Botschaft von der Unterversorgung mancher Regionen mit Spezialisten – die die Studie vor allem für die Kantone Clerf, Vianden und Redingen konstatiert – als Chance anzusehen und

hat in Mersch und Grevenmacher je ein „Praxiszentrum“ eröffnet, wo CHL-Ärzte verschiedener Disziplinen Konsultationen anbieten. Ein solches Zentrum auch im Norden einzurichten, wird am CHL nicht ausgeschlossen. Allen bisherigen Erfahrung nach dürften die Schuman-Krankenhäuser, der ewige Konkurrent des CHL, nachziehen. Schon Anfang des Jahres haben sie eine „Antenne“ in Grevenmacher angekündigt, die dem Vernehmen nach mehr anbieten würde als lediglich Konsultationen.

Geht all das in eine gute Richtung? Die Versorgung in Luxemburg auf Spitäler zu konzentrieren, war bisher politisch gewollt. Es sollte die Kosten beherrschbar halten und Synergien ermöglichen. Das neue Spitalgesetz soll seit 2018 für die Bündelung von Kompetenzen sorgen und durch Abkehr vom „Jeder macht alles“ die Konkurrenz eindämmen helfen. Nun fragt sich, inwieweit das weiterhin so gelten soll. Die dem Gesundheitsminister vorgelegte Studie schreibt in ihrem Empfehlungen einerseits, es dürfe keine „Verschwendungen“ geben, andererseits empfiehlt sie „multidisziplinäre Praxiszentren“. – Das werde man „organisieren müssen“, erläuterte Marie-Lise Lair am Dienstag, und der Minister meinte, „ich bevorzuge Antennen von Krankenhäusern“. Festlegen wollte Etienne Schneider sich aber noch nicht.

Dabei wäre es höchste Zeit, dass zumindest der Gesundheits- und der Sozialminister nicht nur mit den „Akteuren“ Gespräche führen, sondern klar machen, für welches „System“ sie stehen und diese Position auch offensiv verteidigen. Andernfalls droht nicht nur Chaos, sondern der LSAP ein Fegefeuer. Dass Etienne Schneider angekündigt hat, noch vor Ende der Legislaturperiode aus der Regierung ausscheiden zu wollen, weil „zehn Jahre als Minister reichen sollten“ (*d'Land*, 4.10.2019) ist angesichts der „cause nationale“ kein gutes Zeichen.

Moral à zéro au Kirchberg

josée hansen

Sifflets Le bruit strident des sifflets s'entend à des centaines de mètres à la ronde autour de la route d'Esch à la Cloche d'or, lorsque, soudain surgissent, sous la pluie fine et froide d'octobre, une bonne centaine de femmes de ménage (200 selon l'organisateur), qui se sont réunies ce mardi après-midi devant le bâtiment Ariane de la Commission européenne pour protester contre les cadences infernales qu'on leur impose, la réduction du personnel et la dégradation générale des conditions de travail. Vêtues de ponchos en plastique et de casquettes aux couleurs et logos de l'OGBL, elles tambourinent sur des tonneaux en métal pour faire un maximum de boucan. Quelques rares policiers, le regard suspicieux, se sont abrités sous une loge de portier.

Après avoir passé trois quarts d'heure à l'intérieur, en négociation avec des responsables de la Commission européenne au Luxembourg, Estelle Winter, la secrétaire centrale du syndicat nettoyage de l'OGBL est acclamée par ses pairs en ressortant. Elle doit faire taire la foule pour s'expliquer : « Le secteur du nettoyage semble se salir de jour en jour... » (applaudissements). Et de citer les dégradations des conditions de travail dont ont témoigné les agents de nettoyage : travail le soir et la nuit, avec des équipes qui ont été réduites de moitié, des changements de site à la dernière minute (les bureaux de la Commission sont éparpillés sur tout le territoire de la ville), des refus de congés en été et l'obligation de les prendre avant la fin de l'année... « Le patron dit : il faut deux minutes pour faire un bureau, donc il y a des agents qui doivent nettoyer entre 140 et 150 bureaux par soir, plus les toilettes, les cuisines et vingt bureaux à fond... » (sifflements). Comme seule réponse quant à la contestation de ces cadences, on leur a dit qu'avec le matériel moderne mis à leur disposition, le travail se faisait quasi tout seul.

Le patron de ces agents est la société ISS, qui a remporté le marché pour la prestation de service dans les bureaux de la Commission. Mais ISS fait la sourde oreille et a refusé de négocier (« ISS doit arrêter le chantage et les menaces et respecter les conditions de travail », s'énervait la syndicaliste au micro). L'OGBL a donc choisi de s'adresser directement à la Commission européenne. « Nous demandons aux responsables d'assumer vis-à-vis du sous-traitant, de porter plus d'attention au cahier des charges et de ne pas seulement demander le prix le plus bas ! », s'exclame encore Estelle Winter. En coulisses, on apprend que la même Commission avait tenté de faire annuler la manifestation de mardi, craignant pour son image. Alors même qu'elle négocie avec les pays membres de l'introduction de minima sociaux sur le marché du travail, le boucan des femmes de ménage au Luxembourg fait mauvais effet.



Piquet de protestation des femmes de ménage devant un des bâtiments provisoires de la Commission européenne à la Cloche d'or ce mardi

« Nos salaires sont normaux. Nous sommes 10 000 au Luxembourg, à différents niveaux, et en comptant nos familles, cela en fait du monde. Il nous faudrait de la solidarité de la part de la société luxembourgeoise. »
Annamária Csordás

Princess problems ? Face à la précarité des femmes de charge, les conditions de travail et les rémunérations des fonctionnaires européens sont autrement plus luxueuses. « Ce n'est pas vrai », s'offusque Annamária Csordás ce lundi, lors d'une conférence de presse au Kirchberg, à laquelle avait invité l'Union syndicale (USL, alliée à l'OGBL), le principal syndicat du service public européen au Luxembourg. Csordás est présidente du Comité local du personnel et se bat contre les idées reçues selon lesquelles tous les fonctionnaires européens seraient des nantis, qui demanderaient tous des augmentations de salaires pour « construire un jacuzzi dans leur villa ». « Nos salaires sont normaux¹, explique-t-elle. Nous sommes 10 000 au Luxembourg, à différents niveaux, et en comptant nos familles, cela en fait du monde. Il nous faudrait de la solidarité de la part de la société luxembourgeoise. » La raison de la conférence de presse : les conditions de travail et de vie des employés des différentes institutions européennes se dégradent rapidement, fustige l'USL, ce qui a aussi des implications sur la pérennité du siège des institutions européennes au Luxembourg. Le syndicat a plusieurs fois déjà articulé ses soucis à l'attention des pouvoirs politiques locaux, notamment lors des négociations de coalition pour le gouvernement Bettel/Schneider/Braz II en octobre dernier. Avec l'approche des élections sociales, qui se dérouleront entre octobre 2019 et janvier 2020 dans les différentes institutions euro-



péennes, et l'arrivée au pouvoir d'une nouvelle Commission en novembre, l'USL prend à témoin la société luxembourgeoise.

En cause : la très grande précarisation des salaires des institutions européennes, non seulement au Luxembourg, depuis la réforme du statut remontant à 2004 et qui a introduit des « agents contractuels » et des « agents temporaires ». Bien que hautement formés et spécialisés, ils travaillent souvent pour des rémunérations proches du salaire social minimum luxembourgeois et pour des durées extrêmement brèves. Cela serait particulièrement grave dans les garderies d'enfants, « une jungle sociale » selon l'USL, où il y a cinq ou six statuts différents, dont certains payés sous le SSM (un recours devant les tribunaux est en cours).

« On ne peut pas trop se plaindre, parce que c'est un choix d'accepter un tel contrat », avoue Melania vis-à-vis du *Land*². Elle se retrouve au chômage après avoir travaillé depuis 2004 au Luxembourg, comme traductrice sous le statut de l'agent temporaire. Ce statut lui conféra une rémunération comparable à ses collègues fonctionnarisés, mais sans les possibilités d'avancement (contrairement aux agents contractuels, surtout débutants, qui sont engagés avec des salaires beaucoup plus bas). Après douze ans auprès d'une même institution, soit on passe le concours pour devenir fonctionnaire (encore faut-il le réussir et être retenu), soit on cherche ailleurs. Mais à un âge et une expérience certains, comme Melania, cela s'avère difficile. Elle est certes inscrite à l'Adem et passe des formations, mais il est difficile de trouver un poste équivalent à ses compétences et à ses attentes financières. Pourtant, sa vie est maintenant ici, où travaille aussi son mari français.

Désolation « Nous dressons aujourd'hui un bilan désolant de la situation des institutions européennes au Luxembourg³ », affirme le président de l'USL Miguel Vicente Nunez lors de la conférence de presse. Et cela toucherait, au-delà de la précarisation et de l'inégalité du traitement, toutes les catégories de personnels. Nunez avance surtout la perte du pouvoir d'achat, due notamment à la crise du logement. Aujourd'hui déjà, un tiers de personnels habiteraient en France, en Belgique et en Allemagne, étant devenus des travailleurs frontaliers par l'effet centrifuge des prix du foncier. Et il serait désormais extrêmement difficile de trouver encore des fonctionnaires spécialisés prêts à venir s'installer au Grand-Duché, par exemple pour le futur Parquet européen, parce que la qualité de vie serait moindre au Luxembourg.

Pour comprendre cela, il faut encore une fois fouiller dans le règlement sur le statut du fonc-



Le Jean Monnet 1, premier siège de la Commission européenne à Luxembourg, n'est plus qu'un cratère avec un tas de gravats devant la Cour de justice cette semaine. Le nouveau bâtiment, Jean Monnet 2, est en construction à quelques centaines de mètres de là

tionnaire européen, remontant à 1962, mais maintes fois modifié et qui fait aujourd'hui, avec ses annexes, 235 pages. Son article 64 introduit un « coefficient correcteur » aux rémunérations des fonctionnaires, selon les conditions de vie dans les différents lieux d'affectation. Ce coefficient peut réduire le salaire, comme à Sofia (55,2) ou à Varsovie (68,6). Ou il peut l'augmenter d'autant de points, comme à Copenhague (131,9) ou à Londres (134,7). À Bruxelles et à Luxembourg, le salaire est considéré de base, soit à la valeur 100⁴. L'USL aimerait voir simplement supprimé cet article 64.3, afin que les salaires puissent être ajustés à la hausse du coût de la vie. Le syndicat a calculé que le différentiel de pouvoir d'achat était de -16,8 pour cent à Luxembourg par rapport à Bruxelles en 2018. Une étude réalisée par la société de consultance Airinc pour la Commission européenne et mise à la disposition de la presse lundi, qui prend aussi en compte les prix du logement dans la grande région, en vient toujours à un différentiel de plus de dix pour cent.

Les dirigeants du syndicat voient dans l'absence d'un coefficient correcteur non seulement une discrimination de ceux qui ont accepté de venir travailler au Luxembourg, alors que les centres de décision sont à Bruxelles et à Strasbourg, et qui finissent par avoir moins de revenus disponibles que leurs collègues et à être plus mal logés. Mais ils y voient aussi une discrimination du siège historique au Luxembourg, où le précurseur de

l'Union, la Communauté européenne du charbon et de l'acier (Ceca), a établi son premier siège en 1952, et qui perdrait constamment en attractivité. Et en influence. « Avec tout ce qu'il investit pour les institutions européennes au Kirchberg, le Luxembourg ne mérite pas ça », estime Vicente Nunez, qui raconte avoir rencontré en la personne du Premier ministre Xavier Bettel (DP) un homme politique très à l'écoute de leurs doléances. « Le Luxembourg devrait frapper du poing sur la table ! », demande le syndicaliste.

¹ Selon le règlement sur le statut du fonctionnaire européen en vigueur, ils sont tout à fait comparables aux salaires courants dans la fonction publique luxembourgeoise, mais avec une très grande disparité. Les salaires d'entrée se situent aux alentours de 2 300 euros et les directeurs généraux peuvent toucher jusqu'à 18 000 euros. À cela s'ajoutent certains privilèges, comme de ne pas payer d'impôts dans le pays de résidence. Il y a toutefois une retenue à la source allant de huit à 45 pour cent, argent versé directement au budget européen.

² Nom changé par la rédaction

³ Commission européenne, Parlement européen, Cour des comptes, Cour de justice de l'Union européenne, Banque européenne d'investissement.

⁴ L'article 64, paragraphe 3 dit exactement : « Aucun coefficient correcteur n'est appliqué en Belgique et au Luxembourg, étant donné le rôle spécial de référence joué par ces lieux d'affectation en tant que sièges principaux et d'origine de la plupart des institutions. »

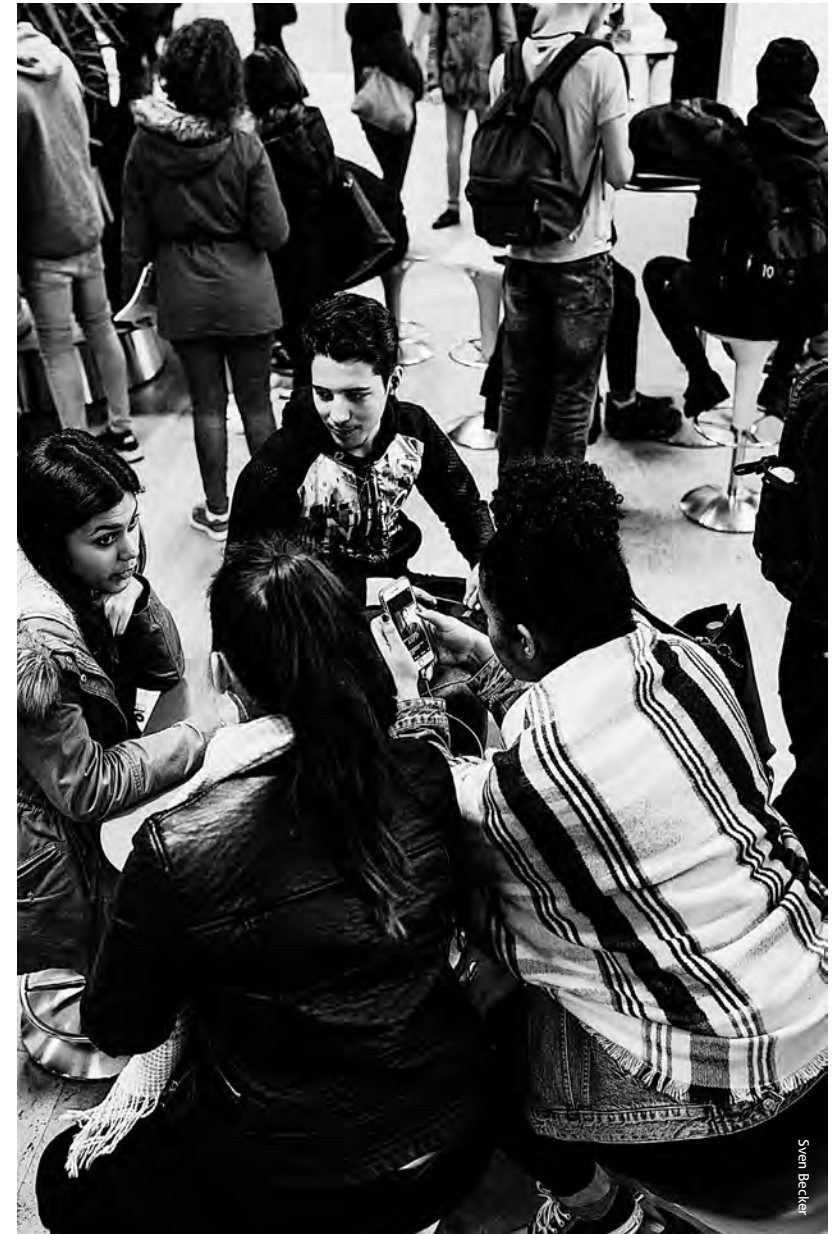
En pleine campagne pour les élections sociales dans les institutions européennes, les syndicats s'inquiètent de la dégradation des conditions de travail et de la perte d'attractivité du site Luxembourg

Nach den Schülerprotesten fürs Klima – wie nachhaltig ist das politische Engagement der Jugend?

Weise göllt



Die US-Liedermacherin und Umweltaktivistin Amanda Palmer beim Fridays for Future-Klimaprotest auf der Place Clairefontaine am 27. September



Ines Kurschat

„Change the system, not the climate!“, skandierten rund 3 000 überwiegend jugendliche Teilnehmende beim Fridays for Future-Marsch am Freitag vor zwei Wochen auf der Place Clairefontaine. Eingehetzt wurde ihnen von der US-amerikanischen Sängerin und Liedermacherin Amanda Palmer, die am selben Abend einen Auftritt im Konservatorium hatte.

Angesichts des Bündnisses von Jugendverbänden, mehreren Umweltorganisationen und Gewerkschaften sprechen Kommentatoren vom Aufkommen einer neuen Jugendbewegung, die sich für den Erhalt des Planeten einsetzt und keine Lust mehr habe, sich mit Politikerfloskeln abspesen zu lassen. Angeführt von einer jungen Frau, die es mit ihren Sitzstreik jeden Freitag vorm schwedischen Parlament zu Weltruhm brachte und dank ihrem unbeeinträchtigten Einsatz fürs Weltklima (nicht zuletzt von den Medien) in den Status einer Pop-Ikone gehoben wurde, hat die Bewegung Fridays for Future auch in Luxemburg an Zulauf und Zustimmung gewonnen. Rund 8 000 SchülerInnen folgten dem Protestaufruf von Youth for Climate Luxembourg am 15. März.

Militante Jugendbewegung? Die Wochenzeitung *Woxx* geht sogar so weit und schließt angesichts knackiger Slogans wie „Ändert das System, nicht das Klima“ eine weitere Radikalisierung in naher Zukunft nicht aus, auch wenn wohl keine „Fensterscheiben eingeschlagen“ würden oder Autos brennen. Da scheint die eigene Begeisterung der Journalisten den Blick auf die Realität doch leicht zu verzerren.

Radikale Klimaaktivisten wie Extinction Rebellion (XR), die mit inklusivem Gendersternchen, Kinderwagen und Megafon Hauptverkehrsknotenpunkte in Berlin und London lahmlegen und nach dem *Name-and-Shame*-Prinzip Botschaften von Umweltsünder-Ländern blockieren, sucht man hierzulande vergebens. Eine symbolische halbe Brückenbesetzung war das Maximum der aufständigen Gefühle in einem Land, wo bereits ein streunender Hund auf der Straße oder eine falsch geschaltete Ampel zum mittleren Verkehrskollaps führen. Die bloße Ankündigung, dass es für den Streik am Freitag im Gegensatz zum Protestmarsch im März kein Schulfrei geben werde, habe nicht wenige Jugendliche davon abgehalten, sich an der Demonstration zu beteiligen, so die Ein-

schätzung einer Lehrerin, die am 27. September mitmarschiert war. Aus Angst, den Schulausfall später auf der Zensur oder im Zeugnis vermerkt zu finden.

Ob es den Jungen und Mädchen, die auf die Straße protestierten, allerdings wirklich um einen Systemumsturz geht, also um eine Fundamentalkritik an der kapitalistischen Wirtschaftsweise und um einen radikalen Bruch mit ihr, darf man angesichts der Aktionsformen, die neben den Demonstrationen stattfinden, bezweifeln: Es stimmt, in den Grundschulen und Lyzeen mehrten sich Klimaaktionen und Umweltinitiativen. Jugendliche sammeln Müll ein, verlangen weniger Fotokopien im Unterricht und dafür mehr I-Pad-Einsatz, um dem Abholzen der Wälder entgegenzuwirken. Bei den meisten Schulaktionen geht es um Abfallvermeidung und Mülltrennung, etwa in der Kantine, wo manch Zulieferer immer noch nicht begriffen hat, dass Sandwiches nicht unbedingt in Plastikfolie gewickelt werden müssen.

Der Klimabericht, den Schüler nach Diskussionen mit rund 500 Teilnehmenden auf vier Regionalversammlungen erstellt und im Juni präsentiert hatten, listet als Forderungen Abfallvermeidung und weniger Plastik, *Booksharing*, Lebensmittelkauf aus regionalem, ökologischem Anbau, aber auch mehr Energieeffizienz, einen besseren öffentlichen Transport sowie mehr dezentrale Schulangebote auf. Umstürzlerisch klingen Aufrufe wie „De Klimawiesel geet eis all eppes un“ nicht, eher als Appell ans Gemeinwohl und an die gemeinsame Verantwortung. Im Vorwort weisen die AutorInnen (in nicht gendergerechter Sprache) darauf hin, „dass d'Responsabilitéit fir d'Klimakris a fir d'Géigemesuren net eleng op dem Schüler, dem Bierger, an dem Konsument seng Schellere soll geluecht ginn“. Sie fordern einen starken, dirigistischen Staat. Die Regierung müsse eingreifen „fir klima- an umweltschiedlech Handlungen ze decouragéieren, ze verbidden, respektiv ze bestrofen, a positiv Géigemesuren ze encouragéieren, beziéungsweis ze imposéieren“. Auch die Idee einer „E Umwelttreenue“ findet Anklang.

Ob sich die Luxemburger Jugend dauerhaft politisiert und ihren Einsatz fürs Klima in politisches Engagement umsetzt, ist nicht ausgemacht: Eine Stunde der

Wahrheit könnte schlagen, wenn sie ihre neuen Vertretungen wählt. Zwischen dem 13. und 21. Oktober ist sie aufgefordert, neue Sprecher zu bestimmen, die sich für die Interessen der rund 48 000 Sekundarschülerinnen und Schüler einsetzen.

Laut Claire Henzig von der Gesamtschülervertretung Cnel sind Aussagen zur Wahlbeteiligung derzeit nicht möglich. Die Wahlen organisiert jede Schule für sich. Aus der Versammlung aller Vertretungen wird dann der oder die neue Präsident/in gewählt. Nach den Klimamärschen sollen wohl einige Schüler Interesse angemeldet haben, sich in ihrer Schule einzubringen, sagt Noch-Cnel-Präsident Kimon Leners. Ob sie sich zur Wahl gestellt haben, ist unklar. Der Schüler des Lycée des Arts et Métiers wurde 2017 für zwei Jahre gewählt und stellt sich zur Wiederwahl.

Marsch durch die Institutionen Ob wegen der Klimakrise die Beteiligung an den Schülerwahlen steigt, muss sich also erst noch zeigen. Dagegen sprechen Trends, mit denen, außer den Grünen, jede Partei und viele Vereine zu kämpfen haben: Laut *Nationalem Jugendbericht 2015* der Uni Luxemburg (der nächste mit dem Schwerpunkt Gesundheit und Wohlbefinden ist für 2020 geplant) interessiert sich nur eine Minderheit der Jugendlichen für die traditionelle Parteipolitik und ist in Parteien engagiert, ein Trend, der auch im Ausland zu beobachten ist. Gremienarbeit gilt als unsexy und zu mühsam; die Jugend von heute engagiert sich eher punktuell als langfristig. Zumal, wenn sie das Gefühl hat, von den Erwachsenen eh nicht ernstgenommen zu werden.

Auch das Jugendparlament, eine Plattform für junge Leute zwischen 14 und 24 Jahren (www.jugendparlament.lu), die sich politisch einbringen wollen, ohne deshalb unbedingt einer Partei anzugehören, formiert sich diesen Monat neu. Bis zum 19. Oktober können sich Interessierte melden. Dann werden die thematischen Kommissionen vorgestellt (die Organisationsweise ist die der großen Schwester, der Chamber, entlehnt), in die sich die Jugendlichen melden können. Laut Projektverantwortliche Stéphanie Wies steht auch da Klima hoch im Kurs. Auf ihrer Informationstour durch die Schulen vor den Ferien hatten die Jungparlamentarier vier Resolutionen im Gepäck: zum Klima respektive zur Abfallwirtschaft,

Warum sollten die Jugendlichen heute es anders machen als die meisten Erwachsenen vor ihnen?

zur Digitalisierung, zum *Stage* und zum (im Referendum 2015 abgelehnten) Wahlrecht ab 16 Jahren. „Das Jugendparlament setzt sich weiter für ein Wahlrecht ab 16 ein. Für Jugendliche, die an Politik interessiert sind. Es geht uns nicht um eine Pflicht, wählen gehen zu müssen“, präzisiert Stéphanie Wies.

Am Donnerstag vergangener Woche trafen Jugendparlamentarier Xavier Bettel (DP) zum Austausch, weitere Gespräche mit den Parteien sollen folgen. Eine Analyse davon soll zum Schluss erfolgen. Der Premier hat den Klima- und Umweltschutz in seiner Erklärung zur Lage Nation zu einem Schwerpunkt erkoren (Seite 2), er bekräftigte die Absicht der Regierung, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um bis zu 55 Prozent zu reduzieren und kündigte eine ökologische Steuerreform an. Konkrete Maßnahmen aber fehlten in Bettels Rede. Schon im Juni hatten Jugendliche der Landesschülervertretung Cnel den Premier, sowie Umweltministerin Carole Dieschbourg (Déi Gréng), Erziehungsminister Claude Meisch (DP) und Landwirtschaftsminister Romain Schneider (LSAP) getroffen, ohne konkrete Ergebnisse.

VertreterInnen von Youth for Climate Luxembourg sollten sich vergangene Woche erneut mit Umweltministerin Carole Dieschbourg treffen, wegen der Gartenhausaffäre war das Treffen aber kurzfristig abgesagt worden. Nun soll es kommende Woche einen neuen Anlauf geben. Die Frage wird sein, was bei diesen Gesprächen herauskommt, außer Werbung für Politiker und vage Worte. Noch-Cnel-Präsident Kimon Leners ist jedenfalls vorsichtig: „Wir haben das schon oft erlebt, dass Erwachsene uns nicht zuhören oder auf unsere Forderungen nicht wirklich etwas folgt“, sagt er skeptisch. Das geplante Klimaschutzgesetz, das den rechtlichen Rahmen vorgeben soll, um den Klima- und Energieplan umzusetzen, lässt auf sich warten.

Greta is in Luxembourg Gleichwohl sollte niemand die Proteste der Jugendlichen unterschätzen. Denn sie sind dank Greta Thunberg nicht auf Luxemburg beschränkt. Auch wenn den Protestierenden in Luxemburg der Durchbruch fehlt, ist das Thema gesetzt, lässt sich die Zeit nicht mehr zurückdrehen: Weiße, meist männliche Vertreter der Über-40-Generation können sich besserwisserisch über die besorgten Jugendlichen mokieren, Fakt ist: Inzwischen kann es sich kein Politiker und keine Politikerin mehr leisten, nicht in irgendeiner Form auf den Klimaschutz und die Proteste einzugehen.

CSV-Fraktionschefin Martine Hansen etwa sprach sich im *Luxemburger Wort* unter der Überschrift „Everyday for future“ für eine „Klimapolitik der Anreize statt Verbote“ aus. Dieselbe Politikerin, die gegen eine höhere Besteuerung von SUV-Geländeaufbauten ist und deren Partei die wachstumsorientierte Politik der vergangenen Jahrzehnte im Land maßgeblich mitbestimmt hat. Der Jugendwettbewerb Jeune Journaliste hat „Climate Youth“ zum Recherche-Thema des Jahres (www.jeunejournaliste.lu, Einsendeschluss ist der 31. Oktober) erkoren. Schon im Jahr zuvor kreierten etliche der eingereichten Beiträge der Mädchen und Jungen um Klimaschutz und Nachhaltigkeit. Daraus spricht die Sorge um die eigene Zukunft und der Frust über Erwachsene, die zu langsam und zu zögerlich handeln.

Die Grünen mögen als Partei bei der Jugend derzeit die meisten Sympathiepunkte sammeln, allerdings stehen sie in der Beweisspflicht, konkrete Ergebnisse zu liefern. Die spannende Frage wird daher sein, wie weit sich die Jugendlichen mit Ministerfotos, Parteiengesprächen und vagen Zusagen befrieden lassen und wie nachhaltig ihre Proteste wirken. Auf die meisten wartet nach der Schule der Start ins Berufsleben – und der Übergang bindet, je nach Rückhalt seitens des Elternhauses, mehr oder weniger Energie. Wer selbst Geld verdienen muss, um eine Wohnung zu finanzieren, hat weniger Zeit sich politisch einzubringen. Bisher ist noch jede Jugendbewegung erwachsen geworden, ihre Sprecherinnen und Sprecher sind heute Anwälte, Journalistinnen oder Beamte beim Staat. Andererseits: Warum sollten die Jugendlichen heute es anders machen als die meisten Erwachsenen vor ihnen?

Polémique française

Regarder la France en face



Des travailleurs sans-papiers d’une brasserie de plein air pour touristes à Paris tiennent un piquet de grève, soutenus par le syndicat CGT

Emmanuel Defoulouy, Paris

« Tous nos problèmes aggravés par l’immigration sont aggravés par l’islam (...) Les jeunes Français vont-ils accepter de vivre en minorité sur la terre de leurs ancêtres ? Si oui, ils méritent leur colonisation, sinon ils devront se battre pour leur libération. » Cette phrase xénophobe et islamophobe, un quasi appel à la guerre civile, a été prononcée par le journaliste Éric Zemmour dans un discours retransmis en direct et en intégralité, samedi 28 septembre, par la chaîne d’informations *LCI*, du groupe *TF1*.

Comment en France le débat a-t-il pu en arriver là ? Comment un illuminé condamné, une nouvelle fois le 19 septembre, pour provocation à la haine religieuse, peut-il être aussi chroniqueur salarié du *Figaro*, le quotidien de référence de la droite, ou intervenant d’une émission quotidienne de la chaîne *CNews* de l’homme d’affaires Vincent Bolloré ? On se contentera de renvoyer au livre de l’historien Gérard Noiriel qui dresse en cette rentrée un parallèle fécond entre les trajectoires de l’antisémitisme Edouard Drumont dans les années 1880 et de Zemmour depuis quinze ans !. Même discours identitaire dans lequel la France est menacée dans son existence, par les juifs pour le premier, les musulmans pour le second. Et même mise à profit de la concurrence féroce et irresponsable que se livrent des médias, presse écrite à grands tirages alors, chaînes de la *TNT* aujourd’hui. Prononcé à la « convention de la droite » de Marion Maréchal ex-Le Pen (qui n’a plus ni mandat électif ni responsabilité partisane), le discours de Zemmour a suscité 650 signalements de téléspectateurs au Conseil supérieur de l’audiovisuel (CSA). Et une enquête judiciaire est ouverte pour « injures publiques » et « provocation publique à la discrimination, la haine ou la violence ».

Sans amalgame mais sur le même thème de l’immigration, ce discours n’a pas été la seule surprise de ce triste mois de septembre. Le 16, aux députés de sa majorité, le président de la République Emmanuel Macron a demandé de « regarder ce sujet en face ». « Pour pouvoir accueillir tout le monde dignement, on ne doit pas être un pays trop attractif », a-t-il déclaré, en s’inquiétant d’un droit d’asile « détourné de sa finalité ». On rappellera que le candidat Macron avait salué Angela Merkel début 2017 pour avoir « sauvé notre dignité collective en accueillant des réfugiés en détresse, en les logeant, en les formant ». Et soulignons encore que de mi-2018 à mi-2019, la France est le onzième pays européen en nombre de demandes d’asile rapporté à la population, le quinzième en décisions de protection.

Venant d’un chef de l’État, une phrase a particulièrement intrigué : « Les bourgeois n’ont pas de problème avec ça (l’immigration) : ils ne la croisent pas. Les classes populaires vivent avec. » On peut évidemment objecter que des régions de forte population modeste connaissent peu d’immigration, ou que nombre de bourgeois (par le revenu et le diplôme) vivent dans des quartiers pauvres à forte immigration, contribuant notamment par leurs impôts locaux à la solidarité avec plus modestes qu’eux.

La France est le onzième pays européen en nombre de demandes d’asile rapporté à la population

Le discours d’Emmanuel Macron visait à préparer le débat parlementaire sur l’immigration qui s’est tenu lundi 7 octobre à l’Assemblée et mercredi 9 au Sénat. Un débat sans vote, mais qui doit aboutir à des restrictions d’allocations et de soins pour les demandeurs d’asile. Dans la continuité globale des politiques de défiance envers les étrangers menées depuis 35 ans, qui ont durci un peu plus à chaque fois les conditions d’entrée et de séjour. Et qui fait dire au spécialiste des migrations François Héran : « Tout a été fait pour contenir ces flux. Impossible, désormais, de les réduire sans attaquer le noyau des conventions internationales, qui font partie de notre contribution au patrimoine juridique mondial. »

Profitant du débat à l’Assemblée, Marine Le Pen y a tenu une conférence de presse pour s’alarmer de la « submersion migratoire de la France » et d’un système « outrageusement bénéfique » aux immigrés. Après la tuerie de quatre policiers à la Préfecture de police de Paris par un agent dormant du terrorisme islamiste, elle a aussi dénoncé une « immigration anarchique (qui) fait le lit du fondamentalisme ».

On le voit, Emmanuel Macron joue avec le feu. Son pari est d’adapter son discours à son électorat, qui a considérablement dérivé vers la droite depuis deux ans, et de désigner l’extrême droite comme seul opposant, pour mieux se faire réélire en 2022. Mais des chercheurs de l’École d’économie de Paris et de Sciences Po l’ont démontré scientifiquement : insister sur la thématique migratoire augmente le vote en faveur de l’extrême droite. Un jeu dangereux donc, au moment même où cette famille politique connaît un reflux notable en Europe depuis quelques mois (Danemark, Italie, Autriche, divisions persistantes au Parlement européen), et alors que la contestation populaire des gilets jaunes avait au contraire replacé les inégalités économiques et sociales au premier plan.

En conclusion de son livre, Gérard Noiriel conseille lui d’éviter d’entrer dans les polémiques xénophobes pour au contraire donner à voir, rendre visible (par le journalisme, le théâtre, les scénarios, la cuisine, le sport, etc.) la réalité de la France de 2019. Telle quelle est. À l’école primaire, à côté de Garance et Cédric, Hichem et Mouloud sont animateurs. Au travail, Khadija nettoie les toilettes le matin, Rachida sert à la cafétéria. Le midi au restaurant, Mohamed est aux cuisines, Nadja et Jennifer servent en salle, aux côtés de Philippe et Stéphanie. Les nounous, d’origine ivoirienne ou maghrébine, vont chercher les jeunes enfants à la crèche et la maternelle. Amel vient de créer son institut de beauté. Leila présente le journal

télévisé. Et tant d’autres, artisans, sportifs, architectes, éboueurs, start-upers vivent et font vivre le pays.

Une nation en 2019, dans les pays occidentaux en tout cas, est bien plus définie par les mécanismes financiers de solidarité (Sécu, retraites, transferts entre régions) que par la couleur de peau ou les consonances des prénoms. C’est Zinedine, et pas Charles, qui symbolise aux yeux du monde la victoire de la France à la Coupe du monde de football en 1998. Ce sont Dany, Kad ou Omar les successeurs de Louis de Funès et Bourvil au *box-office* des films les plus vus dans l’Hexagone. « Aujourd’hui, le déni, c’est de refuser de regarder en face la composante migratoire de nos sociétés », dit François Héran. « Ne pas laisser le débat à l’extrême droite, c’est aussi avoir le courage de prendre les bonnes décisions et de ne pas faire de l’immigré le bouc émissaire », estime Pierre Henry, directeur général de France terre d’asile. « S’il y a une crise aujourd’hui, c’est celle de l’accueil des immigrés », ont martelé les députés La France insoumise (LFI) lors du débat à l’Assemblée du 7 octobre, appelant à « changer les termes du débat » sur l’immigration.

Beaucoup font ce travail, à l’instar du syndicat CGT qui soutient actuellement des grèves de travailleurs sans-papiers dans un restaurant chic du seizième arrondissement, une brasserie pour touristes près du Louvre, des fast-foods KFC ou un entrepôt de logistique de banlieue parisienne. L’objectif est qu’ils soient régularisés, afin d’échapper à l’arbitraire de leurs employeurs en termes d’amplitudes horaires et de jours de congés. De même, de nombreuses communes de province se sont déclarées « villes accueillantes » aux migrants évacués de Calais. Une façon de regarder la France en face.

1 Gérard Noiriel, « Le venin dans la plume. Edouard Drumont, Eric Zemmour et la part sombre de la République », *La Découverte*, septembre 2019



Österreich nach den Wahlen

Freier Fall und freie Auswahl

Irmgard Rieger, Graz

Das soll es gewesen sein? Ein sechseinhalb Minuten Monolog, ein „ich wünsche Ihnen noch einen wunderschönen Tag“, – und kein „Hazel“ mehr in der österreichischen Innenpolitik? In einer Weinbar in der Wiener Innenstadt rief Heinz-Christian Strache zwei Tage nach der Wahl mit desaströsem Ergebnis für die Freiheitliche Partei Österreichs zur Pressekonferenz. Der langjährige Chef der FPÖ, der die Rechtspopulisten nach der Parteispaltung 2002 aus dem Post-Haider-Tief zu einem Stimmenhoch und 2017 in eine neue Regierungsbeteiligung geführt hatte; das Polit-Vieh „HC“, der sich vom Sohn einer Wiener Alleinerziehenden und gelernter Zahntechniker zum Vizekanzler hochhievt, Bierzelte füllte und Stammtische zum Johlen brachte – er, dessen Leben die Öffentlichkeit und die Partei war, kündigte an, sein Leben künftig seiner Familie zu widmen und keine politischen Ämter mehr anzustreben.

Zwei Tage nach der Wahl war das. Und zehn Tage, nachdem Strache, der Kämpfer für den sprichwörtlichen Kleinen Mann, mit Vorwürfen konfrontiert wurde, sich großzügig an der Partei bedient zu haben, systematisch und über Jahre hinweg: Ein Spesenkonto mit 10 000 Euro monatlich, dazu ein monatlicher Mietzuschuss von 2 500 Euro für seine Villa im noblen Klosterneuburg vor Wien – da konnten Parteioffizielle noch so sehr begründen, er habe doch dort auch Delegationen empfangen: Der FPÖ-Slogan „Unser Geld für unsere Leut“ hatte plötzlich eine ganz andere Bedeutung, und das war dann selbst vielen Anhängern zu viel.

Türkis-grün wäre in den Augen vieler Kommentatoren eine Lieblingsoption und hätte vor allem den Charme des Neuen

Im freien Fall rasselte die FPÖ fast zehn Prozentpunkte nach unten, kam erst hinter den Sozialdemokraten zu stehen, und der Vorsitzende Norbert Hofer musste rasch eingestehen: Dies ist kein Wählerauftrag für eine Regierungsbeteiligung. Sebastian Kurz indessen hat, so scheint es, freie Auswahl. Der zunächst jüngste Kanzler, dann jüngster Altkanzler und nun jüngster wiedergewählte Kanzler Österreichs hat die zur türkisen Bewegung umgestylte konservative Volkspartei ÖVP auf 37 Prozent gesteigert.

Kurz verfügt über eine komfortable Mehrheit und könnte arithmetisch sowohl mit den Sozialdemokraten koalieren, die mit 21 Prozent ihr historisch schlechtestes Ergebnis erzielten, als auch mit den Grünen, die knapp 14 Prozent erreichten und wieder in den Nationalrat zurückkehren. Auch das Experiment einer Minderheitsregierung, für die sich durch geschickte, sagen wir: Verhandlungen hinter den Kulissen eine Duldung durch die FPÖ erzielen ließe, wäre denkbar. Doch so einfach liegen die Dinge auch für den Sieger nicht.

Die Sozialdemokraten mussten zusehen, wie traditionell rote Regionen sich nun türkis einfärbten: Kurz’ Bewegung hat nicht nur die konservative Konstante und das Großkapital hinter sich, sondern gewinnt vor allem im ehemaligen Arbeitermilieu, beim Mittelstand und bei jungen Familien. Die Sozialdemokraten, die seit Jahren systematisch ihre Vorsitzenden verschleissen und die es nicht schaffen, die roten Themen zeitgemäß zu formulieren und zu vertreten, müssten als Juniorpartner in einer Koalitionsregierung endgültig um ihr Profil und ihre Themen fürchten. Zumal Pamela Rendi-Wagner, glücklose Quereinsteigerin und Spitzenkandidatin, sich in einem ungeschickten Lavieren verhedderte. Am Wahlabend beharrte sie noch: „Die Richtung stimmt“, um nun nach unüberhörbarem Rumoren in den Ländern und in den funktionärsferneren Flügeln der Partei eine „radikale Neugründung“ zu fordern.

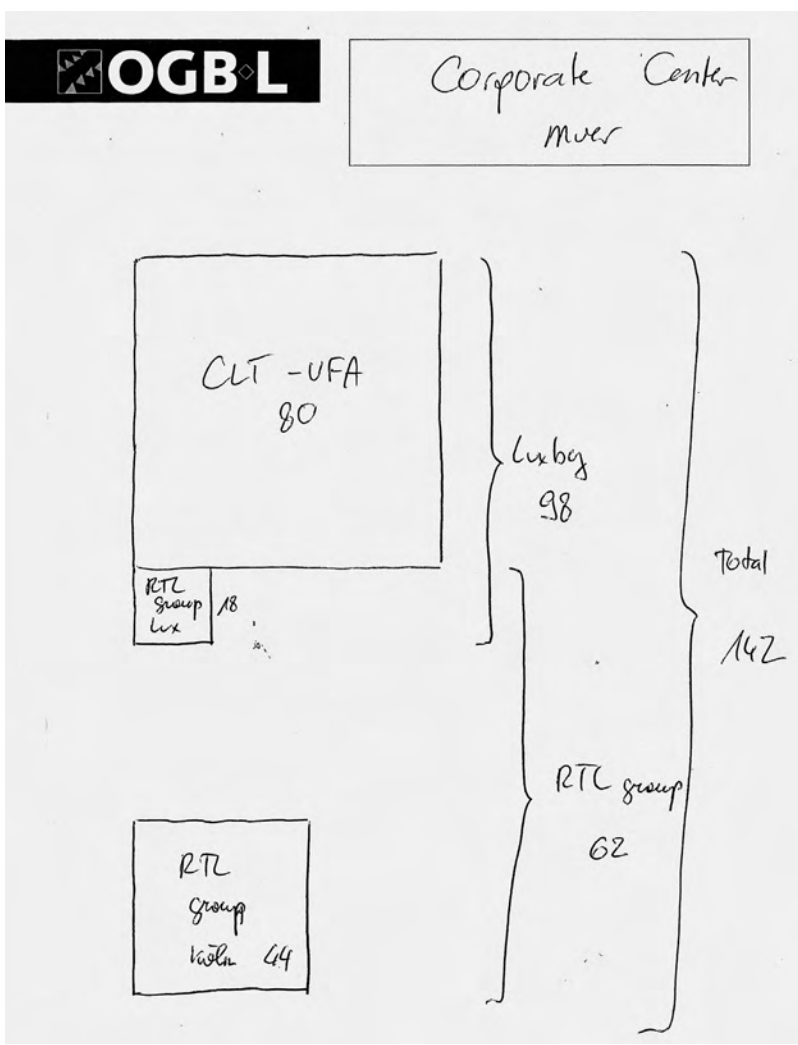
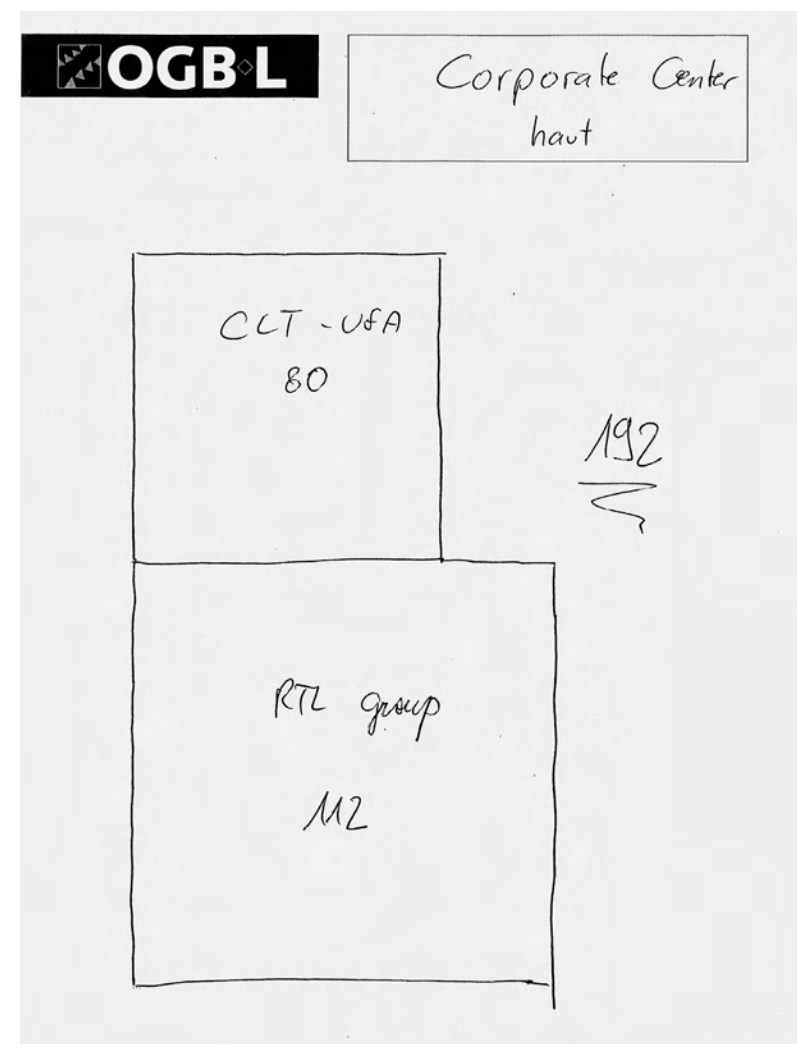
Kurz hat bereits in der Koalition mit der FPÖ gezeigt, wie geschickt er Erfolge auf sein, kritische Themen aber auf das Konto des Partners zu verbuchen vermag. Das wissen auch die Grünen in Person von Gerhard Kogler, einem langjährigen Parlamentarier und stabilen Faktor in der Ökopartei. Stets gerne und überzeugt in der zweiten Reihe, übernahm der Steirer nach dem Debakel in der Wahl 2017, als die Grünen aus dem Parlament flogen, das Ruder. Wie der einstige Grünen-Chef und heutige Präsident Alexander van der Bellen ist Kogler Volkswirt, steht für einen geradlinigen, auf grüne Kernthemen Klima, Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit fokussierten Kurs. Die TV-Debatten belebte der erkennbar und bewusst Coaching-abstinenten Politiker durch authentische, engagierte Sachlichkeit und schlagfertige Direktheit. Der 57-Jährige ging auch mit klaren Ansagen in die erste Runde der Sondierungsgespräche mit Kurz: Ökosoziale Umsteuerung, Erbschaftssteuer, soziale Gerechtigkeit – darunter will er es nicht machen.

Gleichzeitig aber macht Kogler klar, dass er ernsthafte Gespräche führen will – und untermauert die Regierungsfähigkeit seiner Partei mit Verweis auf frühere und aktuelle schwarz-grüne Regierungen in Länderparlamenten. Tatsächlich wäre türkis-grün in den Augen vieler Kommentatoren eine Lieblingsoption und hätte vor allem den Charme des Neuen: Schwarz-Rot steht für gegenseitige Blockade, schwarz-blau für Skandale. Grün wäre nun ein starkes Gegenüber – ein riskantes Unterfangen für den großen Gewinner Kurz.

Plus de hauteur

Découvrez le Lëtzebuurger Land en vous abonnant gratuitement durant un mois.

land@land.lu
www.land.lu
téléphone 485757-1



Une fois n'est pas coutume, un dessin vaut mieux qu'un chiffre. Il a été réalisé de manière informelle par Serge Pauly, journaliste pour RTL et président de la délégation du personnel CLT-Ufa, société qui diffuse le contenu médiatique du groupe au Grand-Duché. Pédagogue, il clarifie les annonces d'apparence contradictoires parues cette semaine à propos de la restructuration en cours à RTL City au Kirchberg. « Tous les chiffres communiqués sont corrects », dit-il, mais les parties les présentent différemment. La direction parle d'un passage de 192 à 142 personnes. Les syndicats de 112 à 18. Le Corporate Centre évoqué depuis la fin août et l'annonce de sa restructuration (malgré des bénéfices records de 400 millions d'euros au premier semestre) se compose de deux entités, RTL Group et CLT-Ufa. « La restructuration ne concerne que RTL Group », mais le croquis « dressé vite fait », illustre les différents angles de vue. Aujourd'hui, les syndicats (LCCB et OGBL) demandent à ce que l'intégralité des contrats signés entre l'État et le groupe (RTL et son actionnaire Bertelsmann) soient rendus publics afin de juger du lien qui lie le groupe au Grand-Duché. pso

ticker

Blühende Aussichten?



„Es ist nicht zu spät, es gut zu machen“, sagte der Kalborner Hanf-Bauer Robert Eilenbecker am Montag vor rund 60 Gästen versöhnlich in Richtung Gesundheitsministerium. Dabei war Gesundheitsminister Etienne Schneider (LSAP) am Montagabend gar nicht anwesend, dafür Namens- und Parteikollege Landwirtschaftsminister Jean-Marc Schneider, der Europaabgeordnete Charles Goerens, der grüne Abgeordnete Charles Margue, zugleich Vorsitzender der Justizkommission, sowie zahlreiche weitere Interessierte. Die Handelskonföderation hatte in den Betrieb Cannad'Our S.a.r.l. zu einem Networking-Abend eingeladen, um über „Cannabis, eine Gelegenheit für den lokalen Handel?“ zu diskutieren. Nach einer Führung durch seinen Betrieb, der für die – von ihm mitgegründete – regionale Baureninitiativ fir d'Éisleck an den Naturpark Our, kurz Beo, Hanf anbaut und daraus Speiseöl und Tee herstellt, respektive CBD gewinnt, war für Gastgeber Eilenbecker der Moment gekommen, mit der bisherigen Hanfpolitik der Regierung-en abzurechnen. Obwohl seine Firma seit 1995 Erfahrung mit dem Anbau von Cannabis hat und medizinisches Cannabis inzwischen ein anerkannter und viel gefragter Wirkstoff sei, habe die Regierung nichts unternommen, um die landes-eigene Cannabisproduktion zu unterstützen. Das obwohl Eilenbecker, gemeinsam mit Geschäftspartner und Biologen André Steinmetz, in Europa lange Zeit Pionier bei der Gewinnung hochwertigen Cannabidiols war. CBD

ist ein nicht psychoaktives Cannabino-id aus dem weiblichen Hanf, das medizinisch entkrampfend, entzündungshemmend, angstlösend und gegen Übelkeit wirkt. Das per Alkohol-Extraktionsverfahren gewonnene CBD der Firma Cannad'Our sei „frei von Pestiziden“ und von „sehr guter Qualität“, so Eilenbecker. Als dann noch eine Untersuchung durch das Staatslaboratorium ergab, dass das CBD in kürzester Zeit Krebszellen zerstören kann, hätten er und Geschäftspartner Steinmetz gedacht: „Das wird sicher ganz groß“. Dann aber sei „die Sache im Sand verlaufen“, obwohl man versucht habe, über unterschiedliche Wege sogar ein wissenschaftliches Forschungsprojekt auf die Schiene zu setzen. So habe die Regierung „leichtfertig einen Vorsprung verloren“ und zugelassen, dass jetzt „die Kanadier aufgeholt haben und den europäischen Markt überschwemmen“, resümierte der Cannad'Our-Gründer enttäuscht. Inzwischen hat sich der Wind gedreht: Die Kanadier kommen wegen der großen Nachfrage durch die Legalisierung medizinischen Cannabis' nicht mehr mit der Produktion hinterher, eine Chance für Luxemburg, unterstrich André Steinmetz von Cannad'Our bei der anschließenden Podiumsdiskussion. Voraussetzung sei, darüber waren sich die Diskutierenden einig, darunter Suchtmediziner Jean-Marc Cloos vom Ärztesverband AMMD) und Marianne Meyers vom Apothekersyndikat, ein gesetzlicher Rahmen. Nicht nur um potenziellen Investoren und Herstellern die nötige Sicherheit zu geben, sondern vor allem auch um Konsumierende vor gesundheitlichen Risiken zu schützen und die Kontrollen präzise zu regeln. ik

Digital bezahlen

Um Wissenschaft ging es nicht in erster Linie, als am Montagmittag in Belval der Uni-Lehrstuhl präsentiert wurde, dessen Finanzierung sich der Forschungsfonds FNR und Paypal fünf Jahre lang teilen werden. Weil Paypal-CEO Dan Schulman angereist war, diente die Veranstaltung mehr dem Luxemburg-Marketing, das Finanzminister Pierre Gramegna (DP) übernahm, und der gegenseitigen Versicherung, dass Paypals Europa-zentrale in Luxemburg Resultat eines

für alle erfreulichen „Give and take“ sei. Lehrstuhlinhaber Gilbert Fridgen wird ab 1. Januar 2020 eine Forschungsgruppe leiten, die sich mit der Zukunft der Finanzdienstleistungen in einem immer mehr auf digitalen Daten basierenden Umfeld befassen wird: An Anwendungen für Blockchain und künstlicher Intelligenz soll sie ebenso forschen wie an Effizienz und Risiko-Management solcher Technologien und an vertrauenswürdigen „autonomen“ Bezahlmethoden – Fridgen zeigte dazu in einem Videoclip zwei menschenähnliche Roboter bei einer Transaktion. Angesiedelt wird die Forschungsgruppe am interdisziplinären Forschungszentrum SNT der Uni. Das SNT unterhält Partnerschaften mit derzeit 45 Akteuren, meist privaten Unternehmen, die in die Forschungsarbeiten des Instituts investieren und dessen Agenda wesentlich mitbestimmen. 15 Partner sind im Fintech-Bereich aktiv, darunter Paypal. Die Finanzierung von Lehrstuhl und Forschungsgruppe gemeinsam mit dem FNR ist insofern ein Novum, als der Forschungsfonds die mit drei bis 3,5 Millionen Euro dotierten so genannten Pearl-Grants, mit denen hochkarätige Professoren aus dem Ausland für fünf Jahre nach Luxemburg gelockt werden, bislang alleine finanzierte. Mit Paypal wurde das erste Public-Private Partnership für einen Pearl-Grant abgeschlossen. pf

Lingua yogurta

Députés et ministres ne s'entendent décidément pas dans le dossier Fage. L'entreprise internationale de l'agroalimentaire originaire de Grèce et basée à Strassen souhaite établir un site de production de yaourts depuis deux ans à Bettembourg, mais se heurte à la conscience environnementale du gouvernement, incarnée par la ministre Carole Dieschbourg (Déi Gréng), quand d'autres, comme le ministre de l'Économie Etienne Schneider (LSAP) saluent avant tout l'opportunité économique. Mais en marge de la polémique politique, les représentants du gouvernement interpellés par Claude Wiseler (CSV), via une question parlementaire, ont apporté cette semaine des réponses sur les chiffres avancés ces derniers mois dans une certaine cacophonie. L'investissement

de Fage est passé de 100 à 170 millions d'euros « pour satisfaire aux obligations environnementales ». Une centaine d'emplois seraient créés (pas 200 comme Etienne Schneider l'avait indiqué en commission selon Claude Wiseler) et la production s'établirait (le conditionnel est de mise) à 40 000 tonnes de yaourt grec par an, voire 80 000 si l'entreprise investissait 70 millions d'euros de plus. C'est deux fois moins que les 160 000 produits dans l'usine américaine de Johnstown, « sur une surface de 4,1 hectares » alors que « 14,8 hectares ont été vendus par l'État luxembourgeois » à Fage, souligne le député chrétien-social. En réalité, corrigent les ministres vert et rouge, le site de Johnstown s'étale sur 41 acres et donc 16,6 hectares, et en plus Fage utilise outre-Atlantique une station de traitement publique, quand « l'usine luxembourgeoise prévoirait (toujours le conditionnel, ndlr) l'installation d'une station d'épuration idoine ». pso

Bird Attack

Dans la nuit du lundi au mardi, 250 trottinettes électriques en libre-service et en *free-floating* (c'est-à-dire non reliées à un réseau de stations) ont fait leur apparition sur les trottoirs du Kirchberg. L'usage de ces trottinettes coûte 1 euro au déblocage, puis 35 centimes la minute. (Un modèle de tarification incitant à rouler plus vite pour payer moins.) La start-up californienne Bird (valorisée à 2,5 milliards) tente de conquérir le Luxembourg, qui vient donc – tardivement – de se faire rattraper par le phénomène des trottinettes électriques qui pullulent dans toutes les grandes villes européennes. Selon l'échevin à la mobilité, Patrick Goldschmidt (DP), Bird l'aurait prévenu lui, ainsi que la maire, Lydie Polfer, quelques heures avant le lancement seulement.

La bourgmestre n'a « pas apprécié » de se faire court-circuiter de la sorte. Dans un communiqué, elle rappelle le règlement général de la police selon lequel « il est interdit de souiller la voie publique de quelque manière que ce soit ». Et de menacer de « faire enlever tous les véhicules qui encombreraient l'espace public ou qui constitueraient un danger pour les autres usagers de la voie publique, plus particulièrement pour les piétons ou les personnes à

mobilité réduite ». Lydie Polfer somme Bird à une entrevue, « dans les meilleurs délais ».

Sur les deux dernières années, la Ville de Luxembourg aurait été contactée par au moins sept sociétés de trottinettes électriques, dont Bird, qui tous demandaient le conseil échevinal, dit Goldschmidt. La réponse des services communaux aurait été, en résumé : Merci de votre courrier, cela ne nous intéresse pas, veuillez-vous adresser au MDDI. L'attaque-surprise de Bird pose la commune devant quelques défis : Faudra-t-il strictement appliquer le Code de la route et interdire le stationnement des trottinettes sur les trottoirs ? Donc également abandonner la politique de *Coulance* envers les vélos ?

Les expériences dans d'autres villes ont douché l'enthousiasme initial pour les trottinettes électriques. Madrid et Barcelone, les ont carrément interdites. À Paris, sept sociétés tentent de conquérir le marché, une concurrence qui a engendré la pollution de l'espace public par des milliers de trottinettes. Évoquant « des conflits d'usage de l'espace public », la Mairie de Paris a interdit cet été le stationnement des e-trottinettes sur les trottoirs. Elle a également introduit une taxe sur les trottinettes, les sociétés ayant été jusqu'ici libres de les installer à travers le paysage urbain sans rien payer en contrepartie. bt

Joëlle Elvinger prend de la hauteur et du recul à la Cour des comptes européenne



Joëlle Elvinger à la Chambre des députés mardi après-midi lors du discours sur l'état de la Nation

Pierre Sorlut

À la carte Mardi 14 heures 30. Henri Grethen (DP) achève son soufflé glacé à la mirabelle de Lorraine au restaurant du sixième et dernier étage de la Cour des comptes européenne. Au même moment, Joëlle Elvinger rêve sur les bancs de la Chambre alors que son boss, Xavier Bettel, s'adresse aux représentants de la nation. La députée libérale, 39 ans, remplacera en janvier le truculent membre luxembourgeois de l'organisation qui, depuis le Kirchberg, veille aux dépenses de l'Union européenne. À 69 ans, Henri Grethen dit stop. Après une carrière bien remplie, l'ancien homme politique et entrepreneur se concentrera en 2020 sur ses mandats caritatifs, notamment à la Fondation Kräizbiert et aux Hospices civils de la Ville de Luxembourg. Après douze années de loyaux services, il quittera au 31 décembre cet emploi réputé pépère. Henri Grethen rappelle que le chef du gouvernement « Jean-Claude » (Juncker) s'était demandé en 2007 ce que son ancien ministre de l'Économie allait bien faire auprès de cette institution aux tâches si ingrates. Décidé à quitter la politique après l'échec des élections de 2004, Henri Grethen ne regrette guère et révèle sa technique pour échapper à l'ennui : ne pas travailler sur l'examen général des recettes et des dépenses de l'UE, jugé « répétitif », mais sur les rapports spéciaux qui portent sur des problématiques ponctuelles comme les fraudes ou les investissements culturels, les deux sujets qu'il a couverts cette année. L'amateur de bonne chère et de beaux flacons préfère choisir à la carte.

Schnocks no more Joëlle Elvinger navigue entre deux eaux. Physiquement à la Chambre, la tête ...ailleurs. Songe-t-elle à son job de dans deux mois ? Le Premier ministre lui a lui-même proposé le transfert au premier semestre. « L'accord de coalition prévoit qu'un représentant du DP occupe le siège luxembourgeois à la Cour des comptes européenne », explique la présidente du parti, Corinne Cahen. On s'interroge sur le relatif jeune âge de la candidate à ce poste généralement attribué en fin de carrière. Joëlle Elvinger aura quarante ans en janvier et sera, à ce titre, la cadette des membres de l'institution. Est-ce une punition du parti ? Un moyen pour permettre à Claude Lamberty l'accès à la Chambre ? Le secrétaire général du DP, un proche de Corinne Cahen, suit de 156 voix Joëlle Elvinger dans la circonscription Centre aux élections de 2018. La présidente balaie d'un revers de main avant qu'allusion ne soit faite. Le gouvernement n'est pas tenu de présenter « des vieux schnocks » et mise sur « les compétences ». « C'était

Joëlle Elvinger opère principalement par loyauté envers ses cercles d'appartenance : le pays, le parti, la famille

presque aussi simple que pour Nicolas Schmit et le poste de commissaire », ironise-t-elle, ce mercredi soir, avant de retourner auprès des députés.

La prétendante défend son projet, « une occasion qui se présente une fois dans une vie ». « Il faut se poser les bonnes questions, fait valoir Joëlle Elvinger, est-ce que c'est un poste qu'on veut valoriser ? Est-ce qu'on y veut des hommes politiques ou des personnes dotées d'expertise technique ? C'est la diversité qui fait la force d'un collège », conclut-elle. Mais comment se place la députée libérale par rapport à la grille de lecture qu'elle prodigue ?

Joëlle Elvinger tire une croix sur la politique. Pour six années au moins, durée d'un mandat à la Cour des comptes. La faute en partie à une déception, celle d'avoir « réussi à perdre » (comme dit un observateur un brin caustique) la mairie de Walferdange, normalement dévolue au parti démocratique, à l'exception de soubresauts chrétiens-sociaux (Erna Hennicot-Schoepges puis Marcel et François Sauber).

Dynastie représentative La défaite d'octobre 2017 est amère. La commune lui a été servie sur un plateau à la faveur de l'intronisation surprise du bourgmestre titulaire, l'avocat d'affaires Guy Arendt, comme secrétaire d'État au ministère de la Culture fin 2015. Échevine, elle avait accédé au poste si longtemps occupé par Carlo Meintz. L'ancien bourgmestre avait bleuté la commune dès les années 1960, notamment à travers le basketball (dont il a présidé la Fédération nationale) dans une

sorte de berlusconisation de la politique locale. Le BBC Résidence, dont le « tricot » bleu rappelle davantage le parti démocratique que l'Alzette, a accompagné la gentrification de la commune, via la conversion des terres agraires en terrains habitables pour les cadres sup de la capitale toute proche. Le basket est de surcroît réputé moins populaire que le football, sport collectif dominant. On relèvera la présence de trois membres de la famille Elvinger à la présidence du club : le notaire Joseph « de Muck », son frère l'entrepreneur René et sa nièce (et fille de René donc), Joëlle.

Soixante millions à soixante balais La dynastie Elvinger prend racine à Walferdange, plus particulièrement sa section de Helmsange, dans les rues adjacentes au Centre sportif Prince Henri où le grand père André était cultivateur et où l'on joue maintenant à la balle orange. C'est ce qu'on lit dans les portraits de René Elvinger, père de Joëlle et visage de l'entrepreneuriat national. L'entrepreneur de l'année 2013 (dans un concours assez sélect' réalisé par la firme d'audit EY) a, entre 1976 et 2011, gravi les échelons au sein de Elth, société productrice de composants pour l'électroménager et l'automobile (comme des thermostats ou des réservoirs pour essuie-glaces) basée à Steinsel (commune voisine dont Walferdange a fait sécession en 1851). Suite au décès en 2010 du représentant de la famille actionnaire de l'époque, Carlo Bianco, René Elvinger rachète, à soixante ans, les parts pour une soixantaine de millions d'euros via un *management buy-out*. Le procédé d'endettement porte des risques, mais surtout des fruits en l'espèce, puisque l'entreprise aux 3 000 employés (700 localement) répartis dans 18 filiales à travers le monde (Amérique, Asie et Europe) enchaîne les exercices bénéficiaires au point d'accéder aujourd'hui à un trésor de guerre supérieur à sa dette. Fort de sa réussite, René Elvinger, longtemps administrateur à la Fedil, soutient l'idée selon laquelle l'industrie garde un avenir en Europe occidentale.

Club service Mais le nom Elvinger tient surtout sa notoriété des services. André Elvinger, à l'origine de la fondation du cabinet éponyme en association avec Jean Hoss dans les années 1960 (et qui colonise aujourd'hui le tour de la place Churchill dans la capitale), est un cousin du grand-père de Joëlle, André. De l'autre côté, il y a Paul Elvinger, l'illustre ministre DP, père du Statoc et de la diversification industrielle du Grand-Duché... avocat de formation et qui a ce titre rejoint un temps André (l'avocat, pas le cultiva-

teur) dans son étude. Dix inscrits au barreau portent le patronyme de Joëlle aujourd'hui, dont la députée. C'est ainsi qu'elle a effectué ses premières armes professionnelles sur la place, dans les affaires, après des études (Aix-Marseille puis Queen Mary University London). L'on retrouve sa signature dans une dizaine de sociétés enregistrées au registre de commerce (Startrust, Ventrust ou encore Magister Holding). En 2005, année de son inscription au barreau, Joëlle Elvinger rejoint également le conseil communal, puis le conseil d'administration de la boîte de papa, Cebi... devenu entretemps sponsor principal de l'équipe de basket. Elle laisse toutefois son frère et sa sœur occuper des places plus importantes au sein de la société de Steinsel. La famille est soudée autour de ses intérêts. On les retrouve d'ailleurs au Rotary. Tous ses membres habitent en face du terrain de rugby de Walferdange, à proximité de la rue... Paul Elvinger.

Joëlle est entrée à la Chambre en 2013 pour la première fois, à la place de Corinne Cahen, devenue ministre. Elle s'est naturellement portée vers les sujets qu'elle avait traités dans sa vie professionnelle d'avant. Elle a notamment rejoint les commissions de l'Économie, la Commission des

comptes et celle des Finances. À ces endroits, elle a porté des textes de lois emblématiques, notamment dans la fiscalité. On retient sans hésiter celui relatif à la fondation patrimoniale, écrit entre 2011 et 2014 entre la Banque de Luxembourg (où l'on retrouve des Elvinger dans la direction), le cabinet Elvinger Hoss Prussen, l'étude de Simone Retter et la rue de la Congrégation. L'outil devait permettre de garder le patrimoine au sein de la même famille sans payer (beaucoup) d'impôts et en garantissant un maximum de discrétion. Mais le projet a été remis aux calendes grecques, la faute à une réglementation internationale exigeant des instruments financiers une transparence que ladite fondation n'offrait pas. Le projet de loi devait être amendé en catimini au premier semestre 2015, en conformité avec la nouvelle directive anti-blanchiment, pour introduire un registre de bénéficiaires économiques des trusts pour passer la plénière, « avant l'été, si possible », selon la rapportrice du projet, Joëlle Elvinger, citée dans le *Land* en février 2015. « Nous l'espérons, et le ministre des Finances l'espère également très fortement (...). Nous avons des demandes régulières de la part de clients », surenchérisait la députée libérale.

Omission L'on s'interroge aujourd'hui face à l'absence de notification de sa participation dans Jopoly, société logeant le patrimoine familial (créée au Luxembourg en 1994 puis délocalisée en 2017 à l'adresse familiale dans le sud de la France), dans aucune de ses déclarations d'intérêts enregistrées à la Chambre depuis 2013. Interpelée mardi sur ce point, Joëlle Elvinger parle d'un oubli puis prend contact dès mercredi avec le Parlement pour y enregistrer Altitude, une société jusqu'alors non indiquée, alors qu'elle en est gérante (et donc tenue de le signaler), mais qui n'est pas celle logeant les avoirs familiaux (qui porte aussi le nom du yacht de 21 mètres arborant le lion rouge dans le port de Sainte Maxime). La société enregistrée a plutôt son domicile conjugal en actif et ne présente a priori pas de risque de conflit avec la bonne marche du processus législatif. Au contraire des intérêts dans la SàRL française qui pourraient avoir des « répercussions possibles sur la politique publique » (selon les termes du Code de conduite des députés), par exemple dans les discussions sur la convention de non-double imposition avec la France ou celles sur la fondation patrimoniale. Mais la question de l'allégeance du législateur à des sphères portant des intérêts particuliers potentiellement contraires à l'intérêt public peut également se poser sur d'autres sujets comme la rémunération via les plans « stock-options ».

Des frontières éthiques bornent en principe le pays des « chemins-courts ». Selon nos interlocuteurs, Joëlle Elvinger n'adopte que très rarement des postures idéologiques, mais opère davantage par loyauté envers ses cercles d'appartenance : le pays, le parti, la famille. L'un d'eux la qualifie de « bon soldat ». Quand on s'adresse à l'intéressée, celle-ci se justifie régulièrement par « on m'a proposé », « on m'a demandé ». Est-ce que c'est le moteur de son départ vers la Cour des comptes européennes ? En partie certainement, puisqu'elle écoute l'avis de la direction du DP. Mais le projet sert cette fois surtout ses intérêts personnels. Joëlle Elvinger ne semble pas partie à moyen terme pour les hautes sphères du parti démocratique, mais elle pourrait dans un horizon plus lointain. De Walfer au Kirchberg, elle prendra un peu de hauteur. Si toutefois son audition à la mi-novembre devant la commission de contrôle budgétaire du Parlement européen se déroule correctement et que l'État lui assure son soutien au conseil européen consécutif.



Novembre 2018, trois Elvinger entourent le Grand-Duc Henri parmi les membres du Rotary Belux 1630: Joëlle (deuxième rangée en deuxième position à gauche) et René (même rangée tout à droite) puis Lynn (milieu de la rangée du haut)

Topophilia oder: Die Liebe zur Landschaft in Zeiten der Klimakrise

Vermessung der Heemecht

Samuel Hamen

„... humiliated at how impossible it is to desire any Terrain in its interminable unfolding, ev'ry last Pebble, dip and rain-path.“
Thomas Pynchon

Die Welt ist heil: Schafe, die die Form von Popcorn haben, grasen auf einer sattgrünen Wiese; umringt sind sie von zwei blonden Kindern, die die Tiere streicheln und füttern. Die Wolken strahlen, als wären sie mit Wandfarbe angestrichen worden, mit der teuren natürlich, in deren Werbung diese schnee-weiße Katze rumhuscht. Am Ende der Wiese steht ein Traktor aus den Fünfzigern, führerlos und nostalgisch, ein Wächter der Idylle. Alles ist rein und prächtig, in trauter Einheit sind Mensch und Natur verbunden – wenigstens auf der Briefmarke, die in der zweiten Ausgabe 2019 von der Post unter dem Label „Tourisme rural“ in Umlauf gebracht wurde.

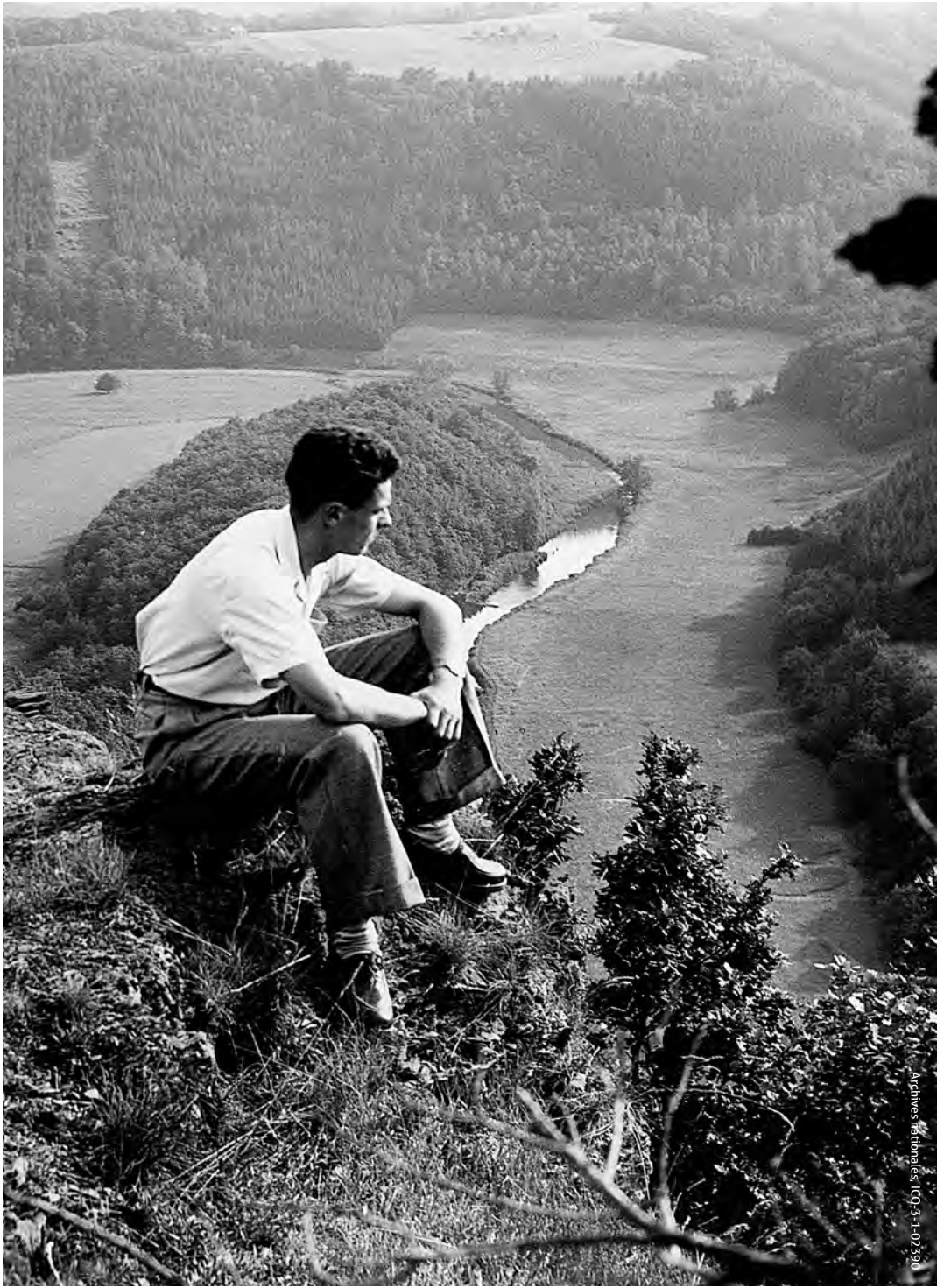
Bei einer so archaischen Kompositionslogik wäre es nicht verwunderlich, wenn gleich eine Marschkapelle inklusive Chor durch den Wald paradiert käme, um *Ons Heemecht* anzustimmen: „An sengem donkle Bëscherkranz, / Vum Fridde stëll bewaacht, / Sou ouni Pronk an deire Glanz / Gemittlech léif et laacht; / Sâi Vollek frou sech soë kann, / An 't si keng eidel Droom: / Wéi wunnt et sech sou heemlech dran, / Wéi as 't sou gutt doheem!“ Ei, wie ist sie schön, die Luxemburger Landschaft! Bestückt mit einheimischen Kindern und Schlachttieren, ganz ohne mehrstöckige Datacenter, raffineriegroße Joghurtfabriken und kreuzfahrtschiffbreite Autobahnen, auf denen die Grenzgänger im Stau stecken.

Das Wunschbild spricht nicht nur die Philatelisten unter uns an. Die Szenerie mag ideologisch verbränt sein, wenn es sie in der Form überhaupt jemals gegeben hat. Dennoch kommt dem Lob des Ländlichen eine wichtige Funktion zu: Etwas mutmaßlich Gefährdetes wird ins Bild gesetzt. Wirtschaftswachstum, *Résidence*-Bauten quer durchs Land, Infrastrukturprojekte, dazu eine umfassende ökologische Krise inklusive Artenschwund und Baumsterben – all diese Phänomene greifen hierzulande ineinander und nähren ein Gefühl des Unbehagens: Die Umwelt wird zu Schanden geritten.

Der Wald ist politisch

Weiter gefasst lässt sich in diesem Zusammenhang von einer Liebe zur Landschaft sprechen, von Topophilie. 1974 prägte der Humangeograph Yi-Fu Tuan den Begriff in einem Buch, das bisher nicht ins Deutsche übertragen wurde. Mit seiner Studie wollte Tuan einen „psychogeographical factor“ geltend machen: „Environment [...] is not just a resource base to be used or natural forces to adapt to, but also sources of assurance and pleasure, objects of profound attachment and love.“ Dass die Topophilie eine emotionale und darüber hinaus eine politische Angelegenheit ist, haben jüngst die Wahlkämpfe in Sachsen und Brandenburg gezeigt. Der „deutsche“ Wald war in aller Munde, sein schlechter Zustand ebenso wie Maßnahmen zu seiner Rettung.

Auch in Luxemburg ist der Forst ein politisch heißes Eisen. Das belegt vor kurzem eine parlamentarische Anfrage der LSAP-Abgeordneten Mars Di Bartolomeo und Tess Burton, die sich von Umweltministerin Carole Dieschbourg (Grüne) Auskunft zum Borkenkäfer-Befall der hiesigen Wälder erbaten. Ihre Wortwahl ist unmissverständlich, die Rede geht von einer „invasion“, von „attaques massives“ und „conséquences catastrophiques“. Tatsächlich ist ein Faktor, den Yi-Fu Tuan Anfang der Siebziger



Jean Proess, Bigonville – vue de la Vallée de la Sûre. Datum unbekannt

Auch in Luxemburg ist der Forst ein politisch heißes Eisen. Eine parlamentarische Anfrage zum Borkenkäfer-Befall der Wälder spricht von „invasion“, „attaques massives“ und „conséquences catastrophiques“

und damit vor dem Aufstieg des Neoliberalismus kaum beachtete, heute dominant geworden: Topophilie ist ausschließlich unter negativen Vorzeichen zu haben. Wer über eine Landschaft spricht, spricht über ihr Bedroht-Sein. Es geht um Verlustängste im Rahmen einer gestörten Beziehung zur Umwelt,

nicht zuletzt in Luxemburg, wo die Landschaft seit mehr als einem Jahrhundert als wichtiges Element des *Nation building* figuriert.

Landschaft und Identität

Darunter ist eine politische Agenda zu verstehen, deren Ziel es ist, einer Gesellschaft eine kohärente nationale Identität zu verleihen. Flaggen und Feiertage gehören ebenso zum *Nation building* wie eine Geschichtsschreibung, die historische Ereignisse strategisch interpretiert, um sie in den Dienst eines nationalen Narrativs zu stellen. Der Text zu *Ons Heemecht* ist wiederum ein markantes Beispiel dafür, wie eine Landschaft nationalisiert wird: „Wou d'Uelzecht duersch d'Wisen zeít, / Duerch d'Fielsen d'Sauer brécht, / Wou d'Rief laanscht d'Musel doftet bléit, / Den Himmel Wäin ons mécht: / Dat ass onst Land, fir dat mer géif / Heinidden alles won, / Onst Heemechtsland dat mir sou déif / An onsen Hierzer dron.“

Quer durchs späte 19. und 20. Jahrhundert laufen die topophilen Bemühungen, das Terrain an eine genuin luxemburgische Identität zu koppeln. In Einzelstudien haben unter anderem die Literaturwissenschaftlerin Myriam Sunnen und die Soziologin Ann-Marie Millim diese Aspekte des *Nation building* herausgearbeitet². Ein kurioses Beispiel ist in dieser Hinsicht

Meedercher, ein Lied von XY, das durch die Cover-Version der Cool Feet ähnlich bekannt sein dürfte wie die Nationalhymne. Der Songtext besticht durch eine bumsfidele Einfachheit: „Ech hat ee Meedchen zu Cruchten, oh mamm, wat hat dat Luchten. [...] Ech hat ee Meedchen zu Vichten, oh mamm, wat konnt dat“ – ja, ist schon gut, beruhig' dich, Mann. In jedem Kartoffelfeld dörfchen steht jedenfalls *ee Meedchen*, in jedem Schweinegrubenkaff langweilt sich *eng Mod*, und alle warten sie nur darauf, einmal schön beackert zu werden.

Auch das ist eine Methode der Raumvermessung: Das Lied arbeitet an einem Kopulationskataster des Großherzogtums. Nach einer Laufzeit von 2:20 weiß man, was das Terrain hier so alles bereithält. Und klar, Ausflüge ins Ausland dürfen nicht fehlen, unter anderem nach Arlon, später sogar nach Rio. Schließlich sind wir alle längst Pendler und Nomaden, auch die Notgeilen unter uns. Das ändert indes wenig daran, dass ein hiesiges *Produit du terroir* in diesem Liedtext besondere Beachtung findet: Zu *Rëndfleesch*, *Gromperen* a *Miel* gesellen sich *die Mossen*.

Es gibt viele weitere topophile Dokumente, die sich aufführen ließen, darunter Verse des Deutschlehrers Fernand Hoffmann, der 1980 im Gedichtband *Études 1* die (angebliche) Schönheit des Luxemburgischen mit der (angeblichen) Schönheit der Landschaft kurzschloss. Die Herausgeber der *Cahiers luxembourgeois* stellen in den Zwanziger- und Dreißiger Jahren mehrere Sonderhefte zusammen, die sich dem *Paysage luxembourgeois* widmen. Dort tragen Essays Titel wie „Die Philosophie der Landschaft – Berdorf“. Und seit einigen Jahren werden an einem Stand der *Walfer Bicherdeeg* Butterkekse in der Form der Landesgrenzen verteilt. Es ist eine Eucharistie der anderen Art, die Keksverwertung der Kartographie inklusive Blödel-Patriotismus-Symbolik: Das Luxemburger Land ist zum Fressen gut. Tatsächlich ist Topophilie äußerst anfällig für eine ideologische Indienstnahme. Natur um der Natur willen – das ist selten bis nie anzutreffen. Stattdessen ist die Landschaft eine Projektionsfläche für politische, wirtschaftliche oder künstlerische Strategien.

#bloßhierbleiben

In diesem Sinne ist es nicht weiter verwunderlich, dass Tourismusminister Lex Delles (DP) im Sommer dieses Jahres eine Initiative namens *Tourisme 2022* lancierte. Sie soll Ansässige der Großregion dazu ermuntern, „de redécouvrir le Luxembourg autrement et de se faire surprendre par de beaux endroits et de belles opportunités qu'on ne connaissait pas où dont on avait peut-être oublié l'existence“. Unter dem Hashtag *#vakanzdoheem* wurde ein Gewinnspiel ausgerufen: Man solle Fotos des hier verbrachten Urlaubs in den sozialen Netzwerken teilen. Wer sich dort umschaut, stößt auf die üblichen Verdächtigen: hauptstädtische Festung, Viandener Panorama samt Schloss und Fluss, Schießent ümpel, Moselhänge, dazu viel, viel Wald.

Die Initiative ist bemerkenswert, weil sie sich an einem Paradigmenwechsel versucht. Luxemburger machen nämlich keinen Urlaub in Luxemburg. Unumstößlich gilt Jacques Santer's Bonmot: „Je kleiner das Land, desto größer das Ausland.“ Nun soll alles anders sein. Die Power-Point-Folien, die während der Pressekonferenz von *Tourisme 2022* gezeigt wurden, zeigen hier eine Sehenswürdigkeit aus Luxemburg, dort ein ähnliches Reiseziel im Ausland. Statt 1 780 Kilometer zurückzulegen, um die Cava di Bauxite in Italien zu besuchen, könne man schlicht und ergreifend zum Prënzebiërg Giele

Botter im Süden des Landes pilgern. Statt 1 623 Kilometer hinter sich zu bringen, um den Naturpark Sierre Mariola in Spanien zu besichtigen, könne man doch die Höhlen von Mamerleëën bei Schëndels erkunden. Und so weiter, und so fort.

Eine Umwertung der Kategorien findet statt, die Distanz ist nicht länger ein Argument *für*, sondern *gegen* die Reise: Je kleiner das Land, desto näher seine Sehenswürdigkeiten. Topophilie ist dabei das Mittel zum Zweck, schließlich geht es zuallererst darum, die heimische Tourismusindustrie zu fördern. Erst letztes Jahr hatte der Stater in der Studie *Le tourisme d'hier et d'aujourd'hui* festgehalten: „Les voyages de loisirs avec nuitées effectués au Luxembourg restent peu fréquents. En 20 ans, le nombre de résidents concernés est passé de 6 à 4 %.“ Die ökopatriotischen Implikationen der touri-industriellen Kampagne könnten in Zeiten von igelhaftem Isolationismus und nationaler Rückbesinnung fataler nicht sein: Wieso in die Ferne schweifen? Weshalb die Welt entdecken? Das heimische Biotop hält doch alles bereit!

Topophilie und Ideologie

Klar, es ist zu einfach, eine Wertschätzung des Lokalen rundheraus abzulehnen und ihr eine fragwürdige Agenda zu unterstellen. Das haben weder die Kampagne von *Tourisme 2022* noch *Tëi* und *Véi* und *Bléi vum Séi* im Sinne. Die Rückbesinnung auf das Regionale und Nahe mag aus ökologischen Gründen mehr als geboten sein. Historisch ist und bleibt eine solche Denkweise indes vorbelastet, weil sie anti-moderne Argumente nutzt und an rechtsgesinnte Agrar-Romantik andockt. Das unbescholtene Landleben wird in dieser Tradition als Antidot gegen den Kosmopolitismus der urbanen Eliten glorifiziert, die ein vor-modernes Leben im Einklang mit der Natur und der Gemeinschaft angeblich verunmöglicht haben.

In ihrem jüngst erschienenen Buch *Völkische Landnahme. Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos* haben Andrea Röpké und Andreas Speit die ideologische Reichweite der neuen alten Naturverbundenheit konzipiert herausgearbeitet: „Die Bereiche Natur-, Heimat-, Tier- und Volksschutz denkt die völkische Bewegung schon seit dem 19. Jahrhundert eng zusammen. Ein Vierklang, der bis heute angeschlagen wird. Umwelt- und Naturschutz, Tierrechte und Veganismus waren schon früh mit antizivilisatorischen Effekten besetzt, bewegten sie gar.“³⁴

Nochmals: Es geht nicht darum, einzelne Initiativen durch insinuirende Darstellung in den Dreck zu ziehen. Die alarmierenden Beispiele, die Röpké und Speit zuhauf bringen, sind hierzulande in der Form nicht zu beobachten. Es geht um die Schärfung des Blicks auf den Öko-Diskurs, der hinsichtlich seiner zukünftigen Entwicklungen nicht ohne gesellschaftspolitische Sprengkraft ist. Denn: Wie



„Tourisme rural“ von der Post

Ministère de la Mobilité et des Travaux publics
Administration des Bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 13.11.2019
Heure : 10.00 heures

Lieu :
Les offres sont obligatoirement et exclusivement à remettre via le portail des

marchés publics avant la date et l'heure fixées pour l'ouverture.

Section II : Objet du marché

Intitulé attribué au marché :
Travaux de parachèvement parkings & pavillons (M11 AC) dans l'intérêt de la mise à niveau sécuritaire de la Cour de Justice de l'Union européenne à Luxembourg.

Description succincte du marché :
Travaux relatifs aux parachèvements intérieurs dans les réceptions parkings et les pavillons de sécurité.

- Isolation PUR projeté : +- 625 m²
- Isolation XPS : +- 115 m²
- Pré-chapes : +- 125 m²
- Chape adhérente : +- 80 m² et flottante : +- 480 m²
- Revêtement de sol en béton poncé : +- 465 m
- Faux plancher (revêtement souple) : +- 90 m²
- Faux plafond démontable (métallique) : +- 600 m² intérieur, +- 740 m² extérieur
- Faux plafond souple tendu : +- 20 m²
- Toiture (métallique) sur plots : +- 1 400 m²

- Plans de travail en bois: +- 25 m², 2 armoires techniques
- Maille métallique dorée : +- 25 m²
- Peinture : +- 180 m²
- Faux plafond plâtre : +- 12 m²
- habillage mural marbre : +- 10 m²

Les travaux sont adjugés en bloc à prix unitaires.
La durée globale des travaux est de 263 jours ouvrables à débuter en mai 2020.

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :

Les documents de soumission peuvent être retirés via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).

La remise électronique est obligatoire.

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Conditions de participation :
Toutes les conditions de participation sont indiquées dans les documents de soumissions

Réception des offres :

Les offres sont à remettre via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :
10.10.2019

La version intégrale de l'avis n° 1901678 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Chroniques de l'urgence

L'encyclique de François sur le climat s'essouffle

Jean Lasar

Laudato si, publiée en 2015, fit alors l'effet d'une bombe. Le pape descendait dans l'arène du dérèglement climatique, engageant l'Église aux côtés des scientifiques qui sonnent l'alarme – en vain – depuis des décennies. Se référant abondamment à Saint François d'Assise, ce texte lançait au monde le « défi urgent de sauvegarder notre maison commune » et « une invitation urgente à un nouveau dialogue sur la façon dont nous construisons l'avenir de la planète ». Après une telle prise de position, les lignes allaient enfin bouger, se prenait-on alors à espérer.

Quatre ans plus tard, que reste-t-il de cet élan ? Force est de constater qu'on peine à distinguer l'empreinte de *Laudato si* dans l'arène politique internationale. Ou nationale d'ailleurs : sur 68 résultats de recherche pour le mot-clé *laudato* sur *wort.lu*, deux sont datés de 2019, sept de 2018. Que s'est-il passé ?

Première explication : François n'arrive pas à imposer son approche au sein de l'Église, traversée comme le reste du monde par une montée en puissance du conservatisme.

On peine à distinguer l'empreinte de *Laudato si* dans l'arène politique internationale

Deuxième piste, compatible avec la première : une perte de crédibilité du Vatican, incapable de réagir face aux scandales d'abus sexuels. Début juillet 2015, l'écrivaine et activiste Naomi Klein, auteur notamment de *This changes everything*, livre essentiel sur l'urgence climatique, était à Rome, invitée par le Vatican pour participer au lancement de *Laudato si*. Dans ses notes à chaud, emportée par l'enthousiasme, elle relève à quel point cet engagement va à l'encontre du traditionnel anthropocentrisme judéo-chrétien. Reflète-t-il, comme l'indiquent les origines du pape et du cardinal ghanéen Peter Turkson, une de ses chevilles ouvrières, un bascu-

lement du centre de pouvoir géographique au sein de l'Église catholique vers des régions où l'amour du monde naturel joue un rôle bien plus important que dans les pays occidentaux et a fusionné avec la doctrine catholique ?

Revisitant cet article à l'occasion de la publication de *On Fire*, un recueil de ses textes de ces vingt dernières années illustrant la nécessité pressante d'un *Green New Deal*, Naomi Klein note qu'à ce jour, « le Vatican n'a toujours pas réussi à demander des comptes à ses propres leaders pour les abus sexuels systématiques sur des enfants et des religieuses et pour la dissimulation délibérée de ces crimes ». Elle y voit un déni de justice qui « a miné l'autorité morale de François pour être leader sur d'autres problèmes, y compris la crise climatique ». Une par-faite illustration, conclut-elle, de la nécessité d'une approche transversale pour répondre aux impératifs politiques et sociaux : « si nous choisissons quelle crise urgente nous devons prendre au sérieux, le résultat sera que nous ne parviendrons à induire de changement sur aucune d'elles. »

wird man in zehn, zwanzig, dreißig Jahren über die Luxemburger Landschaft sprechen? Im September stellte die Stiftung Idea eine Studie vor, die sich mit dem Bevölkerungswachstum im Großherzogtum bis 2060 beschäftigt. Je nach Szenario gibt's mal mehr Grenzgänger, mal mehr Einwohner; indes ist in allen Entwürfen das Wachstum der hier Lebenden, Arbeitenden und Wohnenden signifikant.

Die Appeasement-Politik, die Corinne Cahen (DP) daraufhin anstimmte („Eine Million Einwohner wären kein Verhängnis“), ist auf mindestens einem Auge blind. Wirtschaftlich mögen diese Zahlen wenig problematisch sein, für eine bereits lädierte Diskussionskultur sind sie pures Gift. Der letzte Wahlkampf hat gezeigt, dass Wachstums- und Standortpolitik nämlich nicht ohne grenzgänger- und also ausländerfeindliche Untertöne zu haben sind (siehe „Luxembourg first“, *d'Land*, 28.09.2018). Diese Konstellationen dürften sich in Zukunft verschärfen, wenn Autobahnen ausgebaut, Wiesenflächen versiegelt, Wälder abgeholzt und freie Äcker verbaut werden. Auch die oben skizzierte Topophilie à la luxembourgeoise wird davon tangiert werden: „Wéi wunnt et sech sou / heemlech dran, / Wéi as 't sou gutt doheim!“ – für wen wird das noch möglich sein? Und wer ist daran schuld, wenn die Retropie idyllischen Lebens nicht mehr gilt? *Bien sûr*: die Ausländer, die Investoren, die Politiker, die üblichen Feindbilder also.

Die ausländerfeindliche Bewegung Wee2050 gibt den Ton vor. Auf die Cahen-Äußerung teilte sie in den sozialen Medien ein Foto von Luxemburg-Stadt mit Baukränen, der Kirchberg-Silhouette im Hintergrund und nur mehr sehr wenig unverbauten Flächen. Dazu propagierte sie: „Dem Corinne Cahen ass de Verloscht vun eiser Heemecht egal. Eis net!“ Das Header-Bild ihrer Facebook-Seite zeigt im Rahmen dieser Rhetorik des Reaktionären folgerichtig ein schön grünes Wiesen- und Flussgebiet. Die Hinterlist dieser Bildpolitik liegt darin, dass eine vorgeblich harmlose Aufnahme genutzt wird, um eine rigide Abschottungsdoktrin ins Werk zu setzen.

Terrestrisch leben

Schlimmstenfalls wird sich nationalistische Heimattümelei also als ökologischer Aktivismus be-

Die Herausforderung wird darin bestehen, den nahegelegenen Boden wertzuschätzen, ohne auf Bauerntum, nationale Isolation oder urbane Elitenskepsis zu setzen



Kahnpartie auf dem Stausee heute

mänteln können. Das Engagement für die Bewahrung der Umwelt wird dann nicht zu scheiden sein von einem reaktionären Konservatismus, der sich ebenfalls um die Intaktheit der Landschaft sorgt – nur halt mit gänzlich anderen Zielen vor Augen. So zeitigt die Politisierung der Ökologie, wie sie seit einigen Jahren vonstattengeht, nicht nur positive Effekte. Eine Gefahr dürfte darin bestehen, dass sich Topophilie und Ideologie zusammentun und eine Chimäre gebären: eine borniert operierende Umwelt-Politbewegung, die ein globales Problem des 21. Jahrhunderts mit nationalen Mitteln des 19. und 20. Jahrhunderts bekämpfen will. (Röpke und Scheit machen für Deutschland vor allem völkische Denkmuster aus.)

In seinem Essay *Das terrestrische Manifest* hat sich auch Bruno Latour dieser Problemlagen angenommen⁴. Der Soziologe sucht die Zuspitzung in der Frage: „Haben Sie schon bemerkt, wie anders Ihre Gefühle sind, je nachdem, ob man Sie bittet, die Natur zu verteidigen – zum Gähnen langweilig –, oder Ihr Territorium zu verteidigen – und schon stehen Sie Gewehr bei Fuß?“ Latour diagnostiziert, dass „die Vorstellung des Bodens“ sich grundlegend verändere und es heute mehr denn je darauf ankomme, eine terrestrische Denkweise auszubilden. Der Konsumspruch „think global, act local“ müsse als Maxime einer Lebensführung Anwendung finden: „Um zu beruhigen, müsste man zu zwei komplementären, durch die Herausforderungen der Modernisierung aber widersprüchlich gewordenen Regungen fähig sein: sich einerseits an einen bestimmten Boden zu binden und andererseits weltbezogen zu werden.“

Die Herausforderung wird darin bestehen, eine solche ökologische Dialektik praktisch umzusetzen. Das heißt einerseits: den nahegelegenen Boden wertzuschätzen, ohne dabei auf längst diskreditierte Verfahren wie Bauerntum-Nostalgie, nationale Isolation oder urbane Elitenskepsis zu setzen. Das heißt ande-

rerseits: den fernegelegenen Boden im Blick behalten, ohne die (Natur-)Ereignisse, die sich dort abspielen, als abseitige Spektakel abzutun, die nichts mit der eigenen Lebensrealität zu tun haben. Denn das „andere Ende der Welt“, von dem sprichwörtlich so oft die Rede geht, ist eine Mär; die „hochgezüchteten Distanzierungsmöglichkeiten“ (Ulrich Beck), mit der der Westen sich allerlei Risiken vom Leib hielt, sind dysfunktional geworden.

Der Beginn des ökologischen Zeitalters, das trotz aller Unkenrufe nicht zu leugnen ist, läutet in diesem Sinne das Ende zahlreicher Selbstverständlichkeiten ein. Es gilt, vieles neu aufzustellen: die Sprichwörter, die Wirtschaftsmodelle, die Politformen, die Reichweite unserer Empathie, die Topophilie, die Symbole und Bilder, die wir parat haben, um uns in einer (sterbenden) Landschaft zu verorten.

Immerhin: Latours Prognose, die Aufforderung, die Natur zu verteidigen, bringe einem nur ein müdes Lächeln ein, ist bereits widerlegt. Am 23. September schrie Greta Thunberg während der UN-Vollversammlung den höchstrangigen politischen Vertretern der Welt wütend entgegen: „How dare you!“

¹ Yi-Fu Tuan: *Topophilia. A study of environmental perception, attitudes, and values*. Englewood Cliffs 1974

² Myriam Sunnen: „Den Zolverknapp ass kë Parnas. Le paysage dans la littérature luxembourgeoise“. In: *Identitäts(de)konstruktionen. Neue Studien zur Luxemburgistik*. Hg. v. Claude D. Conter und Germaine Goetzinger. Esch/Alzette 2008, S. 33-52; Anne-Marie Millim: „Schooling the gaze. Industry and nation-building in Luxembourgish landscape-writing, 1900-1940“. In: *Journal of European Studies* 2014, vol. 44 (2), S. 151-169

³ Andrea Röpke, Andreas Speit (Hg.): *Völkische Landnahme. Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos*. Berlin 2019

⁴ Bruno Latour: *Das terrestrische Manifest*. Berlin 2018

Die kleine Zeitzeugin

Wird Luxemburg zu Hamstergramm?



Alles öko und clean, von der Gras-Bäuerin direkt ab Hof

Michèle Thoma

Der Geld- und Weltrauminister, der auch noch das höchste Gut, die Gesundheit um die Ohren hat, gerät ins Grübeln. Alles nicht so easy.

Das mit dem legalen Cannabis.

Fragen über Fragen, die sich auch harmlose Nachrichtenkonsumentinnen stellen. Zum Beispiel, ob der Staat jetzt der Dealer ist? Und wird dann ein ganzer Sektor arbeitslos? Andererseits, wer könnte ein besserer sein als dieser Elternteil? Der den ganzen Profit gleich wieder investiert, die Landeskinder sollen nur gerade so high werden, dass sie nicht untergehen. Und alles wird, so geht die Sage, öko, fair und regional sein. *The green, green grass of home*, von der Gras-Bäuerin direkt ab Hof. Aber wie turboschnell wächst so ein Gras, gibt es überhaupt genug heimisches Heu für die vielen, denen es nach Grünem gelüftet? Expert_innen haben da ihre Zweifel, und so temperamentvoll wie ihre exotischen Verwandten kommt unsere hausbackene Hanfswester auch nicht rüber.

Plötzlich heißt es geizig, Ekstase exklusiv für Einheimische!

Aber dafür wird alles clean über die Bühne gehen, seriöse Verkaufsstellen mit Zertifikaten, Garantien, kompetenten und geschulten Verkäufer_innen. Ade dreckige Dealer_innenromantik! Ade sich Herumdrücken an zugigen Ecken, sich Zuraunen von Geheimtipps, ade Geheimtrippis und -flippis, ade Knaststorys mit Flair! Wie ich einst in Maastricht ... Ade Herzklopfen, weil es im Gang riecht, weil der Nachbar, der eine nicht riechen kann, etwas riecht, was riechen könnte, was gerochen haben könnte! Ade Panikattacke, wenn Geheimpolizist Grimm um die Ecke biegt!

Es wird alles legal. Es wird alles normal. Es wird alles banal. Tante Monique kiffte und Onkel Fernand; zum Vatertag wird ein ordentlicher Ofen gebaut, zu Muttertag natürlich auch. In die Fondation Pescatore muss man nicht mehr die ewigen *Knippercher* mitnehmen. Wer mit hundert noch aus dem Fenster steigen will, soll am Cannabiskeks knabbern.

Aber es ist ja keineswegs nur wegen der Gesundheit, dass der Gesundheitsminister Kiffen okay findet. Obschon His Spaceship selber noch nie, nicht ein einziges Mal. Nicht mal bei der Studienreise in Kannabisa, wie er *Paperjam* anvertraut hat.

Trotzdem. Weil ja sowieso alle, außer ihm so ziemlich alle. Der realistische Weltrauminister weiß, dass Mensch nicht nur Betonbox mit Garage braucht und Auslauf in der Shopping Mall – ohne Traumdosie geht gar nichts.

Ob es aber vielleicht dem Bankplatz schadet, wenn Bankerin sich zwischendurch einen reinzieht? Statt nur eine Line zu ziehen und auf Linie zu bleiben? Wenn beim Parkplatzsuchen alle einfach aussteigen? Nicht mal mehr Lach-Yoga buchen müssen, der Chef ist aber auch so komisch? Die Friday-for-Future-Kids entdecken, dass es auch ein *Here and Now* gibt, am Monday, am Tuesday und überhaupt?

Nein, nein, alles halb so wild. Kein Joint im Job, gekichert wird zuhause. Wie immer schon. Das Hanf-Hobby wird die neoliberale Party nicht stören. Die Feierabend-selbstgedrehte des Gemeindebeamten wird den asozialen Frieden nicht gefährden.

Klingt alles schon gedämpfter als anlässlich der Anfangseuphorie. Super, cool, Luxemburg mega, hieß es, die halbe Welt hat sich schon mit uns vorgefreut. Kommt Ihr, aus Belgien, Frankreich, Preisen ...! Mit dem Joint in der Hand durch das ganze Land, öffentlich verkehrend, gratis auch noch, geht es noch paradiesischer, wer sagt noch Bankenparadies? So tönte es freudig aus den Mähdnen.

Und jetzt plötzlich heißt es geizig, Ekstase exklusiv für Einheimische! Nur wer auf dem Mikro-Territorium klebt, darf sein Bewusstsein legal erweitern. Triererinnen, ihr sollt das eurige woanders erheitern, zu den Banken und zum Tanken dürft ihr aber gern. Und Pendlern_innen, high sein ist nichts für Underdogs, sorry.

Aber wie soll das gehen, in der Praxis? Der Geldrauminister brainstörmt intensiv. Weil überall ist bekanntlich alles offen, die Grenzen, die es nicht gibt, die Konten, denn wir sind offiziell ein offenes Land. Und darf in einer EU, im richtigen Kapitalismus, nicht jeder Shit shoppen, ohne Diskriminierung? Auf dem Ausweis oder dem Pass steht ja, grübelgrübel, nicht mal die Adresse, denkt der Weltrauminister laut nach.

Dieses Gras wächst ihm langsam über den Kopf.

Zu Gast

Von Klassenkampf und Käseglocken

Ali Ruckert

Es war alles andere als eine Überraschung, als der Kapitalvertreter im Permanenten Arbeits- und Beschäftigungsausschuß ankündigte, das Patronat werde ab sofort nicht mehr an Dreierverhandlungen teilnehmen. Erstaunt haben dürfte aber, dass der Sprecher der Unternehmer behauptete, die „Arbeitgeberseite“ sei während der vergangenen 40 Jahre immer wieder Verlierer bei Verhandlungen in der Tripartite gewesen, wo doch eher das Gegenteil der Fall war.

Wer sein Langzeitgedächtnis anstrengt, wird sich schnell erinnern, dass in der Tripartite oft „im Konsens“ zwischen Regierung, Kapital und Gewerkschaften Entscheidungen vorbereitet oder getroffen wurden, die alles andere als im Sinne der Lohnabhängigen waren, angefangen bei der alles andere als „sozialverträglichen“ Demontage der Stahlindustrie über Lohnmoderationen bis hin zu einer Index-„Modulierung“ und einer Einschränkung der Kaufkraft der Schaffenden.

Die Kommunisten lehnten dieses „Modell Luxemburg“ immer ab, weil sie dahinter die Absicht erkannten, die Gewerkschaften in das kapitalistische Ausbeutersystem einzubinden und sie zu Zugeständnissen zu drängen, um den Umbau der Wirtschaft im Interesse des Kapitals möglichst konfliktfrei zu halten und Arbeitsniederlegungen und Gegenstrategien zu verhindern – was fast ausnahmslos klappte.

Mit dem Ende der Systemauseinandersetzung war allerdings schnell Schluss mit dem Zeitfenster „soziale Marktwirtschaft“, und der neoliberale Turbokapitalismus, angetrieben vom Finanzkapital, wollte gar keine Rücksicht mehr auf die Interessen der Lohnabhängigen nehmen. In Luxemburg war das nicht anders, und wenn das Schlimmste verhindert werden konnte, dann dank des Widerstands der Lohnabhängigen und ihrer Gewerkschaften.

Tatsächlich wurden die Kapitalvertreter aber immer frecher, und 2010 scheiterte zum ersten Mal die Tripartite, als der OGBL sich weigerte, dem vom Kapital geforderten Abbau von Löhnen und Kaufkraft, einer zusätzlichen Flexibilisierung der Arbeitszeiten und einer Aufweichung der gesetzlichen Schutzbestimmungen im Krankheitsfall zuzustimmen.

Inzwischen sind wichtige Fraktionen des Kapitals zur Schlussfolgerung gelangt, dass jede Art Sozialdialog ein Klotz an ihrem Bein ist und es deshalb notwendig ist, eine härtere Gangart einzuschalten und Klassenkampf von oben zu praktizieren, um im Zeitalter der Digitalisierung und Robotisierung „Restrukturierungsmaßnahmen“ durchzusetzen, kollektivvertragliche Errungenschaften der Lohnanpassungen einzuschränken und die Ausbeutung im Interesse der Profitmaximierung zu verschärfen.

Klassenkampf gibt es nicht nur auf ökonomischer, sondern auch auf politischer Ebene, denn der Staat ist nicht „neutral“ in der Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital. Und wenn eine Regierung entscheidet, die Kapitalsteuern systematisch zu senken und die öffentlichen Einnahmen zugunsten des Kapitals und zu Lasten der Schaffenden umzuverteilen, ist das Klassenkampf von oben.

Das war der Fall, als die Regierung Verschlechterungen im Arbeitsrecht beschloss und zum Beispiel die Arbeitszeiten stark flexibilisierte und sich weigerte, eine strukturelle Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns vorzunehmen.

Wenn das Kapital nicht mehr im Permanenten Arbeits- und Beschäftigungsausschuss verhandeln will, dafür aber fordert – wie das vom Kampfblatt der Handwerkerföderation formuliert wurde, das Arbeitsrecht dürfe nicht länger unter „einer ideologischen Käseglocke“ belassen werden, kann man mit einiger Gewissheit sagen, dass arbeitsrechtliche Verschlechterungen durchgesetzt werden sollen.

Die Schaffenden werden sich warm anziehen und sich auf die Stärke der Solidarität besinnen müssen, denn wenn das Kapital Klassenkampf von oben praktiziert, kann die Antwort nicht „Sozialpartnerschaft“ von unten sein.

Gedicht fir d'Laach vun der Natioun

Ekologesch, net sozial
Dateschutz, mee soss egal
Wunnengsnout, nach ni gehéiert
Wie kee Su huet, leeft verkéiert

Dass den Amazonas brennt
Ass e Politik-Event
Mee déi Gréng déi maache näischt
Och wann d'Greta Thunberg kräischet

Tanktourismus, nei Etüden
D'Kris um Prënzeberg am Süden
D'CSV bléist nach an d'Glous
Hire Frust ass wierklech grouss

Bauerentheater um Krautmaat
D'Fraewahlrecht krut e Baart
E Glas Schampes, gutt gekillt
D'Politik gëtt nogespillt

Jacques Drescher



Chonique Internet

Facebook dit non aux *backdoors*

Jean Lasar

Les États-Unis veulent contraindre Facebook à créer un accès aux messages cryptés sur *WhatsApp*, ont annoncé les médias américains, citant un appel lancé la semaine dernière par le ministre de la Justice William Barr et relayé par les autorités britanniques et australiennes. L'insistance des autorités américaines à obtenir des opérateurs des messageries les plus utilisées l'installation d'une porte dérobée (*backdoor*), c'est-à-dire d'un accès secret réservé aux enquêteurs officiels, n'est pas nouvelle mais elle s'avère aussi mal inspirée aujourd'hui qu'elle l'était lorsqu'elle a été avancée pour la première fois. Cory Doctorow, militant de longue date des libertés numériques, est aussitôt monté au front, assimilant cette demande à celle consistant à exiger de prévoir dans la combinaison spatiale d'un astronaute un trou discret, puis de l'envoyer dans le vide sidéral en espérant pour le mieux.

Aux dires du ministère de la Justice, l'absence d'un accès garanti des policiers aux messageries revient à priver ceux-ci d'une source vitale pour lutter contre les terroristes, pédophiles et autres criminels. La promesse de *WhatsApp* d'offrir une encryption de bout en bout pour sa messagerie, en pratique inviolable sauf à y dédier des ressources informatiques et un temps considérables, revient selon le ministère à plonger la police « dans l'obscurité ».

Cela fait des années que Washington martèle ce message. Apple a également fait l'objet de l'ire du ministère lorsqu'il a refusé, en 2016, de donner droit à sa demande de déverrouiller l'iPhone des tireurs de San Bernardino. Apple avait tenu bon, et le FBI avait fini par trouver un autre moyen d'accéder aux téléphones.

Cela fait un moment que les messages sur *WhatsApp* sont cryptés. Le protocole utilisé, Signal, empêche *WhatsApp* de les déchiffrer. Quand bien même ses dirigeants souhaiteraient obéir aux injonctions des agences fédérales, l'architecture de leur plateforme les en empêcherait. Pour ouvrir la porte dérobée qui leur est demandée, il leur faudrait reconstruire leur système de fond en comble tout en trahissant la promesse faite à leurs utilisateurs de protéger le caractère privé de leurs communications.

Le moment choisi par le ministère de la Justice pour réitérer sa demande semble en réalité viser davantage *Messenger*, la messagerie issue de Face-

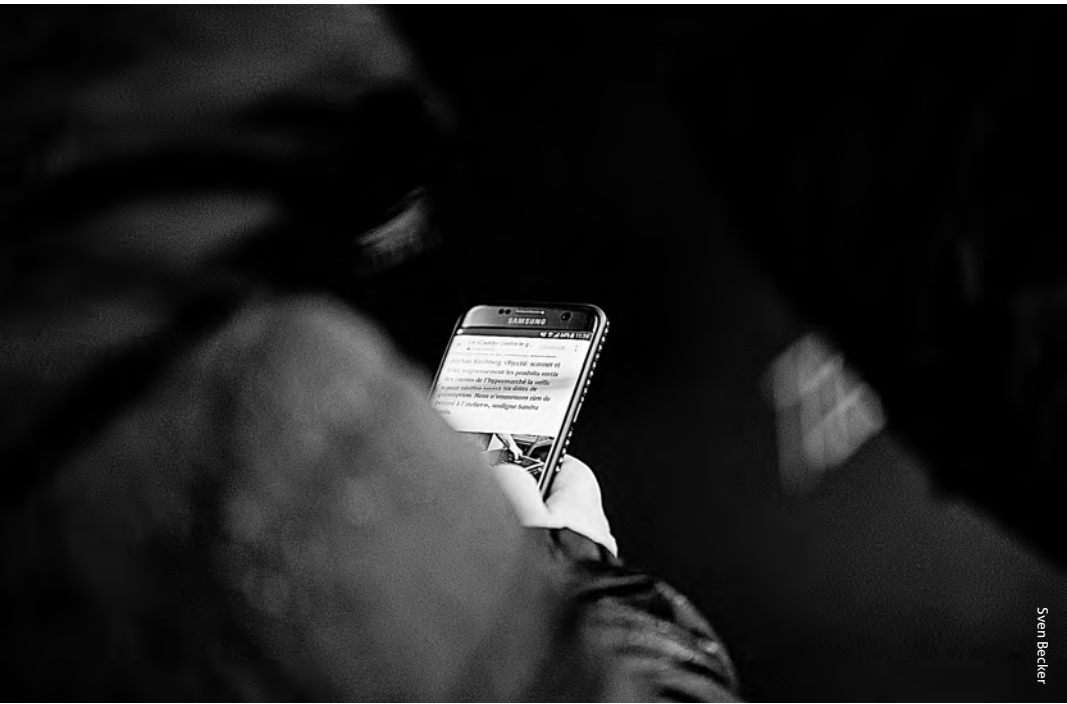
Malgré la pression intense de la part des autorités américaines, Facebook s'oppose aux demandes à créer un accès aux messages cryptés sur WhatsApp

book, qui ne bénéficie pas aujourd'hui d'une telle encryption. En mars dernier, Mark Zuckerberg avait indiqué vouloir faire évoluer Facebook vers une « plateforme de communication centrée sur le respect des données privées ».

Connaissant son rôle d'auxiliaire zélé de Donald Trump lorsqu'il s'est agi de neutraliser le rapport de Robert Mueller sur le rôle de la Russie dans les élections de 2016, le fait que William Barr mentionne expressément dans sa lettre la nécessité de pouvoir détecter et contrecarrer « les tentatives d'adversaires étrangers de saper les valeurs démo-

cratiques et les institutions » ne manque pas de sel. Une attitude de défense inconditionnelle du président qu'il réédite ces jours-ci alors que les États-Unis sont plongés dans une crise constitutionnelle au sujet du « quid pro quo » ukrainien et qu'une partie des conversations relatives à ce chantage ont eu lieu... sur *WhatsApp*.

Ce qui est rassurant pour les internautes est que Facebook, malgré la pression intense dont il fait l'objet par ailleurs de la part des autorités, a tenu bon et a indiqué s'opposer aux demandes du ministère. Alors que les autorités assurent ne vouloir se servir de l'accès aux messageries que de manière ciblée, il est clair pour l'ONG de défense des libertés numériques Electronic Frontier Foundation (EFF) que leur propos est de faciliter la surveillance de masse. Citant des chiffres diffusés par Ryan Singel de l'université de Stanford, il a indiqué que sur 1 457 écoutes électroniques (*wiretappings*) criminelles fédérales exécutées en 2018, seules 74 étaient cryptées ; sur celles-ci, seules 58 n'avaient pu être déchiffrées. Au-delà de ces considérations statistiques, reste l'objection fondamentale évoquée par Cory Doctorow : toute porte dérobée ménagée pour les autorités pourrait aussi être exploitée par des hackers criminels, ce qui créerait au final un risque bien plus important.



Le ministère de la Justice semble en réalité viser *Messenger*, la messagerie issue de Facebook

Projekt Nationalstadion

Von 0 auf 80

Einst, wir denken an das Jahr 2009, sollte Luxemburg ein neues Nationalstadion in Livingen bekommen. Das alte Stadion an der Arloner Straße, vom Standort her in etwa so gut situiert wie das

Stade de France inmitten des urbanen Bereichs von Paris, hat anscheinend ausgedient und ist offenbar nicht sanierbar.

Für einige wenige Fußballbegeisterte musste also ein neues Stadion errichtet werden. Kostenpunkt „Null“ Euro! Gebaut werden sollte es von dem bekannten Unternehmer und Sportmäzen Flavio Becca auf seinen sich in der Grünzone befindlichen Grundstücken. Er hatte vor, ein Einkaufszentrum in das Stadion zu integrieren, mit dessen Bewirtschaftung der sportliche Teil finanziert würde.

Dieser, aus ökonomischer Sicht, kluge und einmalige Schachzug, der auch offiziell von der Landesplanung favorisiert wurde, gefiel einigen Ewiggestrigen und Neidern aber auch gar nicht. Folglich wurde eine „Affäre Becca“ aufgebauscht und das Vorhaben siechte vor sich hin, bis es schließlich politisch verstarb.

Dem Sport parteipolitisch, aber devot untertan, wollte die blau-grün kolorierte Hauptstadtführung zeigen, was sie könne, und erwarb in einer Rekordzeit die benötigten Grundstücke in Kockelscheuer, mitten im Nirgendwo. In höchster Eile, schließlich jagte ein Wahltermin den anderen, mussten die angeheuerten Planungsbüros ein wunderprächtiges Stadion aufs Papier zaubern. Die politischen Entscheidungsträger sprachen zunächst publikumswirksam von einem

Kostenrahmen von 30 bis 35 Millionen Euro und das „Brot und Spiele“ liebende Volk frohlockte.

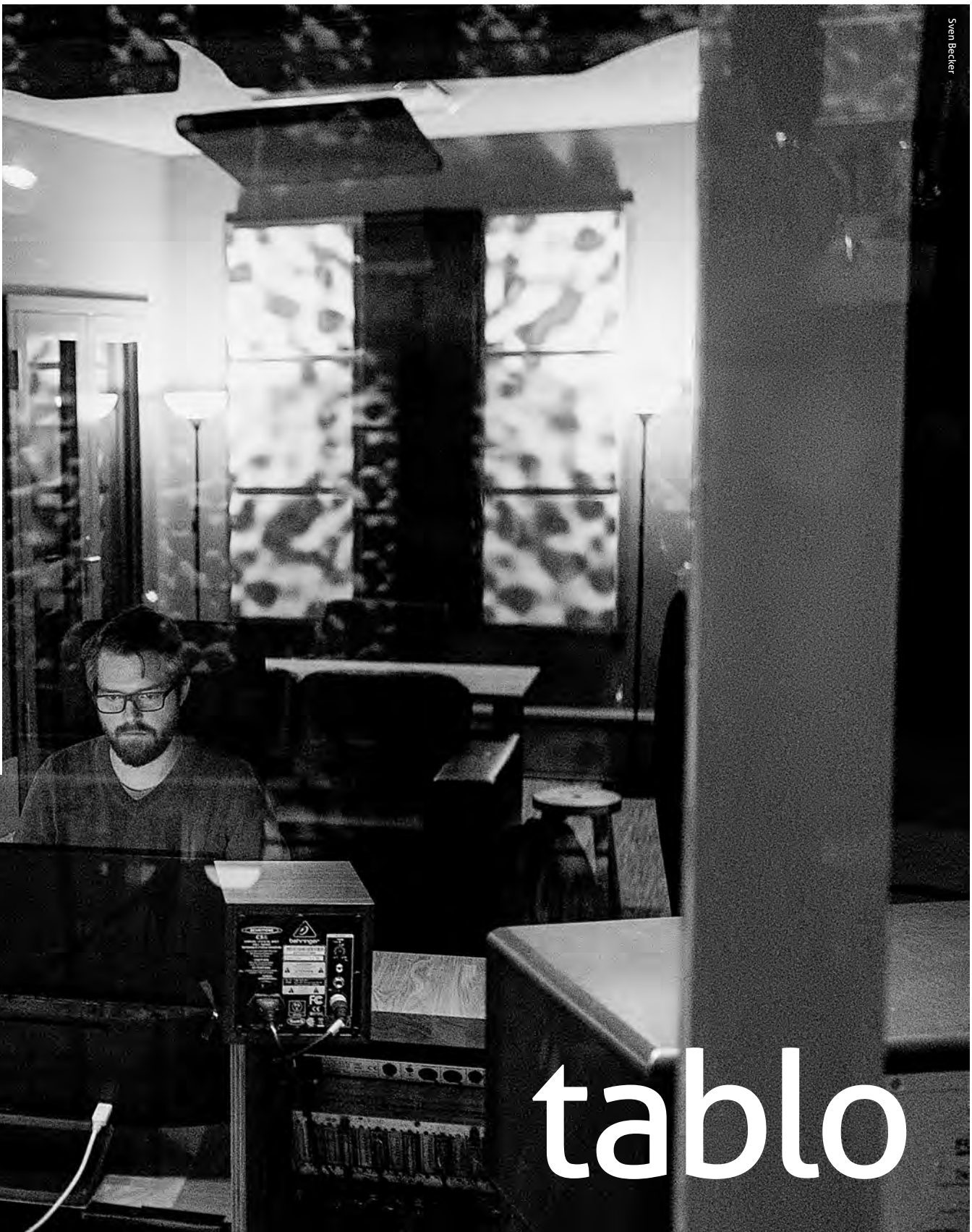
Der von jeder Stadionbaupraxis unbefleckte Architekt jedoch legte einen Kostenvoranschlag von 58 Millionen Euro vor. Die Kröte wurde geschluckt und der Gemeinderat genehmigte die, aus Sicht vieler Steuerzahler überflüssige, Sportinfrastruktur mitten auf der grünen Wiese.

Nun aber soll sich die Endabrechnung auf circa 80 Millionen Euro belaufen. Fast drei Mal mehr als im Vorfeld politisch versprochen. Und die Hauptstadtbürgermeisterin wird nicht müde zu behaupten, die Planungsbüros trügen die Exklusivschuld an der finanziellen Misere. Sie vergisst dabei aber, dass die Stadt Luxemburg eine Heerschar von Architekten, Bauingenieuren und Technikern beschäftigt, denen es obliegt, extern erarbeitete Projekte, wie in diesem Fall, technisch zu begleiten und finanziell zu kontrollieren. Dieses grobe Kommunalversagen schreit geradezu nach einer politischen Verantwortungsübernahme. Daniel Miltgen, Ehrenregierungsrat

Eine Kostenentwicklung für das Guinnessbuch der Rekorde



Quel bel écran pour produire de la musique que ce nouvel Unison Studio qu'un collectif de producteurs, compositeurs et ingénieurs de son autour du très créatif Max Hochmuth (co-initiateur par exemple du festival *Siren's Call* au Grund) vient d'installer au 1535° à Differdange, à quelques pas du Sonotron, autre studio propre au lieu. Ce seront deux raisons de participer au *Creative day*, qui aura lieu ce dimanche, 13 octobre, entre 11 et 22 heures. Abritant désormais quelque 70 entreprises créatives, de l'artiste indépendant en passant par le bureau d'architecte jusqu'au studio de films d'animation, la Kreativfabrick est le fleuron des industries créatives au Luxembourg et la journée portes ouvertes une des rares occasions d'y jeter un regard derrière les coulisses, pour voir les artistes au travail. Installations, expositions, conférences, *marketers market* – tous les événements de cette journée qui s'annonce inspirante se trouvent à l'adresse creativeday.1535.lu.jh



Musiques

Sorciers psychédéliques

King Gizzard & The Lizard Wizard foulera la scène du Club à la Rockhal ce dimanche 13 octobre. Depuis ses débuts en 2011, le fantas(-ti)que septet australien nous a déjà gratifiés de quatorze albums, dont cinq que pour l'année 2017, sans que l'on ressente une baisse de régime voire une redite. Cette créativité débridée sert un psychédélisme fureteur qui les voit s'approprier un genre voire un concept plus ou moins déterminé à chaque album, comme les micro-tonalités pour le *Flying Microtonal Banana*, les instruments acoustiques sur *Paper Mâché Dream Balloon*, l'infinie loop sur l'ultra-efficace *Nonagon Infinity* ou encore le *trashmetal* écolo du récent *Infest The Rats Nest*. Pour ne rien gâcher, ces chantes du DIY excellent également en concert, où leur énergie contagieuse fait des ravages. Deux groupes également originaires du *Down Under* psychédélique essuieront les plâtres, les filles de Stonefield et Orb. da

Économie de moyens

Les Rotondes accueillent Von Spar ce mercredi 16 octobre. Le collectif colonais sévit depuis une quinzaine d'années en privilégiant une approche caméléonesque et transformiste au gré de ses sorties discographiques. Ainsi postpunk, kraut, synthpop, postrock et démarche arty sont passés à la moulinette pour un résultat souvent spartiate mais d'une rare élégance. Leur récent *Under Pressure* l'illustre pertinemment tant sur l'épreuve des écouteurs que celle du *dancefloor* tout en multipliant les invités de la stature d'une Laetitia Sadier. da

Expositions



Vu Krukerten a Kueben

Alors que l'on entend actuellement les colonies des *Huergäns* (*grues cendrées*) passer au-dessus du Luxembourg dans leur migration vers le sud, le Naturmusée au Grund propose à partir d'aujourd'hui, vendredi 11 octobre, une exposition thématique intitulée *Geckeg Vullen/Drôles d'oiseaux*. Le commissaire Claude Heidt, ornithologue au musée, a opté pour une exposition pluridisciplinaire, qui propose plusieurs lectures de l'importante collection d'oiseaux de la maison (3 500 spécimens), par exemple un volet inattendu sur leur mythologie (jusqu'au 7 juin 2020 ; mnhn.lu). jh

Surprise sur prise

Daniel Reuter et Lisa Kohl viennent d'être sélectionnés par le jury de Lët'z Arles pour réaliser le pavillon luxembourgeois aux *Rencontres d'Arles* en 2020, a annoncé l'asbl hier, jeudi. Alors que Kohl, sélectionnée dans la section jeunes sponsorisée par le fonds *Start-up* de l'Œuvre, commence à se faire un nom (elle a créé une projection *Loop* aux Rotondes), le quadragénaire Daniel Reuter est quasi inconnu ici. Vivant entre Luxembourg et Reykjavik, sa page internet montre qu'il a une approche très classique de la photographie, proche de l'austérité. jh

Événement

Schueberfouer der Kultur

Sie gilt als *Schueberfouer* für Kulturinteressierte. Mit mehr als 15 000 Besuchern im vergangenen Jahr (Foto: Sven Becker) gehört die *Nuit des Musées* zu den größten Kulturveranstaltungen des Landes. Eine Mischung aus Kulturmarathon und Volksfest – ein gesellschaftliches Happening für die gesamte Kulturszene. Und wie bei jedem gesellschaftlichen Happening geht es nicht nur um die Kultur an sich, sondern auch darum, den sozialen Habitus zur Schau zu stellen: Um sehen und gesehen werden. Doch das sollte kein Grund sein, die Veranstaltung am Samstag zu meiden oder sie mit elitärer Abscheu zu betrachten. Denn der *Nuit* gelingt es, auch Kultur muffel in die offenen Museen von 18 bis 1 Uhr zu ziehen. So erhalten Künstler und ihre Werke eine Aufmerksamkeit, die ihnen sonst im wenig kulturaffinen Luxemburg nicht zusteht. In diesem Jahr sind es Sportler die ihre *Coup de Cœur* in den sieben teilnehmenden Institution vorstellen werden – darunter die frühere Olympia-Fechterin Colette Flesch und die Judoka Marie Muller. (Das gesamte Programm auf museums-mile.lu). ps



Art urbain



Schmelzgeflüster

Stick und Spick gehören seit Jahren zu den aktivsten urbanen Künstler in Luxemburg. Viele werden ihre Kunst schon gesehen haben, ohne zu wissen, dass es Werke der beiden Street-Art-Künstler sind. Für ihr neustes Projekt dient nun das stillgelegte Werk der Arbed Schiffingen, das bis jetzt vor allem als Filmkulisse zu kulturellen Zwecken genutzt wurde. Die Schmelz ist dabei Kulisse, Werkstatt und Objekt zugleich. Am Freitag, den 18. Oktober um 18.30 Uhr ist Vernissage bei dem auch das Buchprojekt von Stick und Spick vorgestellt wird. Zudem zeigt die Künstlerin Kim El Ouardi einen Kurzfilm passend zum Werk der beiden Street-Art-Künstler. ps

Musique

Grunge avant la lettre

Für manche ist es immer noch große Kunst, andere sehen es eher als Ikono-klasmus am eigenen Werk: Francis Black tourt weiterhin mit seiner Band Pixies durch die Welt und wird am Donnerstag, den 17. Oktober zum wiederholten Mal nach Luxemburg (Luxexpo The Box) kommen. Dabei gehören die Pixies eigentlich zu den wichtigen Bands auf der guten Seite der Popgeschichte. Sie spielten Grunge *avant la lettre* und waren prägend für den Sound von Nachfolgenerationen. Und das, ohne sich dem Mainstream allzu sehr anzubiedern. Nun will Black den Erfolg der Jugend auskosten, hat aber schon seit Jahren keinen guten neuen Song mehr geschrieben (*atelier.lu*). ps

Berliner Schule

Kompromat klingen zutiefst nach alten Berliner Schule, dahinter verstecken sich allerdings die beiden französischen Künstler Vitalic und Sängerin Rebeka Warrior. Mit einer Mischung aus EBM, Punk, Dark und Texten in deutscher Sprache legte das Duo in diesem Jahr ein gelungenes Debut hin. Sie spielen heute in der Rockhal. Die „richtigen“ Berliner von Apparat spielen hingegen gleich am Sonntag in der Philharmonie. Ihr typischer Berliner Elektroklang eignet sich hervorragend für lange Nächte im Club – ob er auch in der Philharmonie funktioniert, wird sich zeigen. ps

Concours

Think global, win local

Parce que *Prix luxembourgeois d'architecture* fait un peu province, le Luca (Luxembourg Center for Architecture, asbl jadis appelée Fondation de l'architecture) change son nom en *Luxembourg architecture award* (LAA). L'appel à soumission de projets vient d'être lancé, les inscriptions sont ouvertes jusqu'au 16 octobre sous architectureaward.lu. Une deuxième nouveauté est qu'à côté des architectes eux-mêmes, des maîtres d'ouvrage peuvent aussi soumettre des projets qu'ils estiment de qualité. Un « jury international » non encore spécifié décidera des nominations et des prix dans cinq catégories, la cérémonie des prix aura lieu le 12 décembre. jh

Die Plattform

Zu den beliebten Floskeln in der PR-Sprache gehört, jemandem eine Plattform zu bieten. Im Zweifel will jede Institution, jedes Kulturhaus, jedes Festival irgendjemandem immer eine Plattform bieten. Das klingt partizipativ, inkludierend, selbstlos. So auch das Talentlab. Und manchmal trifft sogar deine abgelutschte Floskel zu. Denn das Talentlab ist tatsächlich ein Laboratorium, wo junge Schauspieler, Tänzer, Choreographen, Sänger und Dramaturgen sich austoben können und dazu noch professionelle Hilfe zur Seite gestellt bekommen. Bis zum 11. November können Künstler aus dem Bereich Tanz, Oper und Theater ihre Projekt für die Ausgabe im Juni 2019 einreichen (talentlab.lu). ps

Tzeedee

L'homme qui joue

Kévin Krocze

C'est une parenthèse inattendue et plus que bienvenue dans le paysage musical autochtone. Michel Reis vient de publier un nouvel album en solo, *Short Stories*. Il fait directement suite à Mito, un précédent album *live* d'improvisations paru en 2018 et réservé au marché japonais. Celui qui arpente le globe avec ses compères Marc Demuth et Paul Wiltgen s'est aussi construit un univers personnel et singulier. *Short Stories* est un recueil de nouvelles musicales, fruit d'une union aussi passionnée que passionnante entre le musicien et son instrument aux 88 touches. Enregistré en Italie en février dernier et paru sur le label Cam Jazz, son onzième opus se compose de quatorze titres, dont six sont basés sur des improvisations. Sur la pochette, une photographie en noir et blanc de l'artiste signée Elisa Caldana. Un concert de lancement dudit projet a eu lieu jeudi 3 octobre à Opderschmelz. Retour sur l'événement et sur le contenu du disque.

Les sièges, en rangs devant l'estrade, sont tous occupés quelques minutes avant le début du concert. Les retardataires sont priés d'aller s'installer à l'étage. De là, la vue est imprenable. Michel Reis est en duo avec son instrument sur la scène du grand auditoire. Cet instrument, c'est un piano Steinway qu'il pointera du doigt à de nombreuses reprises, invitant les spectateurs à l'ovationner. Une heure trente durant, le pianiste va réciter les compositions et improvisations – qu'il va réinventer – extraites de *Short Stories*. Cet album justement s'ouvre avec *Sunae II*, une introduction toute en douceur et pleine d'espérance. Le titre a eu droit à un clip signé Yasuharu Hoshino dans lequel on découvre des plans en noir et blanc d'une banlieue de Tokyo. En écoutant l'album, on ne peut s'empêcher de penser à L'homme qui marche de Jirô Taniguchi. Dans ce roman graphique qui magnifie le silence et les plaisirs simples, le lecteur suit un héros à lunettes qui flâne dans les alentours d'une grande ville nipponne, un peu comme Michel Reis qui poursuit un parcours atypique, humble et rêveur.

Le titre suivant *From the eyes of old*, un des plus beaux du projet, annonce la couleur du disque. Le morceau développe des répétitions entêtantes. Une musique cinématographique portant la patte du musicien, avec un piano qui s'éloigne du jazz pur



Michel Reis lors de son concert de présentation au Opderschmelz

Avec son onzième opus *Short Stories*, Michel Reis continue l'exploration de son univers personnel et singulier

sucre et qui se suffit à lui-même. *How it all began* est construit sur le même schéma. Le titre a d'ailleurs été clippé par Émile V. Schlessler. On y suit Michel Reis dans une maison pleine de brumes et de souvenirs. Suit *Monologue*, un morceau déconstruit avec une multitude d'idées contradictoires et qui porte ainsi bien son nom. *Could I see you again* ensuite, est un merveilleux titre classique qui repose sur un son en mouvement constant. Sensuivent *Gratitude*, court et illustratif, *Road to Dilijan*, délibérément hésitant, *Gravity and Lightness*, plein de mystère ou encore *Awakening*, qui permet à l'artiste d'improviser longuement sur scène. Autre morceau marquant, *Eleni*,

joli hommage à Eléni Karaindrou, compositrice des films du géant Theo Angelopoulos, palme d'or 1998 et tragiquement disparu en 2012.

Sur scène, Michel Reis est habité. Sa performance est magnifiée par des effets de lumière de bon goût. Le ventre du Steinway, délicatement éclairé se met à rougir lorsque le musicien s'emballe. Il se lève parfois de son tabouret pour donner de l'impact à son jeu. Lors d'une admirable improvisation, il tapote du pied et chantonne si fort qu'il en devient un métronome humain. L'audience croirait entendre de nouveaux musiciens, cachés derrière le rideau. Le personnage de Taniguchi observe des oiseaux, s'allonge sous un arbre ou se baigne nu dans une piscine publique fermée. Michel Reis, fait quant à lui défiler une palette de souvenirs et de sentiments avec la même absence de gravité, le même goût du partage des choses simples. Il joue comme il marche et donne l'impression de jouer comme il vit. Le pianiste est chaudement applaudi. Deux rappels sont donnés.

Plus d'informations sur michelreis.com.

Festival CinEast

Réalité sociale et fables religieuses

Loïc Millot

Depuis l'inauguration de l'expo *Down with walls* aux Caves voûtées de Neimënster, suivie de la projection en ouverture de *My thoughts are silent* et du métaphysique documentaire lituanien *Animus animalis*. *CinEast* a entamé sa première semaine de festivités.

Au cours d'un week-end en fanfare, marqué par la performance de Shantel & Bucovina Club Orkestar au Melusina, le public de la Grande Région a pu découvrir deux belles fictions sur les écrans de la Cinémathèque : *Avjar* en présence de sa réalisatrice, la Serbe Ana Maria Rossi, et *Mr Jones*, de la Polonaise Agnieszka Holland. Deux longs-métrages aux formats différents réalisés par des femmes. À travers le délitement d'un couple de Serbes de passage au pays natal, Ana Maria Rossi scrute le déplacement des affects pour formuler, en dernier lieu, un éloge du courage – le courage de l'exil(é), comme de celui

Parmi les autres films en lice pour la compétition officielle, *Corpus Christi* de Jan Komasa confirme cette année la rémanence des sujets religieux



Lors du vernissage de *Down with walls* (à gauche), concert du Shantel & Bucovina Club Orkestar au Melusina

qui est resté auprès de sa famille. Un dilemme qui occupe aussi bien la relation amoureuse de Vida et Bane : faut-il ou non quitter l'être que l'on aime, l'être que l'on a aimé ? Autre façon, donc, de questionner les limites, de circonscrire des espaces, d'outrepasser les frontières. Dans un registre autrement historique, Agnieszka Holland s'est inspirée des *Mémoires de guerre* du journaliste gallois Gareth Jones (1905-1935). Ses articles publiés dans le *Western Mail* ou le *Times*, quoique encore largement méconnus en Europe, ont permis d'alerter l'opinion publique sur la grande famine sévissant en Ukraine et en Union soviétique au début des années 1930.

La semaine suivante fut marquée par la découverte des films en compétition officielle, à commencer par *Oleg* de Juris Kursietis et *Nova Lituania* de Karolis Kaupinis. À la façon d'Andrei Roublev de Tarkovski, le premier commence par une envolée grandiose, point de vue divin d'où l'on survole les cimes d'une forêt immaculée. Jusqu'à ce que la caméra pointe lentement vers le sol, découvrant peu à peu un homme échoué dans la neige. « Est-il mort ou se repose-t-il ? », se demanderait peut-être Rimbaud à cet instant. Oleg médite sur le sort de l'agneau immolé, dans la fable que lui contait, enfant, sa grand-mère. La référence biblique amorce ici une réflexion religieuse qui se poursuit par intermittence tout au long de cette fable sociale, jusqu'à l'arrivée d'Oleg à Gand, en Belgique, où il découvre le polypptyque de *L'Agneau mystique* des frères Van Eyck. C'est toute la trajectoire de ce travailleur



Kino

Wenn es regnet in New York

Marc Trappendreher

Das neueste Werk des 83-jährigen Schriftstellers und Regisseurs Woody Allen, *A rainy day in New York*, ist der 49. Spielfilm einer beachtlichen Filmographie, die seit Ende der 1960er Jahre, über einige Pausen hinweg, eine konstante Häufigkeit von einem Film pro Jahr beibehalten hat.

Als die junge Journalismus-Studentin Ashleigh Enright (Elle Fanning) das Angebot erhält, den berühmten Filmmacher Roland Pollard (Liev Schreiber) in New York zu treffen, um ihn für die College-Zeitung zu interviewen, beschließt sie zusammen mit ihrem Freund Gatsby Welles (Timothée Chalamet), die Gelegenheit zu nutzen, um einen unvergesslichen Tag in der Metropole zu verbringen. Doch was als romantischer Ausflug geplant ist, wird schnell zu einem allzu chaotischen Abenteuer und einer existenziellen Sinnsuche ...

Bissige Kommentare und wendungsreiche Handlungsstränge sorgen in Woody Allens *A rainy day in New York* für kurzweilige Unterhaltung

Die titelgebende Standortbestimmung dürfte mit Blick auf Woody Allens filmisches Schaffen kaum verwundern. Der Regisseur aus Manhattan hat eine Vielzahl seiner Filme in seiner Heimatstadt angesiedelt. Nachdem er mit *Wonder weel* (2017) jüngst ein skurriles Coney Island zeigte, kehrt er mit *A rainy day in New York* wieder in seine Lieblingsstadt zurück – und seine werkkonstanten Stilmittel sind unschwer auszumachen: Sowohl die bissigen Kommentare über Liebe und den Unterschied zwischen New York und Arizona, als auch die wendungsreichen Handlungsstränge, zwischen denen Allen geschickt alterniert, sorgen für kurzweilige Unterhaltung. Seine äußerst raffiniert geschliffenen Dialoge stehen hier einmal mehr für den unverwechselbaren pointierten Humor, den seine Komödien kennzeichnen.

Mit dem neurotischen, dünnen, klugen und kritischen New Yorker, der sich auch als echter Charmeur erweist, hat Woody Allen spätestens seit *Annie Hall* (1977) die selbstironische Verklärung eines neuen Typs gefunden: den melancholischen Verlierer. Dieser Gatsby Welles, das ist in vielerlei Hinsicht eine jüngere Version des von Woody Allen verkörperten Stadtneurotikers. Dass Gatsby aus der Oberschicht stammt, ist bezeichnend, denn er kennt keine materiellen Sorgen, ihn plagen vielmehr existenzielle Verunsicherung und die Zweifel an der eigenen Selbstverwirklichung. Seine zweifelhafte Beziehung mit Ashley ist dabei mehr als Ausdruck der eigenen Krise zu verstehen.

Elle Fanning gibt diese junge Studentin aus Tucson/Arizona, für die die Filmwelt zum Studienobjekt wird. Sie ist bei weitem nicht so weltgewandt wie Gatsby, aber sie übt eine ähnliche Faszination auf die Filmkünstler aus wie die Studentin *Rain* (Juliette Lewis) auf ihren Lehrer in Allens *Husbands and wives* (1992). Freilich fühlt sich Ashley gleichermaßen von den Filmschaffenden angetan, die allerdings wollen sie nur ausnutzen. Das wird vor dem Hintergrund der *Metoo*-Debatte für Empörung sorgen, zumal Allen selbst Vorwürfen des sexuellen Übergriffs ausgesetzt ist. Freilich werden die Vertreter dieser Filmbranche mit all ihren manisch-depressiven Zügen ins Lächerliche gezogen und in keiner Weise in ihrem Handeln affirmiert. Fanning hingegen baut Allüren in ihr Spiel ein, die sie bei aller Naivität ins Charmant-Selbstironische gleiten lassen. Egal wie man dieses Frauenbild auch bewerten mag, die Figurenkonstellationen und das Zusammenspiel dieses Schauspielensembles schaffen eine dynamische Komik, die zum Lachen einlädt.

Der eigentliche Hauptdarsteller des Films ist allerdings New York: Vor dem Hintergrund der Stadtkulisse inszeniert Allen die wiederkehrende Obsession einer „romantischen Liebe“, die sich hier in einem überaus stilvollen Setting verregneter Straßen entfaltet und sich damit natürlich ebenso als filmisch-romantische Konstruktion zu erkennen gibt. Das tut der glanzvollen Szenerie allerdings keinen Abbruch. Allen zeigt eine Metropole, die sogar bei regnerischem Wetter ihre ganz eigene magische Anziehungskraft ausstrahlt, ja, wie sie eigentlich nur im Kinofilm existieren kann. Aus diesem Umstand heraus vermag der Film es auch, eine märchenhafte Aura auf den Zuschauer zu übertragen. Die Sehnsucht nach der einzigartigen, großen, romantischen Liebe ist hier allerdings sehr gefühlvoll gehalten und wirkt deshalb weniger ironisierend als in vorherigen Filmen Woody Allens. Stattdessen schweigt sie viel eher in einer milden Melancholie.

clandestin lettone kontinuierlich ausgesetzt der Gewalt der Mafiosi, die schließlich mit dem Märtyrer des Lammes, Präfiguration des Opfers Christi am Kreuz. Terrible Märkte der Männer und der Hoffnung, in der Tat, die Arbeit.

D'une grande austérité formelle, *Nova Lituania* est une fiction dystopique qui revêt un noir et blanc digne du cinéma classique. Présentant l'invasion de la Lituanie par le régime nazi et les soviétiques, le professeur Feliksas Gruodis, qui enseigne la géographie à l'université, projette d'explorer la population par-delà les mers, dans une improbable colonie africaine. Proche formellement de ce dernier film, avec lequel il partage une même affinité plastique pour le noir et blanc, *Scandinavian Silence*, de l'Estonien Martti Helde, est un *road-movie* qui fait place à l'éloquence muette des visages, des regards, ou aux paysages rencontrés en chemin. Comme s'il y avait nécessité à mettre en crise le monopole de la parole en Occident par le biais d'une contemplation silencieuse et d'un langage proprement physique.

Parmi les autres films en lice pour la compétition officielle, *Corpus Christi* de Jan Komasa confirme cette année la rémanence des sujets religieux. Dans *Oleg* déjà, du Letton Juris Kursietis, l'eau disposait d'une fonction lustrale inspirée du culte baptismal. Ce n'est pourtant qu'une demi-surprise de la part de productions impliquant la très catholique Pologne, où s'affrontent régulièrement forces conservatrices et libérales. Hors compétition, on retrouve cette préoccupation déclinée dans le bien nommé *Clergy*, sorte d'avatar de Don Camillo qui lui a valu de signer le plus grand succès commercial du cinéma polonais ces vingt dernières années (13 octobre). Seul son compatriote *Nina*, également hors-compétition, est parvenu à s'affranchir définitivement des traditions nationales en rallumant la force révolutionnaire du désir (les 11 et 12 octobre).

Parmi les autres séances de cette deuxième semaine du festival, on peut voir le documentaire sur la naissance du skateboard en Tchécoslovaquie dans les années 1970 (*King Skate*, le 11 octobre), le Marathon du court-métrage proposé le samedi 12 octobre, la comédie Karel, *Me and you* (15 octobre), ou encore *The painted bird*, d'après le roman éponyme de Jerzy Kosinski (le 16 octobre). En attendant que soient dévoilés les prochains films en compétition : *Open door* de Florenc Papas le 12 octobre, *Stitches* de Miroslav Terzic le 13 octobre, sans oublier *Cat in the wall* de Mina Mileva et Vesela Kazakova mercredi 16 octobre.

Le festival *CinEast* dure encore jusqu'au 20 octobre ; informations et programme : cineast.lu.

Theater

Ein Familiengrab wird entrümpelt

Jeff Thoss

„D’Erënnerung stécht am Krëppeng“, heißt es bedeutsam in *En Haus wéi en Haus*, dem Stück von Elise Schmit, das nach einer einmaligen Darbietung letztes Jahr nun fast regulär gespielt wird. Fast regulär, denn das Maskénada-Projekt ist wie üblich standortspezifisch und nutzt den „Krëppeng“ eines verlassenen Haus, um in die Vergangenheit seiner Bewohner einzutauchen. Regisseurin Tammy Reichling schlüpft dafür zugleich in die Rolle einer sich als Maklerin gebarenden Insipizientin, die das Publikum durch den Garten und die Räume eines leicht abgelegenen Anwesens auf Limpertsberg lotst. Während die Zuschauer_innen eine typisch kleinstädtische Innenausstattung begutachten können, entspinnt sich ein aus Erinnerungsfetzen und Streitszenen zusammengesetztes Familiendrama.

Nach dem Vater ist auch die Mutter dreier Geschwister gestorben, die sich nun mit dem möglichen Verkauf des elterlichen Hauses auseinandersetzen müssen. Immobiliengeschäfte sind bekanntlich Nationalsport hierzulande, und die *question du logement* ein sozialpolitisches Dauerthema. *En Haus wéi en Haus* hält seinen tagesaktuellen Bezug jedoch eher in der Latenz. Vornehmlich geht es um die grundsätzlichere Frage, wie auf so ein Elternhaus zu blicken ist. Soll man es als „en Haus wéi en Haus“ wahrnehmen, ein ganz gewöhnliches Objekt, das auf die für eine Immobilienanzeige notwendigen Angaben reduziert und somit veräußert werden kann? Oder hat es sich mit persönlichen Erfahrungen und Assoziationen so sehr vollgesogen, dass es als „Doheem“ die eigene Identität behauptet?



Annette Schlechter und Piera Jovic

In der knappen Stunde der Aufführung werden die namenlosen, von Annette Schlechter, Clod Thommes und Piera Jovic verkörperten Geschwister von diesen Fragen heimgesucht. (Im Folgenden stehen die Namen der Schauspieler_innen auch für ihre Figuren.) Schlechter vertritt eine pragmatisch-kalkulierende Haltung, während Thommes sich abgebrüht bis desinteressiert gibt. Ihre distanzierte Einstellung erlaubt es den beiden, oft im Tandem gegen die sentimentalere Jovic vorzugehen. Der Altersunterschied zwischen Thommes und Schlechter auf der einen und Jovic auf der anderen Seite erweckt zudem gelegentlich den Anschein einer Vater-Mutter-Kind-Konstellation. Die rebellische Tochter klammert sich an Erinnerungsstücke wie einen Teller oder eine Schale, die die Erwachsenen ohne mit der Wimper zu zucken wegwerfen würden, auch wenn die Familiengeschichte dabei mitentsorgt wird.

In der Hausbegehung überlagern sich nicht nur die Rollen, die die drei Schauspieler_innen übernehmen, sondern auch die Zeiten und Räume. In einer Szene kurz gegen Ende spricht Thommes einen Monolog im Garten – der in diesem Moment auch ein Friedhof sein könnte – und sinniert darüber, ob man Mutter und Vater über- oder nebeneinander begraben soll. In der potenziellen Schichtung der Toten schwingt das archäologische Interesse des Stücks mit. Unter dem festgefahrenen gegenwärtigen Verhältnis der Geschwister werden alte Spannungen und Konflikte freigelegt. Jovic erinnert sich im Esszimmer bei gedecktem Tisch und dampfendem Kartoffeltopf an die frühere Sitzordnung, die für sie nur die Position eines unwissenden Kindes kannte. Schlechter und Thommes stöbern in alten Postkarten und stoßen dabei auf den offenbar nie so recht verarbeiteten Abschied Jovics, den sie im Anschluss mit ihr gemeinsam durchspielen.

In einer Mischung aus Schlaf- und Badezimmer kann das Publikum die Interferenz von Vergangenheit und Gegenwart auf andere Weise erfahren. Ein Monitor zeigt, was sich hier vor kurzem ereignet hat: der Wiedereinzug Jovics in das Elternhaus, aus ihrer Sicht die Wiederaneignung eines Zuhauses, aus der ihrer Geschwister die Zweckentfremdung einer Immobilie. *En Haus wéi en Haus* arbeitet öfters mit Video- und Tonaufnahmen, um seinem



In der Hausbegehung überlagern sich auch die Zeiten und Räume

Immobiliengeschäfte als Nationalsport und die *question du logement* als sozialpolitisches Dauerthema – Elise Schmit und Tammy Reichling machen daraus *En Haus wéi en Haus*

verwinkelten Schauplatz weitere Dimensionen hinzuzufügen. So wird man an einer Stelle etwa über Lautsprecher mit einer Auflistung von Schimpfwörtern beschallt, an die sich viele wohl nur vage aus der Kindheit erinnern. Auch sprachlich wird an diesem Abend einiges ausgegraben.

Darüber hinaus wird der Familienzweist zu Musik „ausgetanzt“, mit besonderem Einsatz Piera Jovics,

die sich auch genauso akrobatisch wie unheimlich um ein Bett zu rollen weiß. Ob sich die Tanzeinlagen stets in die Handlung einbinden lassen oder einen performativen Überschuss der Inszenierung darstellen, bleibt ungewiss. Insgesamt fällt die Orientierung in der Architektur des Stücks nicht immer leicht, bleiben die Figuren trotz aller Plakativität schwer greifbar. So hat man in diesem Haus, in dem sich eine Familie selbst zu Grabe trägt, am Ende vielleicht mehr Geister und schemenhafte Bruchstücke wahrgenommen, als eigentlich nötig wäre. Angst vor einem Besuch in Elise Schmits und Maskénadas Spukhaus muss deshalb aber niemand haben.

En Haus wéi en Haus von Elise Schmit; inszeniert von Tammy Reichling, Produktionsleitung: Tessa Fritz; mit Piera Jovic, Annette Schlechter und Claude Thommes; nach den Vorstellungen auf Limpertsberg zieht die Produktion weiter nach Ettelbrück, wo weitere Vorstellungen am Sonntag, 20. Oktober um 17 und 20 Uhr und am 23., 24. und 25. Oktober jeweils um 20 Uhr stattfinden; Treffpunkt vor dem Gebäude des Cape, place Marie-Adelaïde, jeweils 15 Minuten vor Spielbeginn; Reservierungen und Informationen unter *maskenada.lu*.

entierung und Verzweigung wirken bemüht und mechanisch. Die Darstellerin geht die dichterische und atmosphärische Subtilität mit einer Interpretation an, der es an Feinheit fehlt. So beschränkt sich diese Darbietung auf einen mimischen Vortrag. Verkörperung ist etwas anderes.

Am Ende des Theaterabends jedoch gewinnt die Vorstellung an Aussagekraft: Während so mancher versteckte Hinweis und möglicherweise auch die Deutungsgewohnheiten heutiger Zuschauer einen Bezug zum Holocaust vermuten lassen, werden am Schluss von Barlinds Inszenierung Fotografien an die Theaterwand projiziert, die Rückschlüsse auf Deportationen, Schlepperbanden und Gefangenenlager jenseits des Dritten Reichs schließen lassen. Selbst diese Einspielung wird nicht vom Fehlerteufel verschont: Das Akku im Notebook, über das die Datei abgespielt wird, ist platt. Die entsprechende Meldung begleitet die Projektion minutenlang.

In seiner 45-minütigen Gesamtheit präsentiert Projektinitiatorin und Regisseurin Anne Barlind eine kurze, verstörend einfühlsame Produktion mit gehörigem Potenzial. Die genannten Störungen und Schwächen beeinträchtigen jedoch einen insgesamt durchwachsenen Theaterabend.

Der Regen von Daniel Keene; eine Produktion des Thalie Théâtre Paris, Fundamental Monodrama Festival 2018 und des Luxemburger Kulturministeriums; Regie von Anne Barlind; Bühne und Video von Einat Landais; Kostüm von Madeleine Lhospitallier-Barbe; mit Nicole Max. Keine weiteren Vorstellungen.

Musique classique

De feu et d’espoir

On connaît la philosophie du patron des Solistes Européens, Luxembourg, un maestro bien trop indépendant d’esprit pour se plier aux oukases du marketing : présenter au public des œuvres rares. C’est ainsi que, côté (re)découverte, on a été bien aise, lundi 30 septembre, à l’occasion du concert inaugural de leur trentième saison, d’entendre, enchâssé dans « la symphonie des symphonies », Un survivant de Varsovie (1947), l’une des compositions sérielles les plus directement abordables de Schönberg, et qui, aujourd’hui, dans une Europe en proie à ses vieux démons nationalistes et en panne d’idéal fédéral, a valeur d’admonestation.

Cette courte cantate dit, avec des lettres de feu, l’horreur, le génocide, l’homme qui tue l’Autre parce qu’il est différent. Le « père » du dodécaphonisme signe ici un reportage musical terrifiant, basé sur le témoignage poignant d’un rescapé du Ghetto de Varsovie. Voix et instruments, littéralement en état de sidération, clament leur effroi. Leur espoir, aussi. Dans l’immédiat après-guerre, en effet, l’idée émerge que, non seulement le mal est fort comme l’amour, mais que l’amour est aussi fort que le mal. Désidéalisation sans désespoir. À l’instar du Britten du *War Requiem*, Schönberg ne croit pas à une transcendance qui vienne tout pardonner, mais pas non plus au renoncement. Œuvre tragique, incarnant le paroxysme de l’inhumanité, mais dont la perspective de la rédemption n’est pas absente. D’un point de vue philosophique, cette polarité irréductible, cette idée que l’on ne puisse pas penser l’amour sans la mort et sans la haine, est la clé de cet opus schönbergien, que les SEL restituent avec la charge émotionnelle qui convient.

De l’abomination de la désolation à l’exaltation de la joie : les Solistes Européens ouvrent leur trentième saison

Quand on s’appelle « Solistes Européens », il y a une œuvre emblématique qui oblige par-dessus tout : c’est la *Neuvième* de Beethoven, avec son finale exultant sur l’*Ode à la joie* de Schiller. Dommage seulement que, vouée à un succès mondial, cette *Ode* sublime ait été, dès son origine en 1824, si souvent détournée à des fins extrinsèques à sa stricte obédience symphonique, voire récupérée et instrumentalisée politiquement, pour devenir, au fil du temps, une rengaine protocolaire mise à toutes les sauces, y compris publicitaires : de la pose de la première pierre du Festspielhaus de Bayreuth, en 1872, au film de Kubrick, *Orange mécanique*, en 1972, de la visite de Mitterrand au Panthéon, en 1981, à la célébration de la chute du mur de Berlin, en 1989, de l’hommage aux victimes de l’holocauste sur le site de Mauthausen, en 2000, à la consécration, dès 1985, comme hymne officiel de l’Europe. Consécration non dénuée d’ambiguïté, quand on sait que l’arrangement de cet hymne est l’œuvre d’un ex-sympathisant nazi nommé Karajan. « Symbole de la musique dans la vie politique, et symbole du politique dans l’art musical », selon la formule d’Esteban Buch, l’ultime mouvement de l’ultime symphonie du Titan de Bonn n’en demeure pas moins d’abord et avant tout un vibrant hymne à la fraternité, bienvenu en cette époque de repli sur soi et de débats récurrents sur l’identité nationale.

Autre anicroche : ce chef-d’œuvre cosmique, qui sourd du chaos et invente la symphonie avec voix, fait partie, à force d’être convoqué en toutes circonstances, de ces monuments rabâchés qui ne semblent plus susciter le moindre frisson d’inattendu. « Semble », car ce serait faire peu de cas des ressources insoupçonnées de cette partition hors norme et de la sagacité d’un chef capable d’une approche créatrice, à l’instar, d’ailleurs, de son prédécesseur au pupitre des SEL, lequell la donna en concert, en 1999, et l’enregistra, un an plus tard.

Appartenant, en effet, à cette élite de leaders évoluant en hors-piste, rompus à déjouer les chausse-trapes du convenu, König fait de son mieux pour infuser à cet opus magnum rebattu un sang neuf, une vigueur et un relief singuliers. Par leur homogénéité, la chaleur soyeuse des cordes, la grâce des bois, les Selistes offrent le plus beau matériau sonore, le plus beau des écrins à un quatuor de solistes vocaux (Genia Kühmeier, Anke Vondung, Michael König, Jochen Kupfer), dont les interventions sont au-dessus de tout soupçon. Gageons que le maître de cérémonie a dû méditer la boutade d’un Debussy maugréant : « Que Beethoven ait eu mauvais caractère n’est pas une raison suffisante pour rendre sa musique ennuyeuse comme un enterrement sous la pluie » ! José Voss

Theater

Die Sammlerin

Claude Reiles

Ein hölzernes Etwas wird in Abständen über die Bühne geschoben, geometrisch kaum definierbar. Das sperrige Teil dient als Hängeleine, Regal, vielleicht auch als Zug. Vielleicht. Einat Landais deutet mit seiner Bühne vor allem an. Wie dieses Holzgetüm, das Nicole Max in ihrer Rolle als Anna herumschiebt, kippt und zerrt, lässt sich auch das welke Herbstlaub nur ansatzweise deuten. Es mag für die Endlichkeit stehen, die jedem Sein, jeder Erinnerung innewohnt und den Text leitmotivisch durchzieht.

Wie die Requisite gestaltet sich Keenes Text *Der Regen* in seiner deutschen Übersetzung von Paul Bäcker als Ansammlung von Andeutungen, die erst dem Ende hin konkreter werden. Von Deportation ist die Rede, von Menschen, die auf dem Weg in Zugabteile ganze Trampelpfade „wie ausgetrocknete Flüsse“ hinterlassen. Und sie, Anna, erzählt von ihren Begegnungen mit diesen Fremden, die der Anwohnerin ihr letztes Hab und Gut vorübergehend anvertrauen. Anna hortet die Taschen, Münzen und Dosen in ihren Zimmern. Sie hat „mehr Sachen als Zimmer“, überlässt ihr Haus den Utensilien. Sie selbst schläft

Daniel Keenes einfühlsamer Text *Der Regen* wird im Kasemattentheater inszeniert – ein Abend in Licht und Schatten

im Hof. Anna wird zur Allegorie der Erinnerung und muss dann doch mit wachsender Überforderung erkennen, dass selbst das hartnäckigste Gedenken im Vergessen endet: „...und versuche, alles so zu erhalten, wie man es mir gegeben hat. Aber es gibt Sachen, die zerfallen einfach. (...) Nur der Staub bleibt ewig.“ Zugleich aber wird gegen Ende das Anonymat gelüftet und die Deportierten bekommen ein Gesicht: Ein junges Paar in feinem Zwirn hinterlässt eine Blechbüchse mit abgegriffenen Geldstücken. Ein Mann mit blauem Glasauge schleicht „gekrümmt und gebogen wie ein Fragezeichen“ an ihr vorbei. Eine Frau vertraut ihr Vogelfedern jeder Art an. Ein Junge schließlich hat den Regen in einem Gefäß gesammelt: „Der Regen gehört Gott. Ich habe ihn für ihn aufbewahrt.“ Der Besitzer ist unauffindbar, außer Dienst.

Der preisgekrönte und mehrfach übersetzte australische Autor Keene (1955) liefert einen Text, der mit seinen lexikalischen Feldern um Deportation und Erinnerung ein dichtes, atmosphärisch geladenes Drama hinterlegt. Es dient als Basis für ein multilinguistisches Projekt, das in mehreren europäischen Ländern inszeniert wird.

Was textlich überzeugt, stört auf anderen Ebenen: Am Anfang dieser stillen *One-Woman-Show* ertönt eine Rückkoppelung in der Tontechnik die Stimme von Nicole Max. Ein Holzgerüst, mit Stofftüchern behangen, löst sich aus seinen herabgelassenen Seilen und knallt auf den Bühnenboden. Unter 30 Zuschauern nickt einer ein und stört mit seinem Schnaufen. Die Sanitäranlagen der Mieter im ersten Stock sorgen Anfangs für befremdliche Zusatzgeräusche.

Mögen diese Zwischenfälle dem Kasemattentheater als hauseigener Charme nachgesehen werden, so ist ein anderer Makel dieses Theaterabends kaum schönzureden: Die Darstellerin ist rhetorisch und mimisch von *Der Regen* überfordert. Hätte die Wahlpariserin sich in der französischen Fassung versucht, hätte sie vielleicht überzeugt – reine Spekulation. Das Spiel ihrer Hände, die mimischen Züge der Desori-



Nicole Max

Saison théâtrale 2019/20

Tomber en enfance

Godefroy Gordet

Le Théâtre ouvert Luxembourg (Tol) avait montré l'année dernière une programmation particulièrement stimulante, outre cette fameuse exception confirmant la règle. Au fil du temps d'ailleurs, le théâtre de la Route de Thionville fidélise son équipe autant que son public. À l'image de cette nouvelle saison qui affiche de nombreux visages bien connus du petit théâtre et quelques « nouveaux » et pas des moindres, qui tâteront les planches du Tol. Cette année, toujours sous l'œil de Véronique Fauconnet, le Tol ficle sa 46^e programmation d'un discours autour de l'enfance et l'enfant, « la filiation, la responsabilité, la quête, la protection, le rêve, la violence, la transmission, l'abus, le socle, la parentalité, la confusion ». Tout ça.

Le Tol part cette année sur quatre créations et ouvre le bal dès la fin du mois avec *Rabbit Hole* – *Univers parallèles* de David Lindsay-Abaire dans une adaptation de Marc Lesage. C'est Véronique Fauconnet qui s'attèle à la mise en scène de ce texte qui nous plonge dans le quotidien d'un couple, Becky et Howard, huit mois après la mort accidentelle de leur fils, tentant de surmonter leur perte et retrouver un sens à leurs vies. Les quatorze dates tenues par Caty Baccega, Romain Gelin, Colette Kieffer, Monique Reuter et Jérôme Varanfrain, ouvriront cette nouvelle saison du Tol sans ambages dans la ligne tracée par le théâtre.

À la mi-janvier, c'est Aude-Laurence Biver – à plusieurs reprises comédienne dans le *line-up* du Tol ces dernières années – qui a été appelée pour monter la seconde création du programme. C'est

La nouvelle saison au Tol affiche de nombreux visages bien connus du petit théâtre et quelques « nouveaux », qui tâteront ses planches

sur le texte *Le Poisson Belge* de Léonore Confino que l'actrice engage ses débuts dans la mise en scène. Depuis Nomophobia présenté au *TalentLab* en 2017, et un assistantat pour Jean Boillot au Nest sur *Tiamat* de Ian De Toffoli, Biver n'avait plus trouvé le chemin de la direction. Néanmoins très prolifique à d'autres niveaux – elle est auteure et comédienne pour le théâtre et le cinéma –, on a hâte de la voir de ce côté du miroir, pour avoir été convaincu par le reste. Le duo Juliette Allain (dirigée par Sivadier et doubleuse sur certaines grosses production hollywoodiennes) et Régis Laroche (magnifique dans *La vie trépidante de Laura Wilson* et ancien permanent du Nest) prendront à bras le corps ce texte mettant en scène un vieil homme solitaire perturbé par l'intrusion d'une jeune fille s'invitant dans sa vie, pour une confrontation délicate entre les âges et personnalités.



L'annonce pour la soirée *Mort aux cons* !

Fauconnet retourne à la mise en scène en avril au Théâtre National de Luxembourg – des collaborations entre les deux scènes devenues « de tradition » – pour y monter *Objet d'attention* de Martin Crimp. Une pièce qui se joue du théâtre par le biais d'un drame de vie plutôt banal de prime abord. Dans cette dynamique d'équipe, qu'on mentionnait plus haut, elle s'entoure des « belles gueules » de la scène luxembourgeoise... Logiquement, Aude-Laurence Biver (qui va définitivement passer plus de temps sur scène que chez elle cette année), Rosalie Maes (qu'on avait adorée dans *Pièce en plastique* au Centaure en janvier dernier), Matila Malliarakis (un nouveau venu au Grand Duché qui montre un CV impressionnant pour son âge), Catherine Marques (brillante dans *Vincent River*, Tol, 2018 et *Roberto Zucco*, Opéra-Théâtre de Metz, avril 2019) et Brice Montagne

(qui avait été très bon dans *Terreur* au Centaure en juin dernier¹).

Jérôme Varanfrain (définitivement de la « team Tol »), passera du plateau à la salle pour monter *Comme s'il en pleuvait* de Sébastien Thiéry. Une comédie où nos fantasmes d'enfants s'entrechoquent avec nos frustrations d'adultes, intégrant pleinement la ligne « Toliennne » de cette année. Un texte porté par les comédiens Steeve Brudey (déjà passé par le Tol à plusieurs reprises), Myriam Gracia (qui gravite depuis un moment entre Neimënster, le Centaure et le Tol) et Colette Kieffer (bien connue du public luxembourgeois). Une pièce entre absurde et boulevard qu'on aborde néanmoins avec un certain recul face à l'angoisse de trouver une pièce grossière et bourrée de clichés, à l'image de *Momo*, l'une des dernières de Sébastien Thiéry, adaptée en – très mauvais – film en 2017.

On ne se réjouit jamais vraiment de trouver des reprises dans la programmation d'une scène de création. Autant que le Centaure cette saison, Le Tol n'y échappe pas non plus et s'oblige à faire de la place à deux spectacles créés l'an passé. Le divertissant et bien tenu *Un dîner d'adieu* de Alexandre de la Patellière et Matthieu Delaporte, mis en scène par Véronique Fauconnet. Un spectacle qui marche, certes, mais n'affiche pas les mêmes prétentions que les susmentionnés. En reprise également, le *Mais sois sans tweet* de Claude Frisoni. Un spectacle à l'humour potache, plein de drôleries, certes, mais qui n'avait franchement pas besoin de trouver d'autres dates.

Néanmoins, deux spectacles en accueil envoient cette bouffée d'air qu'on cherchait. *L'ouvrir*, le seul-en-scène de la Suisse Isabelle Bonillo, sur l'histoire d'une quinquia faiblarde qui décide de l'ouvrir et le spectacle lorrain chanté *Vive la commune* pour clôturer la saison.

En sus, la belle idée de coproduction entre le Tol, le Théâtre du Centaure et le Théâtre des Casemates, devenue aussi tradition, ravivera la flamme des plus fêrus et exigeants spectateurs. Cette année c'est autour du leitmotiv « Morts aux cons ! » que les trois structures proposent une lecture de plusieurs textes sur la bêtise humaine avec à l'affiche quelques grands noms tels que Nietzsche, Flaubert, Brassens, Barthes, Brel...

Et puis, le Tol reprend son travail auprès des lycées, à nouveau autour de *La Malle de Molière* – un spectacle qui avait trouvé un beau succès dans les lycées la saison précédente – et accueille deux spectacles scolaires des ateliers de théâtre du Lycée Michel Rodange : *Dans les coulisses du pouvoir* et *One-Act Theatre*. Une belle manière de transmettre aux jeunes la richesse du théâtre et surtout, en tant que scène théâtrale soutenue par le ministère de la Culture, la Ville de Luxembourg et le Fonds Culturel National, d'assumer son rôle dans le paysage culturel luxembourgeois.

¹ La pièce est en tournée le 18 octobre au Kinneksbond de Mamer et les 23 et 24 octobre au Kulturhaus de Niederanven.

Programme et réservations sous www.tol.lu

Exposition

Eisenstein au prisme de l'histoire de l'art

Loïc Millot

Pour sa première exposition monographique dédiée à un cinéaste, en l'occurrence Sergueï Eisenstein, le Centre Pompidou-Metz a fait preuve d'une audace rare parmi les institutions promouvant l'art moderne. Il est vrai que l'utopie communiste ne fait plus rêver grand-monde, et peut-être moins encore les plus jeunes générations. À l'ère des séries Netflix, les films de Sergueï M. Eisenstein, fondus dans un noir et blanc âpre et humide, innervés de gestes fiévreux d'ouvriers, hystérisés par la vélocité du découpage, et toujours agissants sur les émotions du spectateur, semblent venir d'un autre monde. D'un temps où la classe ouvrière était un sujet politique de premier plan et sur lequel s'érigait une nouvelle conception de l'Homme et de sa place dans l'Histoire.

Dispersée dans de multiples tâches épisodiques avec la désindustrialisation, la classe ouvrière peine aujourd'hui à exister politiquement. La situation que nous connaissons ici rend donc particulièrement émouvante – et définitivement anachronique, semble-t-il – la lecture des énoncés mis en exergue par Eisenstein dans *La Grève* : « L'organisation est la force de la classe ouvrière. Sans l'organisation des masses, le prolétariat est nul. » Sur un tel programme se sont fondés aux quatre coins du monde les espoirs d'émancipation de plusieurs générations d'hommes et de femmes. C'est d'ailleurs l'un des intérêts de cette manifestation : revoir, re-garder, à la lueur du présent, ces films réalisés dans la passion révolutionnaire des années 1920, grâce à la rétrospective complète qui accompagne la manifestation.

On entre dans l'exposition Eisenstein comme on pénètre ses écrits sur l'art. Si elle n'est pas incontournable, la lecture de ses textes réunis en France sous le titre *Cinématisme* pourra toujours faciliter cette vaste exploration d'objets, de dessins et de tableaux placés dans un rapport d'équivalence. Un cabinet de curiosités prend ainsi forme, tout droit sorti de l'imaginaire du cinéaste. Salle après salle, on marche dans les pages du théoricien compulsif, du démiurge à l'inépuisable érudition dont la créativité fut empêchée

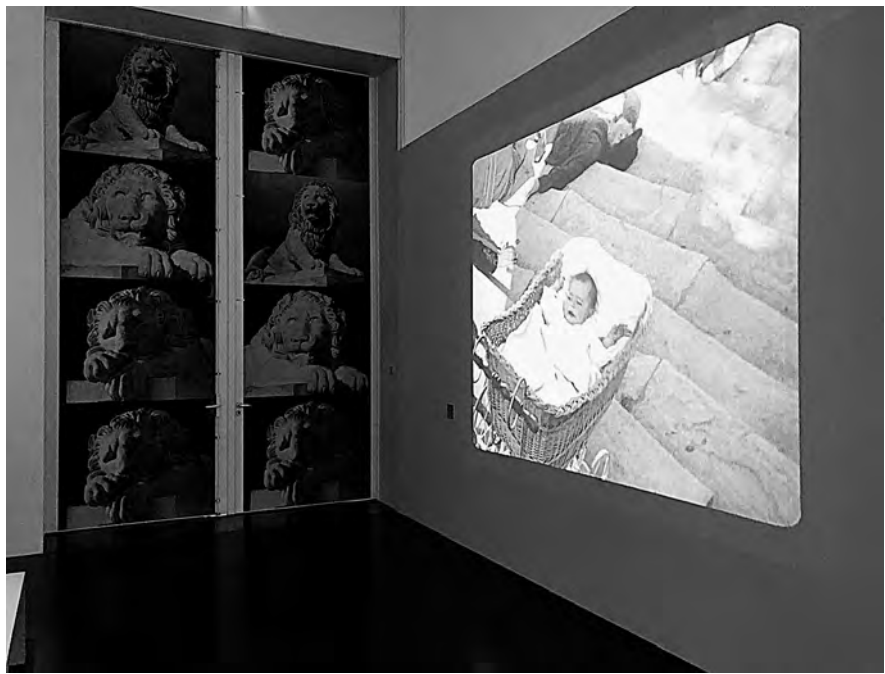
par le régime soviétique. Sa passion pour les arts et les cultures les plus variées se prête à de multiples configurations spatiales, comme en témoigne le travail accompli des deux commissaires de l'exposition : Ada Ackerman et Philippe-Alain Michaud. Les points d'appui de sa pensée se dressent devant nous : là, musculeux plébéen, tel *Esclave mourant* de Michel-Ange venu du Louvre, qui semble anticiper la gloire virile et sensuelle du Brando à T-shirt blanc de *Streetcar named Desire* (1951). Plus avant, on rencontre en chemin les icônes orthodoxes logeant dans les arrière-plans d'*Ivan le Terrible* (1944-1946), mais aussi des caricatures de Jacques Callot, artiste que l'on connaît bien en Lorraine, ou encore d'Honoré Daumier – sur lequel a porté la thèse de doctorat d'Ada Ackerman, en rapport avec l'œuvre d'Eisenstein. Sans oublier les *Prisons imaginaires* de Piranèse dont s'est inspiré Eisenstein pour fabriquer les logements ouvriers de *La Grève*. Parmi les tableaux convoqués par Eisenstein dans ses écrits figurent trois pièces importantes, que l'on se réjouit de trouver face à nous. À l'heure où le Grand Palais se prépare à accueillir une vaste exposition au peintre de Tolède, on peut contempler deux toiles du Tintoret ainsi que le *Christ au Jardin des Oliviers* du Greco, tableau que le maître soviétique cite et analyse dans l'article « El Greco y el cine », rédigé en septembre 1937.

Photogramme après photogramme, Eisenstein scrutait chaque composition, chaque prise de vue opérée par son fidèle opérateur, Edouard Tissé. C'est ce geste liant l'œil à la main, la pensée à l'image, qui est à l'affiche de la manifestation. La succession des images cinématographiques répond au principe de conflit, notion au cœur de la dialectique eisensteinienne. Celle-ci se décline diversement : conflit graphique, lorsque les lignes se croisent au sein même de la composition, conflit de lumière opéré par des jeux de contrastes, ou encore, parmi bien d'autres possibilités, conflit de volume ou entre les différents plans de la représentation. Ce sont là autant de moyens de dynamiser les images et de produire artificiellement des effets sur le spectateur.

À l'ère des séries Netflix, les films de Sergueï M. Eisenstein, fondus dans un noir et blanc âpre et humide, innervés de gestes fiévreux d'ouvriers, semblent venir d'un autre monde

D'Eisenstein à Vertov, de Poudovkine à Esther Choub, le montage est à cette époque le maître-mot des cinéastes soviétiques. Là où le cinéma hollywoodien applique un montage transparent, simple véhicule au service du récit, nos révolutionnaires rendent à l'inverse sensible ce procédé. Dès son premier long-métrage, *La Grève*, qu'il réalise à 26 ans, Eisenstein s'y applique pour la fameuse scène de la Boucherie : le massage des ouvriers par l'armée du tsar entre en analogie avec le sort d'une vache menée à l'abattoir. Ainsi, quand il ne traverse pas des siècles d'histoire de l'art, le spectateur marche dans les images d'Eisenstein, dans l'intimité du matériau, levier de la lutte des classes.

L'Œil extatique. Sergueï Eisenstein, cinéaste à la croisée des arts, du 28 septembre 2019 au 24 février 2020. Centre Pompidou-Metz, parvis des Droits de l'Homme.



Un cabinet de curiosités prend ainsi forme, tout droit sorti de l'imaginaire du cinéaste. Salle après salle, on marche dans les pages du théoricien compulsif, du démiurge à l'inépuisable érudition dont la créativité fut empêchée par le régime soviétique

STIL

Vivre ensemble
au Grand-Duché

Living in Luxembourg is all about buying pastries for tomorrow's breakfast



L'endroit

Il nous arrive de nous interroger sur ce qu'un resta es devenu après qu'un Chef illustre s'en est détourné pour vaquer vers d'autres lieux. Comme par exemple la **Aal Schoul** de Hobscheid, après que Thomas Murer l'a quittée pour ouvrir la Villa à Steinfort (photo : GD). Nous sommes donc retournés dans l'auberge du traiteur-boucher Kirsch pour en avoir le cœur net. Un peu inquiets que les salons furent presque vides un dimanche à midi, nous fumes vite rassurés vers les 13 heures lorsque le local affichait complet comme avant. Le responsable principal, excellent sommelier par ailleurs, livra les moindres détails au sujet du menu qui, on l'aurait deviné, fait la part belle à la viande et surtout au bœuf. Le fameux tomahawk est particulièrement recommandé, mais son prix étant élevé (140 euros pour une pièce de un kilo 350), on peut tout aussi bien se replier sur la formule du menu surprise qui revient à 60 euros, avec amuse-bouche, deux entrées plus plat, pré-dessert et dessert. Plutôt une bonne affaire, quand on a droit à du tataki de bœuf, du foie gras poilé aux champignons, un mignon de veau aux légumes et une bonne tartelette meringuée au citron plus sorbet. Si, pour la préparation, il manque désormais la petite touche spéciale Murer, il faut reconnaître que l'exécution est fine, les légumes croquants, le service souriant, les vins de qualité. Le sieur Kirsch n'a donc pas à craindre pour l'avenir de son resta, sa viande est excellente et semble encore plaire malgré la montée de la tendance végétarienne ou vegan. GD



L'endroit

Il est ouvert depuis un moment et ne désemplit pas. Si la clientèle reste fidèle à l'hôtel-restaurant **Airfield**, qui est situé dans l'ancien pavillon de chasse de la famille grand-ducale à côté de Cargolux et à un saut de l'aéroport, ce n'est pas en premier lieu à cause de sa proximité avec le Findel. Les travaux qui ont été apportés à la maison se laissent voir, l'intérieur dépouillé (photo : GD) avec ses grandes vitres et quelques tableaux contemporains agréables à regarder (ce qui est loin d'être le cas dans tous nos restos), créant une atmosphère élégante et conviviale. Et le service y est aussi professionnel que décontracté. Le contenu de la carte est fort réduit, il est vrai, mais les produits sont de première qualité, les préparations bien exécutées, les assiettes dressées avec soin. L'atout numéro un, et cela ne regarde que l'auteur de ces lignes, est pourtant le talent du barman, qui présente un choix de cocktails plus inédits les uns que les autres et les mixe avec amour et doigté. Lorsque vous lui demandez pourquoi un tel est nommé « this is not a Moscow mule », il vous répondra tout de go que ce cocktail est une vraie tricherie, vu qu'il se compose uniquement de *ginger beer*, en général trop sucrée, et de vodka, et que cela ne demande aucun talent de préparer un drink si simple à un prix en moyenne exorbitant. Il vous en préparera un aux fruits des bois, saupoudré au *crumble*, dont vous vous souviendrez longtemps après et vous ne regretterez à aucun moment les quinze euros d'investissement. www.airfield.lu GD



Le blog

Troisième agglomération belge après Bruxelles et Anvers, Liège n'est, certes, pas le plus grand joyau urbain de la région wallonne, mais se réjouit d'une bonne réputation en ce qui concerne la convivialité et l'art de faire la fête. La légende veut que bon nombre de brasseries restent ouvertes toute la nuit, ce qui a amené pas mal de nos compatriotes à s'y exiler le temps d'un week-end pour se goinfrer de frites, de gaufres, mais surtout aussi de gueuze. Jeune couple aimant voyager, Fiona et Anthony, originaires du chef-lieu de la province, ont décidé un jour de dédier un blog à leur ville aimée. À part y révéler des adresses intéressantes et souvent alternatives, en bons globe-trotters ils font aussi part de leurs meilleures adresses à l'étranger. Leur choix est très personnel, mais en trois chapitres scindés ils ont réussi à me donner envie de repartir à Berlin, ville que j'adore aussi et dont je croyais connaître tous les recoins, mais dont je rajouterai des adresses à mon agenda grâce au couple liégeois. Les vegans auront aussi intérêt à consulter www.localove.be, car en matière de restauration, les bloggers semblent être surtout à la recherche d'une cuisine saine et sans viande. Une mode plus éthique et un mode de vie plus respectueux (zéro déchet, petits artisans, producteurs locaux) faisant aussi partie des recommandations, ce petit blog simple mais sympa et pratique est donc à conseiller à celles et ceux qui ont envie de (re)découvrir la ville du « oufti », fameuse expression locale. GD

Jeffrey Palms

The following is an addendum to the citizenship course required for candidates seeking the Luxembourgish nationality.

Living in Luxembourg is all about getting letters from various ministries and institutions. You might call the ministry, they might demand an email, you might write that email – and then, a week later, you might find two or three envelopes jammed into your letterbox in response. Sometimes, you receive a letter whose sole function is to specify in which future week you will be sent another letter. In Howald, the *Brëjdréier* drives around in a little solar car.

Living in Luxembourg is all about referring to the *Schueberfouer* as "the Shooob" because it is otherwise unpronounceable.

Living in Luxembourg is all about discussing Luxembourg. You must relentlessly discuss the country because, it being so small, everyone is quick to define it. Germans will say it's like Germany but better; the French will say it's like France but worse. You will hear that it is too rich to be good, too tiny to be bad, too comfortable to be interesting, too unique to be boring. You will not hear much about roadtripping through it on a mysterious voyage of discovery.

Living in Luxembourg is all about respecting your neighbor. Better to respect than to befriend, because friends can always become enemies.

Living in Luxembourg is all about bringing the bill up to the counter because the waiter doesn't come round very often.

Living in Luxembourg is all about debating whether its internationality unites or divides it. Bridging cultures is second nature in the Grand Duchy, but the question is this: does a bridge connect two mainlands as one, or pass over a vast gulf of meaning below?

Living in Luxembourg is all about laughing at anyone who believes the tram will really fix the city's traffic problems.

Living in Luxembourg is all about apologizing for your language mistakes.

Living in Luxembourg is all about attending weddings that are oriented towards hooking shy guests up with each other. You play embarrassing games themed for couples, and get your photo snapped in pairs as you exit the ceremony. All summer long, drunken guests carouse at the Orangerie.

Living in Luxembourg is all about running into someone you know at the Findel.

Living in Luxembourg is all about having opinions about Luxembourgish. Some call it a German dialect, some call it a crass language for villagers, some don't call it anything. Some are champions of its grammar, orthography, and tradition, while others laugh it off as a casual tongue that has no literary quality and probably never will. Regardless of all that, the first question that learners are asked is: why?

Living in Luxembourg is all about knowing somebody who has been on the radio.

Living in Luxembourg is all about picking up words in Portuguese, Polish, and Italian.

Living in Luxembourg is all about buying pastries for tomorrow's breakfast from bored, annoyed clerks.

Living in Luxembourg is all about finding out from the Luxembourgish teachers at the INL how far they will go to favor Luxisms: *probéieren* beats *versichen*, but *Stiebsuckeler* would be an absolute joke. It is permissible to use *dass* instead of *datt*, but you will be told frequently that it is, in fact, German. One teacher rattled out a colleague who says *stolz* instead of *hou-freg*, and the whole class, aping him, chuckled.

Living in Luxembourg is all about scenes and circles. Expat clubbers run into each other at the same bars, weekend after weekend; merely by traveling the same drinking circuit, they form a familiar community. Meanwhile, Luxembourgish colleagues drive to each other's flats for dinner parties, introducing friends and cousins who discover other friends and cousins in common. Musicians, joggers, writers, and people who like craft beer see each other at the same events. Everyone sees everyone, eventually, on Bus 16.

Living in Luxembourg is all about dating a foreigner whom you met on *Tinder*.

Living in Luxembourg is all about believing that the weather is constantly rainy, even though it isn't. It simply isn't that bad. Sure, Madrid is sunnier, but Glasgow is devastatingly gloomier. On Sunday afternoons, rays of sunshine filter down through the trees, warming up dogwalkers and their dogs. On rainy weekdays, thirty minutes introduce themselves to your commute.

Living in Luxembourg is all about joining a trail of cars stuck behind a tractor.

d'Land méi mobil

Désormais, les abonnés peuvent lire le Lëtzebuerger Land sur leurs iPad et iPhone, ainsi que sur leurs portables et tablettes pourvus du système d'exploitation Android. Il suffit de télécharger l'application dans l'App Store de Apple ou dans le Play Store de Google.

www.land.lu


DIE

W A R U M S A M M L E R G E C E

LE RETOUR DE LA FINANCE ISLAMIQUE

ON ESPÈRE QUE LE GOUVERNEMENT TENDRA UNE NOUVELLE FOIS LA MAIN À LA FINANCE ISLAMIQUE EN ÉMETTANT, PAR EXEMPLE, UN DEUXIÈME SUKUK EN MARGE DE DUBAÏ 2020.

VORN

ALS	N
-----	---



MONDE
VERT

LA

Index

23

Die Waffe als Anlage

Warum Sammler gegen das neue Waffengesetz kämpfen

Pol Schock

24

Le sukuk retourne sur la place

Nouvel essai pour la finance islamique

Pierre Sorlut

25

Blick nach vorn

Lebenslanges Lernen als Investition

Ines Kurschat

26

Même repeint en vert

Le capitalisme ne sauvera pas le monde

Jean-Sébastien Zippert

27

Le point de non-retour

Que restera-t-il des maisons de rêve construites par les émigrés au Portugal dans les années 1970-1990 ?

Bernard Thomas

28

Too little too late ?

Interview avec Robert Scharfe, directeur de la Bourse de Luxembourg, sur la finance verte et le greenwashing

Bernard Thomas

Coordination : Bernard Thomas

Photos : Sven Becker

Stranded Assets

Bernard Thomas

La problématique des « stranded assets » traverse ce supplément comme un fil d'Ariane. Les armes à feu historiques que l'ancien ministre de la Justice, Felix Braz (Déi Gréng), voulait faire « neutraliser », quitte à en anéantir la valeur marchande (page 23) ; les maisons des émigrés au Portugal, vides onze mois sur douze, leurs propriétaires ayant abandonné le rêve du retour (page 27) ; l'industrie fossile, dont la valorisation future semble pour le moins incertaine (pages 26 et 28), puisqu'une grande partie de ses réserves pétrolières devront rester sous terre (du moins si l'espèce humaine veut survivre).

Le ministre des Finances Pierre Gramegna (DP) réfléchit à réduire la taxe d'abonnement pour les fonds « verts ». Une hausse de cette taxe pour les fonds « bruns », investissant dans l'industrie fossile, semble par contre taboue. Le directeur de la Bourse de Luxembourg, Robert Scharfe, met en garde contre des « mesures restrictives trop sévères » : Car, rappelle-t-il, le marché est « libre », le capital « flexible ». Sous-entendez : il aura vite déguerpi vers Dublin ou Singapour. Pour Scharfe, tout passera par l'éducation des investisseurs, dont il espère la conversion, dans un avenir plus ou moins proche (« vous n'allez pas changer la finance du jour au lendemain »), à la finance verte.

En attendant, Exxon annonce commencer en 2020 l'exploitation, au large du Guyana, de gisements équivalents à ceux de la Norvège. Certaines transitions technologiques – des chevaux aux voitures, des téléphones aux portables – se sont déroulées à une vitesse étonnante. Or, il y a également des contre-exemples. En 1776, l'Écossais James Watt

breveta sa machine à vapeur alimentée par le charbon. Soixante ans plus tard, le charbon ne représentait que cinq pour cent de l'énergie au niveau mondial. Il n'atteindra les cinquante pour cent que vers 1900.

En absence d'une obligation de *reporting* sur l'impact environnemental des fonds d'investissement, personne ne semble en mesure de fournir une estimation sur l'exposition de la place financière à l'industrie fossile. Or, la transition écologique constitue un risque systémique ; plusieurs centaines de milliards d'euros domiciliés au Grand-Duché pourront finir en « stranded assets ». Dans une étude publiée en 2018, l'ONG Greenpeace écrivait : « It is unclear how substantial potential losses in the value of fossil-heavy assets managed by Luxembourg-domiciled funds would affect the Luxembourg national economy and macro-finances ; but given the fund sector's huge size to the economy caution, transparency and preparedness is highly recommended. »

Pendant ce temps, le gouvernement lance une énième tentative pour attirer les pétrodollars du Golfe. La place financière rêve d'un deuxième *sukuk*, c'est-à-dire un emprunt souverain soi-disant « shariah-compliant » (page 24). Le premier *sukuk*, émis en 2014 à hauteur de (seulement) 200 millions d'euros, avait modifié, par un jeu d'écriture comptable, l'intérêt (considéré *harâm*) en *lease-back* immobilier. Quant à la *zakat*, l'obligation islamique de prélever un impôt annuel sur la fortune, elle intéresse beaucoup moins les banquiers. Selon la doctrine luxembourgeoise, l'impôt sur la fortune est strictement *harâm*.

FNR AWARDS 2019

FRIDAY 18H
ESCH/BELVAL
25.10
2019

Let's celebrate science!

Register

before the 21 October on www.fnr.lu

Venue: Halle des Poches à Fonte - Esch/Belval
Avenue du Rock'n'Roll / Avenue des Hauts-Fourneaux
L-4361 Esch-sur-Alzette

 Fonds National de la
Recherche Luxembourg

Warum Sammler gegen das neue Waffengesetz kämpfen



Martin Linster

Justizminister Braz musste im Sommer eine Niederlage einstecken, in seinem Bestreben den Waffenbestand zu reduzieren

Die Waffe als Anlage

Pol Schock

Streit Als der damalige Justizminister Félix Braz im März (déi Gréng) den Gesetzentwurf 7425 im Parlament hinterlegte, wussten sie, dass sie aktiv werden müssen: Sportschützen, Jäger, Waffensammler. Die, die im Ausland gemeinhin als Waffenlobby bezeichnet werden. Sie trafen sich und beschlossen, eine Kampagne zu starten. Denn der Entwurf des grünen Ministers war nichts weniger als eine Kampfansage an die Waffenbesitzer in Luxemburg.

Wer mit ihnen reden will, erhält als Vorabhinweis: „Wir sind keine Rambos, keine Waffennarren, keine Cowboys.“ Sie wollen nicht missverstanden werden. Es handelt sich bei Waffen keineswegs um Spielzeug, sondern um potentiell gefährliche Objekte. Aber Waffen sind ihr Hobby, und das soll auch so bleiben.

Von Mitte März bis Mitte Juli tobte ein Konflikt zwischen Waffenlobby und dem grünen Minister: in den sozialen Medien, in der Presse, im Parlament. Und schließlich auch im Staatsrat. Es war ein Ringen und Zerren um die Gunst der öffentlichen Meinung mit dem Ziel, die Gesetzgebung zu beeinflussen. Und es war das okkulte Gremium aus dem 19. Jahrhundert, das den Streit vorerst zugunsten der Waffenbesitzer entschied. Der Staatsrat belegte den Entwurf zum neuen Waffengesetz mit 19 *Oppositions formelles* und bremste damit das ambitionierte Vorhaben von Justizminister Braz aus, den Waffenbestand in Luxemburg zu minimieren durch die wohl restriktivste Gesetzgebung in Europa.

Bataclan Der Hintergrund dieser Geschichte ist die so genannte Bataclan-Richtlinie. Am 13. November 2015 starben 90 Menschen im Pariser Club Bataclan bei einem Attentat. Wie schon 2011 bei den Terroranschlägen in Norwegen wurden die meisten Opfer nicht mit Sprengstoff, sondern mit Handfeuerwaffen ermordet. Die

Manche Sammler verfügen über eine Privatsammlung mit historischen Objekten im Wert von 50 000 Euro

europäischen Regierungen sahen das als Anlass, politisch zu reagieren. Und sie einigten sich darauf, eine Richtlinie auszuarbeiten, um die Anzahl der Waffen in der EU zu reduzieren. Nach dem Grundsatz: je weniger Waffen, desto besser.

Es dauerte rund anderthalb Jahre, bis die Bataclan-Richtlinie im Rat und im EU-Parlament zur Abstimmung gebracht wurde. Dabei sprachen sich drei Staaten überraschenderweise dagegen aus: Tschechien, Polen – und Luxemburg. Während Tschechien und Polen sich generell gegen eine Verschärfung des Waffenrechts stemmten, war die Motivation von Luxemburg eine vollkommen andere. Justizminister Félix Braz ging die Richtlinie nicht weit genug. Er sprach damals von einem „faulen Kompromiss“. Der Waffenlobby sei es gelungen, den Text zu verwässern. Was ihn störte: Der Text verschärfte zwar den Erwerb neuer Waffen – für alte Waffen, die vor dem 13. Juni 2017 erworben wurden, galten jedoch die früheren Regeln. Es war eine Verlängerung des Status quo.

Laut europäischen Verträgen müssen die Staaten die Richtlinie in nationales Recht umsetzen, haben dabei aber einen gewissen Spielraum. Und Braz hatte diesen genutzt. Der Entwurf, den der

Minister im März vorlegte, ging deutlich über die Richtlinie hinaus. Die Sonderregelung für Waffen vor 2017 etwa hat er getrost ignoriert. Der Entwurf macht keinen Unterschied zwischen „neuen“ und „alten“ Waffen. Und er macht auch keinen Unterschied zwischen historischen Militärwaffen zu Sammelzwecken und modernen Waffen. Maschinengewehre aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg sollten fortan auf dem Index stehen.

Zudem definiert der Entwurf sehr detailliert in 37 Kategorien, was erlaubt ist und was nicht. Der Kauf halbautomatischer Waffen mit großem Magazin oder einer gewissen Länge wäre künftig nicht mehr möglich. Doch nicht nur Feuerwaffen, auch viele Blankwaffen wie Messer und Dolche sollten verboten werden.

Neutralisierung Félix Braz hatte sich mit seinem Alleingang mächtige Feinde gemacht. In Luxemburg gibt es rund 15 000 Waffenbesitzer quer durch alle Schichten: Arbeiter, Handwerker, Beamte, Ärzte, Anwälte, Parlamentarier. Sie sind hervorragend vernetzt, gut organisiert und gehen äußerst professionell vor, um ihren Einfluss auszuüben. „Die Grünen wollen den privaten Waffenbesitz vollkommen verbieten“, hieß es etwa damals von Pit Kaiser, dem Präsident der Scal, der Gesellschaft der Waffensammler in Luxemburg, die rund 170 Mitglieder zählt. Kaiser sowie viele andere Waffenbesitzer zeigten zwar grundsätzlich Verständnis für ein neues Gesetz, aber der Entwurf von Braz war für sie eine „vollkommene Übertreibung“. Der Minister würde über das Ziel hinausschießen, so der Tenor.

Das Problem der Waffenbesitzer lässt sich vor allem unter einem Begriff subsumieren: „Neutralisierung“. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass unerlaubte Waffen „neutralisiert“ werden müssen. Das heißt, sie müssen so entstellt werden, dass sie nicht mehr gebrauchsfähig sind. Dadurch verlieren diese historischen Objekte laut Kaiser ihre

„Seele“, ihren kulturhistorischen Kern, aber vor allem ihren Wert. Zustand, Geschichte und Provenienz eines Objektes sind jedoch für den Wert einer Waffe entscheidend. Auf dem internationalen Markt lässt sich mit den entstellten Sammlerobjekten kein Gewinn mehr erzielen. Die Sammler sprechen deshalb von „Enteignung“.

Zukunft Und der Staatsrat gab den Waffenbesitzern in ihrer Argumentation recht: Er stellte unter anderem die Neutralisierung von historischen Waffen in Frage und sah darin die Eigentumsrechte der Besitzer gefährdet. Tatsächlich gibt es in Luxemburg offiziell rund 95 000 Waffen, die sich auf knapp 15 000 Waffenbesitzer aufteilen. Manche Sammler verfügen über eine Privatsammlung mit historischen Objekten im Wert von 50 000 Euro, heißt es aus Kreisen von Waffenbesitzern. Sie betrachten ihre Waffen als Anlage. Darunter sind Experten zufolge auch viele Waffen aus dem Zweiten Weltkrieg, die nach dem Abrücken der Streitkräfte in den Wäldern des Öslings herum lagen. Der Gesetzentwurf sah zwar eine Übergangszeit von wenigen Jahren vor, die es den Sammlern erlauben würde, ihre entstellten Originale auf den Markt zu bringen, aber das überzeugte den Staatsrat nicht.

Justizminister Braz musste demnach eine Niederlage einstecken, in seinem Bestreben den Waffenbestand zu reduzieren. Im Sommer führte er weitere Gespräche und begann den Text, mit Blick auf die Kritik des Staatsrats zu überarbeiten. Braz wird aufgrund der Folgen eines Herzinfarkts nicht mehr als Justizminister zurückkehren, nun liegt das Dossier bei der neuen Justizministerin Sam Tanson. Aktuell habe das Waffengesetz nicht oberste Priorität, heißt es aus Kreisen der Justizministerin. „Es gibt noch kein neues Datum, wann der Text wieder im Justizausschuss debattiert wird“, sagt Stéphanie Empain (déi Gréng), die designierte Berichterstatterin des Gesetzes. Doch insgeheim gilt: Es gibt eine Zukunft für Waffensammler in Luxemburg.



VOUS PROJETEZ D'ACHETER, DE VENDRE
OU DE LOUER UN BIEN IMMOBILIER
AU LUXEMBOURG.

BIENVENUE À L'AGENCE MIM FEITLER.
BIENVENUE CHEZ VOUS.



mim feitler immobilière

Mim Feitler Immobilière s.à r.l. 26, rue Marguerite de Brabant L-1254 Luxembourg
Tél : +352 26 38 76-1 Fax : +352 26 38 76-76 info@agence-feitler.lu

Le retour de la finance islamique

الصكوك من جديد على الساحة المالية



Le premier sukuk luxembourgeois, émis en 2014 par le gouvernement, avait porté sur deux tours, Porte de l'Europe au Kirchberg

Pierre Sorluf

Les amis et l'éthique Le ministre des Finances, Pierre Gramegna (DP), prononcera le 11 novembre prochain le discours d'introduction au Sukuk Summit, une conférence organisée au Grand-Duché par la Banque islamique de développement (BID), institution financière qui rassemble 57 États membres et dont le but est de soutenir le « développement humain dans le monde musulman ». C'est un gros machin. La capitalisation de la BID s'élève à 100 milliards de dollars islamiques (monnaie virtuelle dont la valeur équivaut à celle des droits de tirage spéciaux du Fonds monétaire international, soit 80 milliards d'euros environ aujourd'hui). Ses principaux contributeurs sont l'Arabie saoudite (23,5 pour cent), la Libye (9,43 pour cent), l'Iran (8,25 pour cent), le Nigeria (7,66 pour cent), les Émirats arabes unis (7,51 pour cent) et le Qatar (7,18 pour cent).

L'événement, « organisé en partenariat avec le ministère des Finances du Luxembourg », lit-on sur sukuksummit.org, rassemblera des ministres, des gouverneurs de banques centrales, des dirigeants d'entreprises, des chercheurs et des experts pour discuter des derniers développements mondiaux liés à la finance islamique, une finance conforme au principe de la Charia, et notamment des sukuk, des titres de dette qui répondent aux mêmes exigences. Elles se fondent sur cinq piliers. Trois interdictions : l'intérêt, l'illicite et la spéculation. Deux obligations : adosser les transactions à des actifs tangibles et partager les bénéfices et les pertes.

Le Luxembourg s'était résolument lancé dans cet axe de diversification au sortir de la crise financière il y a dix ans. Cette finance éthique et responsable, avec notamment des niveaux d'endettement moindres, avait mieux traversé le traumatisme des *subprimes*. En recherche d'argent frais comme les places concurrentes, la caravane de la finance luxembourgeoise avait regardé du côté du Golfe persique (en sus de la Chine, de la Russie et de l'Amérique du Sud). Le Grand-Duché a par exemple trouvé dans le désert qatarien, par l'intermédiaire du binôme Albert Wildgen (avocat d'affaires

On espère que le gouvernement tendra une nouvelle fois la main à la finance islamique en émettant, par exemple, un deuxième sukuk en marge de Dubaï 2020

faire et administrateur des biens du Grand-Duc) - Luc Frieden (ministre des Finances de 2009 à 2013) les capitaux pour renflouer sa compagnie de fret aérien, Cargolux, et la Banque internationale à Luxembourg (dont Luc Frieden prendra la présidence quelques années plus tard, avant le départ des Qataris, les poches bien remplies).

Gouverneur conquis La banque privée, les avocats et les fonds d'investissement regardaient avec le plus d'envie l'oasis financier arabe et les pétromonarches, ces personnes ultra fortunées censées remplacer les dentistes belges. Toutes les grandes boîtes (Arendt & Medernach, Deloitte, PwC, KPMG, etc.) ont publié leur brochure « Islamic Finance : Luxembourg, a hub ». Dans sa volonté de devenir la porte d'entrée des flux financiers en Europe, le pays se présentait régulièrement dans les pays du Golfe précédé de son prince puis grand-duc héritier Guillaume. Sufian Bataineh, expert en la matière au Luxembourg depuis cette époque, se souvient qu'Yves Mersch, alors gouverneur de la Banque centrale, a très fortement sensibilisé l'ensemble des acteurs à la finance islamique en tant que telle. Celle-ci pesait quelque 750 milliards de dollars dès 2008 et le potentiel réservoir d'investissement dans les pays du Golfe et en Asie du Sud-

Est, où vivent les principales communautés musulmanes, s'établissait alors déjà à 5 000 milliards de dollars, « des placements éthiques basés sur la Charia qui n'ont, jusqu'à maintenant, pas été visés par le secteur bancaire traditionnel », déclarait le directeur de la BCL Yves Mersch au cinquième forum Belgique-Luxembourg et pays arabes à Bruxelles le 17 novembre 2009.

La Banque centrale du Luxembourg s'était en fait engagée très tôt sur le sentier de la finance islamique, dès 2005, avec des formations organisées avec l'Islamic Financial Services Board (IFSB). Le gouvernement a pris la suite. Il s'est assuré que les transactions conformes à la Charia bénéficieront d'une neutralité fiscale. Dans des communications sur le fil du rasoir, la Commission de surveillance du secteur financier (CSSF) s'est montrée ouverte aux investisseurs respectueux de l'Islam. Dans une circulaire, le régulateur explique ainsi que les « OPC Sharia » prévoient généralement un « conseil Sharia » dont les attributions doivent être précisées dans le prospectus du fonds et dont l'identité des membres doit être communiquée à la CSSF. Celle-ci précise toutefois qu'en tant « qu'institution laïque et en l'absence de capacités d'appréciation spécifiques des préceptes de la Sharia » il ne lui revient pas « de porter un jugement de fond sur la conformité de la politique d'investissement d'un OPC Sharia par rapport aux enseignements de la Sharia ».

Mais le gouvernement a surtout fait voter une loi pour que le Grand-Duché devienne le premier pays non musulman à émettre une obligation d'État en euros répondant aux préceptes de l'Islam. La loi 6631 du 12 juillet 2014 (déposée en décembre 2013, soit quelques semaines à peine après l'arrivée de la coalition DP, LSAP, Déi Gréng) permettait une émission obligataire d'une valeur de 200 millions d'euros adossée à trois immeubles. Les loyers payés pour occuper les grandes tours sur la place de l'Europe au Kirchberg et le Gutenberg, rue des Primeurs à Strassen, allaient ainsi générer des revenus pour les détenteurs des titres obligataires. La propriété des biens allait être ren-

due à l'État cinq années après la souscription de l'obligation... c'est-à-dire ces jours ci.

Tout puis rien Sur la place financière, l'ambiance était à la douce euphorie. Dans une interview accordée au *Jeudi*, le ministre des Finances Pierre Gramegna classait le projet de loi sur le sukuk souverain parmi les « bons moments » des premiers mois à la rue de la Congrégation. « C'était fantastique, énorme, seule Londres (leader européen et de loin sur le créneau de la finance islamique, ndlr) avait réussi pareil tour de force », commente aujourd'hui Sufian Bataineh. « Ils ont tout fait pour attirer les acteurs. Ils se sont ensuite donné du temps pour voir ce qu'il se passe. Mais rien ne s'est passé ou presque », témoigne l'expert. Et les brochures des grands cabinets n'ont pas été actualisées. Les chiffres de référence datent pour les plus récents de 2015.

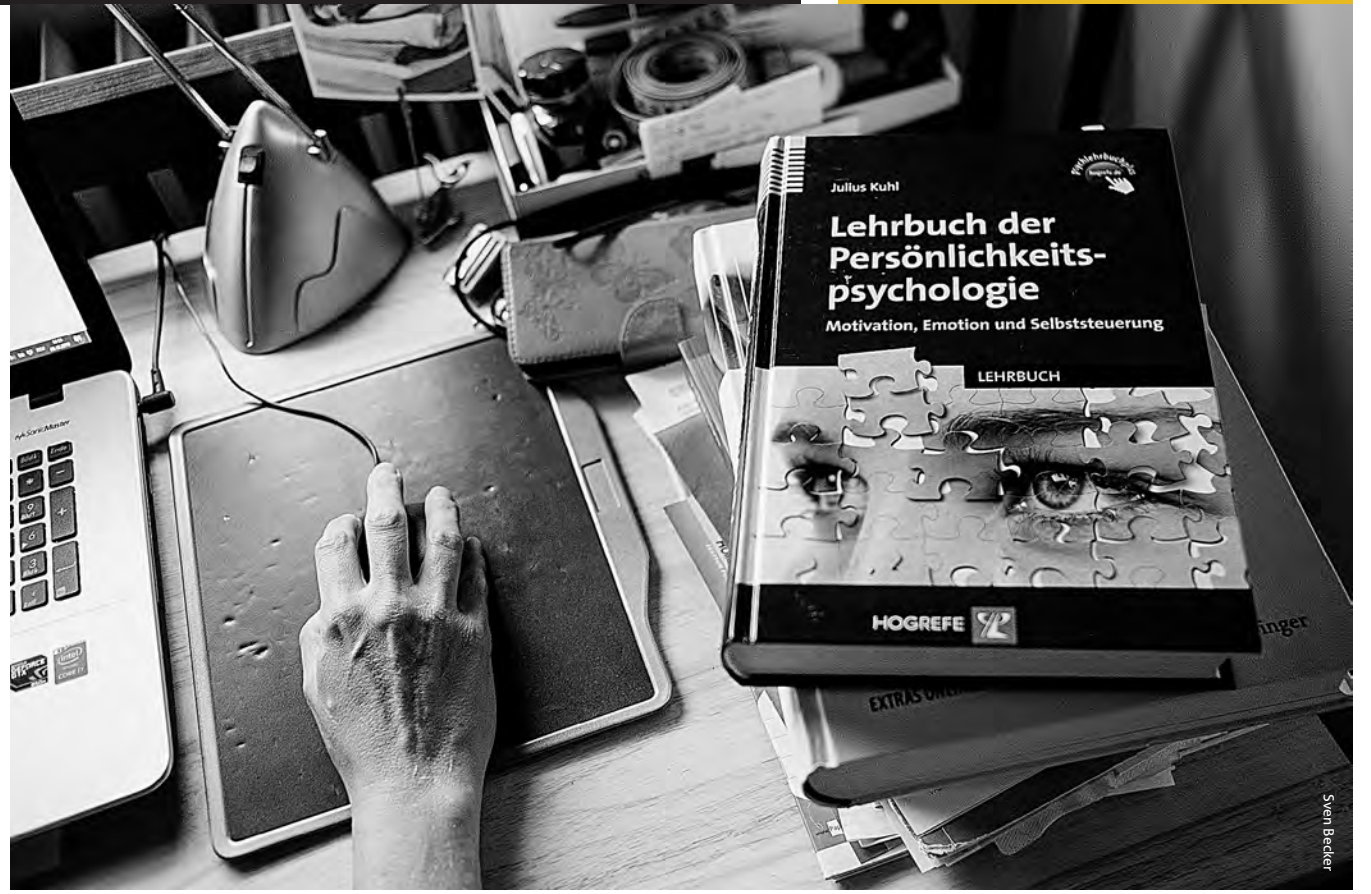
Dans un entretien accordé à *Chamber Aktuell* en marge du vote de la loi sur le sukuk, Jean-Michel Pacaud, auditeur chez EY Luxembourg, avait prévenu : « Maintenant, il faut regarder les choses en face, on ne va pas voir massivement arriver des fonds en provenance des banques islamiques demain simplement parce que ce sukuk a été émis. » L'argent en provenance des pays du Golfe ou des communautés musulmanes en Europe n'a en effet pas transité plus que ça par le Luxembourg. Les missions économiques dans la région se sont raréfiées. La banque islamique, Eurisbank, qui devait voir le jour en 2014 au Grand-Duché a capoté. On note seulement que 44 fonds d'investissement (principalement des Sicav pour le grand public et quelques fonds spécialisés pour les investisseurs qualifiés) se conformant à la Charia sont enregistrés auprès de la CSSF. Le placement fait sens en termes de rendement. L'Eurekahedge Islamic Fund Index, un indice rassemblant les performances de 258 fonds d'investissement, revendique une performance annuelle moyenne de 2,98 pour cent (-4,66 pour cent en 2018, 6,38 en 2019).

Another Brexit opportunity Ce calme s'explique en partie par de nombreuses réglementations anti-blanchiment et de lutte contre le financement du terrorisme qui ont de plus en plus obligé les banques à s'assurer de l'origine des fonds de leurs clients. Or l'opacité qui règne dans les circuits financiers moyen-orientaux ne le permet pas toujours. Un chargé d'affaires interrogé témoigne que ses clients originaires du Golfe ne peuvent plus déposer leurs avoirs dans des coffres luxembourgeois (sauf s'ils sont propriétaires de la banque évidemment, comme c'est le cas de la famille régnante du Qatar, les Al Thani, propriétaire de KBL). Londres représente l'alternative pour accéder au marché européen, mais pour quelques temps seulement. Le Brexit redistribuera les cartes de la finance islamique en Europe.

La capitale britannique avait été la première ville d'accueil du Sukuk Summit de l'Islamic Development Bank. C'était l'année passée. Au moment de choisir un autre point de chute sur le Vieux Continent, le Luxembourg a paru un candidat naturel. Ce dont se félicite le ministère des Finances. « Le fait que le forum ait lieu au Grand-Duché montre que la place luxembourgeoise joue désormais un rôle non négligeable dans le monde de la finance islamique », communique-t-il au *Land*. Elle se décline en des termes sur lesquels les acteurs du marché local se sont positionnés ces dernières années. Seront ainsi abordées le 11 novembre les technologies financières (Fintech) et la finance durable (déclinée sous les auspices de l'Islam). Robert Scharfe, directeur de la Bourse de Luxembourg, s'exprimera sur le thème devant l'audience du centre de conférences européen. La plateforme de marché cote déjà depuis plusieurs années les obligations islamiques. Et l'on espère, dans les cercles liés au secteur, que le gouvernement tendra une nouvelle fois la main à la finance islamique en émettant, pourquoi pas, un deuxième sukuk souverain libellé en euros, éventuellement en marge de l'exposition universelle de Dubaï l'année prochaine où le Grand-Duché se déplacera en force.



Le Grand-Duc et la Grande-Duchesse héritiers au Qatar en 2015



Statt Windeln zu wechseln, wälzt sie Psychologie-Bücher: Stelle Falkenberg hat sich beruflich neu orientiert

Lebenslanges Lernen als Investition

Blick nach vorn

Ines Kurschat

„Das war keine leichte Entscheidung“, sagt Stella Falkenberg. „Wir hätten uns auch ein Haus kaufen können. Und dann?“ Sie sitzt in ihrem Büro zuhause, unter der Dachkammer, holzgetäfelt im Stil der 1980-er. Ein paar Spielzeuge in der Ecke und ein bunter Flickenteppich sind die einzigen Überbleibsel, die davon zeugen, dass hier vor gut zwei Jahren noch Kinder spielten. Denn Falkenberg war eine von damals rund 850 Tagesmüttern in Luxemburg, die Tag für Tag neben den eigenen fremde Kinder betreuen. Damit andere Eltern zu Arbeit gehen können.

Seitdem die DP-LSAP-Grüne-Regierung die Gratisbetreuung eingeführt und sie auf die sprachliche Frühförderung ausgedehnt hat, die staatlich subventionierten Tagessätze für fremdbetreuende Eltern aber nicht im selben Maße angehoben hat wie bei den Maisons Relais „haben mein Mann und ich die Rechnung gemacht und es war klar: Es lohnt sich nicht mehr“. Weil sie als Selbständige galt und die Einnahmen nach zahlreichen Abmeldungen weiter sanken, habe sie die hohen Beiträge zur Sozialversicherung nicht mehr schultern können. „Am Ende haben wir draufbezahlt.“

Die Tagesmütter und -väter sind die Leidtragenden eines Trends, wonach immer mehr Eltern ihre Kinder eher in staatlich subventionierte Kinderbetreuungsstrukturen abgeben – aus finanziellen Gründen, weil es preiswerter für sie ist. „Aber nicht unbedingt, weil sie es wollen“, ist sich Falkenberg sicher. Rund 20 Prozent der Tageseltern haben in den vergangenen drei Jahren ihren Job aufgegeben, haben auf andere Tätigkeitsfelder wie Pflege- oder Bürokräft oder Kindergärtnerin umgeschult (beziehungsweise sind noch dabei).

Auch Stella Falkenberg hat sich neu orientiert, ist aber ihrer Leidenschaft treu geblieben. „Ich hatte immer schwierige Kinder, die keine Maison Relais wollte oder die in den großen Strukturen nicht gut zurechtkamen.“ Heute studiert die Mutter zweier Töchter Psychologie im Bachelor-Studiengang an der Universität Trier. „Ich hatte Glück, dass meine Oma gespart und mir Geld hinterlassen hat.“ Ohne die kleine Erbschaft und ohne den Rückhalt ihres Ehemannes, ein IT-Techniker, wäre das nicht möglich gewesen, betont Falkenberg.

Schwierige Entscheidung Nach langen Beratungen mit ihrem Mann fällt die Entscheidung dagegen, das Haus in Wasserbillig zu kaufen, in dem sie zur Miete wohnt. Lieber investiert sie in Falkenbergs neuen Lebensabschnitt. „Ich finanziere mein Studium hauptsächlich aus eigenen Ersparnissen.“ Das Informations- und Dokumentationszentrum für die Hochschulbildung Cedies schießt pro Semester 1 000 Euro Studienbeihilfe zu, vorausgesetzt, Falkenberg erfüllt die vorgegebenen Lernziele. Sechs Semester beträgt die Gesamtstudiendauer für das Psychologie-Grundstudium. „Ich werde vielleicht verlängern müssen, denn meine Töchter sind im Trotzalter und brauchen auch Zuwendung“, sagt Falkenberg.

Die 48-Jährige ist die älteste Studentin in ihrem Studiengang, sie ist auch die einzige, die bereits auf Berufs- und Studiererfahrung zurückblicken kann. Eigentlich ist die Ex-Tagesmutter so etwas wie das Aushängeschild für lebenslanges Lernen, wie es Arbeitgeber und Regierung so gerne propagieren: Ein Fachhochschulstudium der Technischen

Statt ein Haus zu kaufen, investiert Ex-Tagesmutter Stella Falkenberg das geerbte Geld der Oma lieber in ein Psychologiestudium

Physik führt sie nach der Diplomarbeit nicht weiter, sie arbeitet als Angestellte, wechselt dann ins Ausland und folgt einige Jahre später ihrem neuen Lebenspartner nach Luxemburg. Hier lässt sie sich zur Tagesmutter umschulen, auch um mehr Zeit mit ihren Kindern zuhause zu haben. Die gesetzlich vorgeschriebenen Weiterbildungen, die die Qualität der viele Jahre lang ungeregelten Tätigkeit der Tageseltern verbessern sollen, besucht sie gerne: „Ich habe dort eine Menge gelernt, besonders im Umgang mit Kindern mit Verhaltensschwierigkeiten.“

Echte Probleme, in der Uni Anschluss zu finden und bei den Vorlesungen mitzukommen, hat Falkenberg nicht. „Meine Erfahrungen als Mutter und Tagesmutter helfen mir, mich zu organisieren.“ Bei Hausarbeiten und Projektarbeiten glänzt sie. Nur bei den Klausuren hapere es manchmal. „Da geht es vor allem ums Auswendiglernen, und das liegt mir nicht“, räumt sie ein und bedauert die starke Verschulung des Fachs: „Es ist schade, dass einige Dozenten mehr Gewicht auf bloßes Wiedergeben legen statt auf kreatives Denken.“

Schon als Tagesmutter hat sie kein Blatt vorn Mund genommen, sie und ihr Mann hatten damals das Dageselteren Network ins Leben gerufen, um beim Bildungsministerium die Interessen der Tagesväter und -mütter zu vertreten. Doch trotz Petitionen, einiger Medienaufmerksamkeit (auch im *Land*), kam ihre Hauptbotschaft bei den Verantwortlichen nicht an, was sie bis heute bedauert: „Irgendwie scheint niemand zu verstehen, dass im aktuellen System der Gratisbetreuung den meisten durchschnittlich verdienenden berufstätigen Eltern gar nicht die Wahl bleibt, ihr Kind an Tageseltern abzugeben, wenn sie nicht draufzahlen wollen“, ärgert sie sich.

Wie viele andere Tagesmütter, die sich in der Facebook-Gruppe zu Wort melden, fühlte sie sich vom Staat im Regen stehen gelassen. Da helfe auch das staatlich angepriesene Konzept der Mini-Crèche nicht wirklich: „Um so eine Crèche aufmachen und rentabel halten zu können, muss eine Tagesmutter das nötige Geld investieren können“, ist sie überzeugt. Auch, dass der finanzielle Druck dazu führe, dass wieder mehr illegal betreut werde, weil Mütter, um über die Runden zu kommen, Kinder aufnehmen, ohne diese korrekt anzumelden. Dabei war die ursprüngliche Idee des Gesetzgebers gewesen, mit der Regulierung der Tageseltern insbesondere gering qualifizierte Frauen aus der Schwarzarbeit zu holen.

Mit einem Psychologie-Bachelor in der Tasche hätte Falkenberg nach dem Studium die fachliche Ausbildung, selbst eine Maison relais leiten. „Ich

glaube nicht, dass ich das will“, sagt sie und schüttelt energisch den Kopf. Als Tagesmutter haben ihr gerade die überschaubare Größe der Gruppen und der enge Kontakt zu den Kindern gefallen.

Definitiv entschieden, wie sie ihr Studium nutzen wird oder ob sie einen Master dranhängt, hat sie noch nicht. Wahrscheinlich wird sie weiter mit Kinder arbeiten. „In Luxemburg fehlen Kinder-

psychologen, und ich kenne die Probleme in dem Bereich gut“, überlegt sie laut.

Eine für alle, alle für eine Dass sie und ihre Familie wegen ihrer Neuorientierung den Gürtel enger schnallen müssen und statt jedes Jahr nur noch alle zwei Jahre in den Urlaub fahren, ist für Falkenberg und ihre Familie ein Opfer, das sie eben bringen. „Ich bin ihnen sehr dankbar, dass das

geht“, sagt sie froh. Die Mehrfachbelastung durch Studium und Familie bewältigt sie durch eine solidarische Organisation: „Ich habe das Glück, dass meine Töchter inzwischen so autonom sind, dass sie sich auch einmal selbst ums Essen kümmern können.“ Demnächst fährt sie zu einer Freundin in die Schweiz, um kurz vor Semesterbeginn noch einmal Kräfte zu sammeln. „Denn anstrengend ist so ein Studium schon“, sagt Falkenberg.

ACQUISITIONS | SALES | RENTALS | VALUATIONS | INSURANCE | REAL ESTATE CONSULTING

DO YOU WANT
YOUR SALE OR RENTAL
TO CLOSE SUCCESSFULLY?

GET STARTED WITH
A REALISTIC VALUATION*
OF YOUR PROPERTY.

OUR VALUATIONS ARE ACCURATE & RELIABLE,
FREE & NON-BINDING. NO OVER-, NO UNDERRATING.
NO DECEPTIVE CLIENT PITCHING. NO STORYTELLING.
NO BULLSHIT ASSESSMENTS.

PAUL FABECK
OWNER & FOUNDER

BRICKS REAL ESTATE SOLUTIONS
SOLUTIONS IMMOBILIERES
EXCELLENCE IN REAL ESTATE

2, PLACE DE NANCY | L-2212 LUXEMBOURG | T: 26 44 11 61 | INFO@BRICKS.LU | WWW.BRICKS.LU

Même repeint en vert...

Le capitalisme ne sauvera pas le monde

Jean-Sébastien Zippert

Le Groupe d'experts intergouvernemental sur l'évolution du climat (GIEC) est assez précis sur les mesures à prendre si nous voulons maintenir l'augmentation de la température inférieure à deux degrés Celsius à l'horizon 2100. Si les décisions radicales s'imposent en matière de production d'énergie, d'agriculture et du transport sont bien connues et relayées, celles concernant le secteur de l'investissement le sont beaucoup moins.

Reconnaissons cependant à l'industrie financière le mérite de ne pas avoir attendu la signature du protocole de Kyoto en 1999 pour avoir pris en compte la durabilité dans ses critères de sélection : Les premiers fonds ISR (pour « Investissement socialement responsable ») avec des critères ESG (pour « Environnement, social et gouvernance ») datent des années 1980. Ils se sont renforcés en nombre et en popularité au fur et à mesure que les questions climatiques ont pris de l'ampleur dans l'opinion publique. Ces produits intéressent aujourd'hui le cercle des investisseurs institutionnels privés, pour des raisons d'ordre éthique mais aussi pratique. Le fait que des grands réassureurs comme Munich Re refusent désormais de couvrir des destructions liées à des catastrophes environnementales aura fourni des arguments rationnels pour réorienter les investissements dans des activités plus durables.

Ces investissements dits « verts » ou « responsables » n'ont cependant pas révolutionné fondamentalement le rapport de force, très déséquilibré, entre les investissements durables et les autres. D'abord, parce qu'il n'existe toujours pas actuellement de critères déterminant de manière indiscutable ce qui différencie un ISR d'un investissement traditionnel. Ce ne sont pas les chartes non contraignantes qui manquent tels les « Principles for responsible investment » des Nations unies. Mais il n'existe pas de label sous contrôle public qui permettrait de faire le tri entre les investissements vraiment verts et le reste.

Mais, au-delà des polémiques sur le *greenwashing*, force est de constater que la proportion des investissements verts dans leur globalité ne représentent au mieux qu'une goutte d'eau dans un océan d'investissements au mieux gris clair souvent issus des mêmes acteurs. C'est pourquoi de nombreuses ONG comme FossilBanksNoThanks dénoncent avec force le double discours des organisations qui mettent en avant les quelques arbustes pour masquer l'incendie de la forêt de leurs investissements fossiles (y compris et surtout les plus polluants comme l'extraction des gaz et huiles de schiste, l'extraction des sables bitumineux ainsi que les forages en zone Arctique).

Prenons par exemple le marché des *green bonds* dont la place financière de Luxembourg s'est faite le fer de lance au niveau mondial. On estime que si on atteint le chiffre de 1 000 milliards de dollars d'investissements en *green bonds* en 2020, cela ne représenterait que 1 pour cent du marché obligatoire mondial. On voit donc qu'on est très loin du compte ! Mais, admettons que l'on arrive à une situation où tous les investisseurs privés comme publics éliminent progressivement leurs investissements fossiles et se convertissent massivement aux énergies vertes, et tout ceci dans un délai très rapide ; cela nous garantirait-il pour autant de maintenir une augmentation de température acceptable ?

Pas vraiment, d'après Finance Watch. LONG qui fait office de contre lobby financier à Bruxelles a plusieurs recommandations pour le législateur. Elle préconise de redéfinir de manière indiscutable ce qui différencie un investissement vert du reste, ce qui exige également un effort de transparence de la part des entreprises. Contrairement à la communication financière qui est ultra-réglémentée et dont la moindre irrégularité expose le contrevenant à de lourdes sanctions, la communication sur le politique ESG repose sur la base du volontariat, et très peu de transnationales s'astreignent à publier un tel rapport annuel. (Pourtant, des modèles promus par la Global reporting initiative existent et pourraient fournir une base de comparaison indiscutable.)

Le Task force on climate-related financial disclosures, un groupe de travail de l'industrie financière présidé par Michael Bloomberg, le confirme ceci par cet aveu : « Compte tenu des changements urgents et sans précédent nécessaires pour atteindre les objectifs de l'Accord de Paris, le Groupe de travail est préoccupé par le fait qu'un nombre insuffisant d'entreprises divulguent de l'information sur les risques et les possibilités liés au climat. »



Manifestation pour le climat du 27 septembre

Contrairement à la communication financière ultra-réglémentée et dont la moindre irrégularité expose le contrevenant à de lourdes sanctions, la communication sur le politique durable repose sur la base du volontariat

Finance Watch demande à ce que les banques centrales prennent le risque climatique au sérieux lorsque celles-ci accordent des prêts aux banques privées. Ce qui inciterait les banques à adopter un comportement plus vertueux et privilégierait de fait les banques « vertes » et coopératives. Enfin, Finance Watch appuie l'idée d'un investissement massif de fonds publics dans la transition. Face au défi gigantesque que nous avons à relever, les capitaux privés, quand bien même orientés à cent pour cent vers la transition énergétique, ne pourront pas suivre « l'effort de guerre » demandé par une transition énergétique.

Ces préoccupations sont partagées par Jérémie Désir, un ancien analyste quantitatif à HSBC qui a démissionné de son poste en dénonçant le comportement du capitalisme financier par rapport à la question climatique. Dans sa lettre de démission, il écrit : « Les seules institutions légitimes [...] sont impuissantes devant un secteur privé incontrôlable et hostile aux moindres formes de régulation. [...] Aucune de ces firmes ne tient à dévoiler publiquement la contre-partie meurtrière pour la terre et les hommes de leurs profits et valorisations toujours plus déconnectés de toute réalité physique. En outre, cela donnerait une mesure indiscutable de la toxicité d'un libre-échange toujours plus énergivore, pourtant second pilier du capitalisme. »

Aline Fares et Lora Verheeeke, respectivement consultante indépendante et chercheuse en politique commerciale pour Friends of the earth Europe, vont encore plus loin en affirmant que, vert ou pas, « le capitalisme financier continuerait selon les mêmes logiques de recherche de profits à court terme qui ont démontré leur propension à détruire le vivant. Il continuerait également à nourrir une injustice sociale criante et des inégalités de plus en plus insoutenables. »

Elles proposent donc une remise à plat global avec démantèlement et nationalisation partielle des banques systémique (sans oublier les fonds géants dont BlackRock qui pèse à lui seul quasiment l'équivalent du PIB des États-Unis). En effet, un investissement massif de type « Green New Deal » ne pourra être efficace dans le cadre d'un capitalisme financier dérégulé tel que nous le connaissons. Celui-ci est amené à créer de plus en plus de dettes (publiques comme privées) et nous mène inévitablement à une crise majeure.

Évidemment, de telles réformes remettant en cause radicalement la propriété privée et le droit quasi-divin de l'investisseur demanderont à la fois une volonté et un courage politiques sans précédent. Nous sommes cependant à la croisée des chemins, et les mouvements de jeunesse ne vont pas se contenter de mesures comme il a été question dans le passé. Mais comme l'a dit Greta Thunberg : « Si nous pouvons sauver les banques, alors nous pouvons sauver le monde ».

Aline Fares et Lora Verheeeke seront présentes à Luxembourg le jeudi 31 octobre pour une conférence publique : plus d'informations et inscriptions sur etika.lu



Entre 2003 et 2010, la géographe Aline Schiltz a documenté des maisons construites par des Portugais du Luxembourg à Fiolhoso et dans d'autres villages ruraux du Portugal



Le point de non-retour

Bernard Thomas

Dans le contexte rural du Portugal, traditionnellement marqué par des bâtisses sobres et austères, la maison de l'émigré détonne. Par les couleurs crues, les grands volumes, la complexité des matériaux, les façades fantaisistes, l'inclinaison de la charpente, les toits mansardés et les belvédères opulents, le propriétaire tente de se distinguer, d'afficher sa réussite, en important des éléments architecturaux de sa nouvelle patrie. Les autorités locales étaient longtemps incapables de faire respecter les réglementations urbanistiques. Dans *Maisons de rêve au Portugal* (1994), qui reste l'ouvrage de référence sur la question, les sociologues Leite, de Villanova et Raposo écrivent que « certaines villes moyennes et bourgades de l'intérieur ont accepté les projets des migrants, contentes d'accueillir leur épargne. »

L'architecte luxembourgeois Jean-Paul Carvalho, fils d'immigrés portugais, évoque la typologie de ces maisons qui permettrait souvent de déduire le pays vers lequel le propriétaire a émigré : des maisons sous forme d'enclos, entourés de hauts murs, seraient ainsi typiques des Portugais partis au Venezuela. Une maison luxembourgeoise au Portugal serait moins distinctive, estime Carvalho, on ne trouverait pas d'influence ou de style purement luxembourgeois. Il évoque l'exemple de son père, qui a travaillé comme plâtrier au Luxembourg : Sur les chantiers, il a d'abord assimilé les techniques et le dialecte de ses collègues italiens.

L'exubérance de ces mini-palais a créé un malaise dans la société portugaise, qui s'articule dès le début des années 1980. Les milieux bien-pensants et corporatistes dénonçaient une « architecture sans architecte », m'as-tu-vu, disproportionnée. Les sociologues, eux, faisaient l'éloge de l'« hybridité » et de la « fluidité » des styles, expressions d'un « métissage » architectural. Les auteures de *Maisons de rêve au Portugal* se refusent à trancher : « Il est facile de faire le procès des 'maisons' en montrant du doigt les cas les plus extravagants et de dénoncer les incohérences vis-à-vis de la morphologie locale ; il est facile, à l'inverse, de faire l'éloge de cet exotisme en le considérant comme le nouveau vernaculaire chéri par l'éclectisme post-moderne, qui le légitime au nom de ses différences. »

Ces maisons étaient souvent bâties par les propriétaires eux-mêmes durant les congés collectifs. Elles devaient refléter le succès du projet migratoire. « La maison commence à être construite lorsque l'émigrant est encore jeune, dès les premières années de son émigration », explique Liliana Azevedo, sociologue aux universités de Lisbonne et de Neuchâtel (Suisse), jointe par le *Land*. Ainsi, l'âge moyen à l'arrivée des premiers immigrants portugais au

Luxembourg tournait autour de 23 ans. À l'époque, l'horizon de ces jeunes émigrés se situait à cinq ou dix ans. Ceci explique que des chambres pour enfants aient été prévues dans des maisons : on pensait bientôt revenir en famille.

En 2013, dans un article intitulé « A casa do português emigrante em França », l'anthropologue Ana Saraiva Neves constatait que la villa dans le bled avait perdu de son attractivité. Depuis quelques années, les résidences secondaires se feraient d'ailleurs « plus sobres », réintégrant des marqueurs de l'architecture traditionnelle du pays, comme une « réconciliation avec le paysage » : « Ces émigrés portugais souhaitent participer à une reconstruction du village idyllique. » L'anthropologue fait le constat d'une nouvelle « indifférence » et « résignation » par rapport aux anciennes maisons des émigrés. Elles sont perçues comme des monuments érigés par des absents, des témoignages du passé, auxquels on a fini par s'habituer. « Pour un architecte, voir ces maisons ce n'est pas agréable, mais elles appartiennent maintenant à l'histoire », estime ainsi Carvalho.

L'anthropologue Ana Saraiva Neves évoque le regret ressenti par de nombreux propriétaires qu'elle a interviewés. Ils parlent d'une « maison musée », trop grande, encombrante, dont il faut s'occuper sans cesse. On assiste à une lente décadence ; les meubles vieillissent, les vitres doivent être rafistolées, le chauffage renouvelé, les murs repeints. Initialement conçues pour les enfants, les étages sont laissés à l'abandon, la maison est reconfigurée autour du rez-de-chaussée. La principale caractéristique de ces maisons, c'est qu'elles sont vides.

Dans la littérature sociologique sur les migrations, on parle de « mythe du retour ». Le rêve ne s'est finalement pas réalisé. En 2016, alors que la « première vague » de Portugais luxembourgeois atteignait l'âge de la retraite, l'Université du Luxembourg en interrogeait 109 sur leur projet de vie : presque la moitié déclarait vouloir rester au Luxembourg, un quart évoquait la possibilité d'allers-retours réguliers. Seulement un cinquième des sondés envisageaient un retour permanent au Portugal.

C'est que les retraités veulent rester auprès de leurs enfants et de leurs petits-enfants. L'étude insiste sur le « significant effect of grandparental status » : « On a l'impression que les parents vieillissants et leurs enfants adultes regrettent quelque part le fait que, dans leur propre histoire familiale, les grands-parents n'ont pas pu jouer le rôle désiré. » Parmi le groupe des interviewés déclarant vouloir rentrer au pays, seulement treize pour cent avaient des pe-

tits-enfants. Il se peut donc qu'ils changent encore d'avis, comme l'ont fait leurs aînés. Or, la chance d'intégrer la nation des propriétaires luxembourgeois s'est réduite pour ces immigrés récents. D'après le Statec, seulement 54 pour cent des résidents de nationalité portugaise sont propriétaires, contre 84 pour cent des Luxembourgeois. Les immigrés de l'après-2008 se retrouvent donc captifs du statut, vulnérable, de locataire.

La nouvelle génération des émigrants est plus hétérogène, moins rurale, plus mobile. Les distances se sont réduites, et des vols *low-cost* quasi-quotidiens relient Luxembourg à Porto et à Lisbonne. Les allers-retours, souvent pour de courtes durées, deviennent plus fréquents. Au pire de la politique d'austérité dictée par la troïka, le consulat portugais enregistrait autour de 4 000 nouvelles arrivées par an au Luxembourg. Une véritable saignée : entre 2010 et 2015, un demi-million de Portugais aura quitté le pays, soit cinq pour cent de la population totale. En 2010, le Premier ministre de centre-droite, Pedro Passos Coelho, appelait ainsi les « professeurs excédentaires » à quitter leur « zone de confort » et à « faire preuve de plus d'efforts » en cherchant « de l'emploi ailleurs », par exemple en Angola ou au Brésil.

La question reste : Que faire des palais au milieu de nulle part ? Liliana Azevedo explique qu'étant donné l'emplacement de ces résidences dans des régions désaffectées du nord et du centre, une vente ne couvrirait souvent même pas les coûts de construction. Dans les régions rurales du Portugal, une décennie de politique d'austérité a fait des ravages. L'État a massivement désinvesti et les émigrés retrouvent donc des villages économiquement désertifiés, sans bureau postal, sans hôpitaux. La situation dans le *hinterland* reste morose.

Le contraste avec Lisbonne et Porto, nouvelles destinations favorites des expatriés et de la jet-set, est saisissant. Les prix immobiliers y ont doublé en l'espace de six ans, les habitants sont chassés des anciens quartiers populaires. Dans le documentaire *Am Plang* consacré par *RTL-Télé* à la campagne électorale de Claude Wiseler, on voit le candidat CSV dans sa magnifique villa à Sintra, à quelques kilomètres de Lisbonne. Un club de motocyclistes luxembourgeois est de passage. Peut-être embarrassé par le faste qui l'entoure, l'ancien futur Premier ministre explique à une invitée avoir acheté sa résidence secondaire parce que la famille de sa femme, Isabel Lima, est de la région. « Et war zu enger Zäit, wou dann effektiv déi Kris war... an d'Saachen... Du kruuts se fir ee ganz anere Präiss, wéi dat virdrun de Fall war. » « Ah, jo », répond la motocycliste, qui semble aussi gênée que son interlocuteur.

« Et war zu enger Zäit, wou dann effektiv déi Kris war... an d'Saachen... Du kruuts se fir ee ganz anere Präiss, wéi dat virdrun de Fall war. » Claude Wiseler sur sa résidence secondaire près de Lisbonne

En pleine crise, le Portugal cherchait à attirer les seniors allemands, scandinaves, britanniques. En 2010, le gouvernement introduisait le régime du « résident non-habituel » (RNH). Depuis, un expatrié peut bénéficier d'une exonération fiscale sur sa pension de retraite, et cela pour une durée de dix ans. Le gouvernement espère recueillir les fruits de la *lifestyle migration* : investissements dans le secteur immobilier, TVA, consommation de biens et de service.

Face à cette situation de double non-imposition, les administrations fiscales suédoise et finlandaise sont montées sur les barricades, exigeant une renégociation des accords fiscaux. Au Luxembourg, c'est le calme plat : « L'autorité compétente luxembourgeoise n'a pas été en contact avec le Portugal pour discuter de ce statut », écrit l'Administration des contributions directes dans un mail au *Land*.

Au Luxembourg, le statut RNH est surtout promu par la banque privée et l'assurance. Ses mérites sont vantés à leur clientèle HNW. Or, ne contenant aucune clause de nationalité, le régime s'applique également aux immigrés portugais. (Il suffit de ne pas avoir résidé au Portugal durant les cinq ans qui ont précédé la demande.) « Les émigrés n'ont pas su tout de suite qu'il n'y avait pas de critère de nationalité. L'information n'a pas été relayée par les canaux officiels auprès des communautés portugaises. Personne ne s'est préoccupé deux », dit Liliana Azevedo qui a étudié le cas suisse.

La plupart des émigrés ayant déjà une maison au pays, leur plus-value économique aurait été assez limitée, estime-t-elle. Ce qui expliquerait le manque de promotion, voire la désinformation de la part des autorités portugaises. Mais il existe peut-être une raison plus prosaïque. Au Luxembourg, le consulat

emploie treize personnes pour traiter les demandes administratives de quelque 148 000 ressortissants. Cette semaine, l'OGBL s'est offusqué de cette situation par communiqué de presse : « Les ressortissants portugais vivant au Luxembourg seraient-ils devenus des citoyens de seconde classe pour les autorités politiques à Lisbonne ? » Selon le syndicat, le consul aurait déjà adressé « deux demandes au ministère des Affaires étrangères du Portugal afin de renforcer ses effectifs de cinq fonctionnaires », sans avoir reçu de réponse.

Cette lenteur administrative (trois à quatre mois pour une nouvelle carte d'identité, selon Carlos Pereira de l'OGBL) a désavantagé les Portugais à leur retour. Car pour bénéficier du statut RNH, il fallait préparer le transfert de résidence fiscale dès avant le départ. (Au Portugal, la complexité des démarches administratives a engendré tout un secteur d'agences immobilières et de cabinets d'avocats spécialisés.) En février 2019 finalement, António Mendonça Mendes, le secrétaire d'État portugais aux affaires fiscales, expliquait lors d'une réunion d'information au Luxembourg que « ce n'est pas un statut seulement pour les étrangers, mais également pour tous les Portugais qui rentrent avec leur pension au Portugal ». Or, dit Liliana Azevedo, « lorsqu'après trois ou quatre ans, les gens ont finalement appris qu'ils auraient pu demander le statut et pas payer d'impôts, le délai était déjà passé. »

En chiffres

Selon une estimation publiée en 2015 par la Banque centrale du Luxembourg, quatorze pour cent des propriétés immobilières autres que la résidence principale sont situées au Portugal. Puisque c'est quasiment le même taux que celui des Portugais dans la population totale (seize pour cent), c'est sans surprise qu'on lit que les trois quarts de ces propriétés appartiennent à des ménages d'origine lusitanienne. Selon Ana Saraiva Neves, « la plupart des propriétaires interrogés ont déclaré ne pas avoir utilisé un prêt pour financer leur maison, mais avoir investi leurs premières économies réalisées grâce à l'émigration ». Les grandes banques luxembourgeoises sont assez sévères lorsqu'il s'agit d'accorder des crédits pour des projets à l'étranger. La Spuerkeess et la Raiffeisen expliquent que pour de telles demandes de financement, elles peuvent exiger une garantie sur une propriété située au Luxembourg. **bt**

Que restera-t-il des maisons de rêve construites par les émigrés au Portugal dans les années 1970-1990 ?

Too little too late ?

Interview : Bernard Thomas

d'Land : Devons-nous prendre la finance verte plus au sérieux que la finance islamique, l'avant-dernière hype de la place financière ?

Robert Scharfe : Quand on parle de finance islamique, on parle d'un produit supplémentaire dans les marchés financiers. Quand on parle de finance verte, on parle de l'avenir des générations futures. On a compris que les modèles de croissance sans fin et tous moyens permis ne sont pas soutenables à terme. On a compris que si on veut changer quelque chose, on a besoin d'argent et de la finance. Celle-ci doit se mettre au service de l'intérêt public, tout en restant en premier lieu un instrument d'investissement qui produit un rendement. Finalement, la grande différence entre la finance classique et la finance durable, c'est que dans la finance durable, on vous dit vers où votre argent part. À moins que vous ne préféreriez continuer à acheter des actions de sociétés quelconques sans vous poser d'autre question que celle du dividende, en ne vous souciant pas trop de comment ce dividende a été généré.

China Huadian Corporation est un producteur d'énergie chinois dont soixante pour cent des capacités proviennent de centrales au charbon. Cette firme a émis quatre green bonds sur la Bourse de Luxembourg pour financer la construction de centrales hydro-électriques. Une obligation peut donc passer pour verte, alors même que le modèle d'affaires des firmes qui l'émettent est désastreux pour le climat ?

Dans les obligations vertes, on ne juge pas l'émetteur, on juge son projet. C'est le principe de départ. Il y a deux ans, ce principe était encore incontesté. Mais les choses évoluent très rapidement. Je crois ainsi qu'aujourd'hui un groupe pétrolier ne fera pas l'unanimité dans le marché. Du moins s'il se borne à ériger quelques éoliennes qui ne constituent qu'une petite fraction de ses investissements. Les investisseurs demandent à voir de véritables stratégies de transition vers un *business* plus durable. Il y a une pression, et elle provient des investisseurs.

« Plutôt que d'en venir à des mesures restrictives très sévères, il faut réfléchir à des encouragements. Vous n'allez pas changer la finance du jour au lendemain. » Robert Scharfe

En attendant, on pourrait reprocher au Luxembourg Green Exchange d'aider des pollueurs à cacher la forêt derrière l'arbre. Pourquoi ne pas exclure ces sociétés dont le modèle d'affaires contribue au réchauffement climatique ?

C'est typiquement ce qu'une agence de rating pourrait faire. Mais notre rôle n'est pas de donner de bonnes notes ou de mauvaises notes. Il y a « fifty shades of green ». Ce n'est pas à la Bourse de juger ce qui est plus vert ou moins vert. Nous sommes une place de cotation, donc d'informations. Il y a différents standards internationaux et nationaux, et il ne faut pas confondre pommes et poires. L'objectif, c'est de fournir une plateforme d'information et de la rendre disponible gratuitement aux investisseurs.

En attendant une taxonomie européenne pour la finance verte, donc une sorte de label « bio », le Luxembourg Green Exchange reste donc flexible ?

La Bourse de Luxembourg oblige les émetteurs à respecter les standards volontaires qui existent dans le marché en les rendant obligatoires. C'est la principale caractéristique du Luxembourg Green

Exchange créé en 2016, et elle nous distingue de toutes les autres bourses du monde. Il faut livrer un minimum d'informations ainsi qu'une « second opinion ». Celle-ci est établie par des sociétés indépendantes et spécialisées qui certifient que le projet réponde aux différentes normes du marché que la société compte respecter. Nous exigeons surtout que l'émetteur revienne régulièrement vers l'investisseur en rapportant sur le projet et son impact. Au bout de trois ans d'existence du Luxembourg Green Exchange, cent pour cent de nos émetteurs ont respecté cet engagement. En émettant une obligation verte, l'émetteur est disposé à engager des frais et efforts supplémentaires pour établir ces rapports.

Bien que n'ayant nullement besoin de capitaux, Apple s'est profilé comme un des principaux émetteurs de green bonds. Venant de la part d'une firme accusée d'obsolescence programmée, cela ressemble à une forme de greenwashing...

En fait, ce fameux risque de « green washing » n'existe pas vraiment. Ce terme résulte du fait que vous et moi, nous puissions avoir différents avis sur ce qui est vert. Mais c'est là une question de préférences plutôt que de malversations. Je ne connais aucun cas d'une firme qui aurait délibérément essayé de tricher. Les investisseurs qui s'intéressent à ce segment regardent la documentation de très près. De toute manière, il y a tellement de capitaux disponibles sur le marché que personne n'a besoin de peindre son obligation en vert...

Par contre, la notion d'« efficacité énergétique » reste problématique. Une centrale au charbon peut ainsi être rendue plus « efficace » en installant de nouveaux filtres. Une émission pour un tel projet, passe-t-elle pour « verte » sur le Luxembourg Green Exchange ?

Le charbon est exclu des standards internationaux que nous appliquons. Un tel projet purement coal nous ne l'accepterions donc pas au Luxembourg Green Exchange.

Les régulateurs chinois, eux, incluent les investissements dans les centrales au charbon parmi leurs obligations vertes.

Nous affichons les *green bonds* chinois séparément, et non sur le Luxembourg Green Exchange. La banque centrale chinoise définit son propre catalogue d'obligations vertes, qui inclut en effet les projets dits de « clean coal ». Or, avec l'exposition aux marchés et investisseurs internationaux, les Chinois sont en train de revoir leur taxonomie. Il y a de grands espoirs que le charbon en disparaisse. Le standard évolue et s'harmonise...

Combien pèsent les obligations vertes par rapport à l'ensemble des obligations que vous émettez à la Bourse de Luxembourg ?

Nous cotons grosso modo 3 500 lignes d'obligations par an, dont une centaine de *green bonds*. Vous voyez donc les proportions... Mais le fait reste qu'année après année, les obligations vertes augmentent à un rythme très rapide. Durant la première moitié 2019, nous avons battu tous les records : une augmentation de presque cinquante pour cent sur une année. Le Luxembourg Green Exchange détient une part de marché de cinquante pour cent des obligations vertes émises dans le monde. Toujours est-il que les *green bonds* constituent aujourd'hui moins de deux pour cent du stock de toutes les obligations. Alors comment passer à quarante, à cinquante pour cent ? Comment accélérer ce développement ? Ce sont les questions que nous nous posons.

Vous plaidez pour une accélération de la finance « verte ». Mais qu'en est-il d'une décélération de la finance « brune » ? À commencer par les fonds qui investissent dans des combustibles fossiles et qui sont domiciliés au Luxembourg. Êtes-vous en faveur de mesures contraignantes, par exemple un relèvement de la taxe d'abonnement ?

En finance, il n'y a pas de marché luxembourgeois, ni même européen, mais un marché global. Le marché des capitaux est libre et le capital est très flexible. Plutôt que d'en venir à des mesures restrictives très sévères, il faut réfléchir à des encouragements. Vous n'allez pas changer la finance du jour au lendemain. Le changement viendra de l'investisseur qui doit comprendre qu'il a le pouvoir d'orienter la finance. Et surtout qu'il n'a pas de choix à faire entre un investissement responsable et un rendement conforme au marché.

Vous oubliez un élément central : l'urgence climatique. Selon l'Onu, il nous reste douze ans pour réussir la transition écologique. La méthode que vous préconisez n'aboutit-elle pas à du too little too late ?

Ni vous ni moi n'avons aujourd'hui la réponse à cette question. On pourrait être tenté de définir des critères sévères, qui risquent de créer des résistances importantes. Mais je reste convaincu d'une chose : Il faut éviter de devenir trop contraignant, et plutôt encourager tous les pas entrepris dans la bonne direction. On ne peut pas se cantonner au seul *dark green*, qui représente seulement une petite fraction du marché. Avec deux pour cent parfaits, on ne va pas changer quoi que ce soit.

Avez-vous une estimation du nombre de fonds domiciliés au Luxembourg qui investissent dans l'industrie fossile ?

Franchement, je serais incapable de répondre à cette question. Pour la simple raison qu'il faudrait une base de données complète de tous les investissements faits par ces fonds. Ce qui serait assez difficile : 4 500 milliards d'euros sont investis dans des milliers de fonds domiciliés au Luxembourg...

Les gouverneurs de la Banque de France et de la Bank of England viennent de publier une lettre ouverte dans laquelle ils mettent en garde contre les risques systémiques liés au changement climatique, dont les stranded assets. Pourquoi n'entend-on pas de telles mises en garde de la part des autorités luxembourgeoises ?

Par ses activités de crédits globaux, la City de Londres me semble beaucoup plus exposée au risque climatique que la place luxembourgeoise. Nous savons tous que le pétrole ne peut pas disparaître du jour au lendemain. Mais si j'étais actionnaire d'un groupe pétrolier, je me poserais des questions sur la valorisation. Celle-ci se fait sur base des réserves évaluées à certains prix. Mais ces réserves pourront-elles vraiment être un jour utilisées ? Il est possible qu'une partie de la valeur de la société ne se matérialisera jamais...

Beaucoup de green bonds financent de gigantesques projets d'infrastructures. Ils comportent donc un risque inhérent pour les droits des populations riveraines, sans parler de corruption.

C'est toute la raison d'être du rapport d'impact. Pour un tel projet, l'émetteur doit fournir des informations sur ce qui se passe sur le terrain, y inclus les dommages collatéraux. Mais tout le monde n'a pas les mêmes critères d'investissement. Il existe des investisseurs qui retiennent l'impact local comme premier critère. Prenez le « clean coal » en Chine : Si vous investissez pour qu'une ancienne centrale de charbon soit remplacée par une entité moderne et efficiente, l'impact sur la qualité de l'air sera phénoménal. Pour les riverains, la situation va donc beaucoup s'améliorer. D'autres investisseurs, par contre, vont dire : Cela reste du fossile, on n'y touche pas. Il n'y a pas une seule vérité.

La Commission européenne veut obliger les banques à étendre les profils-clients aux préférences durables. Les banquiers devront-ils à l'avenir également proposer des produits verts à leurs clients ?

Aujourd'hui, les banques n'y sont pas obligées. Mais, une fois la nouvelle réglementation européenne en place, le banquier sera obligé de s'entretenir avec vous sur vos préférences en matière environnementale et durable. Bientôt, dès que vous comptez des valeurs mobilières dans votre portefeuille, vous pourrez dire : Je veux investir dans ceci, mais pas dans cela. C'est un élément extrêmement important. Car ce sera l'homme de la rue, le citoyen moyen, qui se trouvera impliqué. Il s'agit d'un effet de levier extrêmement important pour orienter plus de capitaux vers des projets d'investissements durables. On ne peut pas suffisamment insister sur la question d'éducation des investisseurs. Tout va passer par là.



Manif pour le climat du 27 septembre. « Le fameux risque de *green washing* n'existe pas vraiment. Ce terme résulte du fait que vous et moi, nous puissions avoir différents avis sur ce qui est vert », dit Scharfe

Entretien avec Robert Scharfe, directeur de la Bourse de Luxembourg, sur la finance verte et le *greenwashing*